



Adalbertus

zeitschrift für ostmitteleuropäische begegnung

herausgegeben von

adalbertus-werke e.v.

bildungswerk der danziger katholiken

adalbertus-jugend

katholische jugend aus danziger familien

forum



INHALT

Gerhard Nitschke Wandel in Europa	Seite 2
Pfarrer Paul Magino Geistliches Wort – Wohin des Wegs?	Seite 2
Gerhard Nitschke EU-Osterweiterung: Hoffnungen – Ängste – Aufgaben 56. Gementreffen, 24. bis 29. Juli 2002	Seite 4
Georg Domansky EU-Osterweiterung: Fakten und Perspektiven – Stand der politischen Entwicklung Zum Referat von Christoph Linkerhägner	Seite 6
DIALOGGESPRÄCHE: EU-Osterweiterung: Hoffnungen und Ängste – Perspektiven der Kandidaten	Seite 8
Stephan Erb Polen Gespräch mit Adam Krzemiński	Seite 8
Wolfgang Nitschke Baltische Staaten Gespräch mit Dr. Sirje Kivimäe	Seite 10
Stephan Erb Tschechien Gespräch mit Jan Sechter	Seite 11
Wolfgang Nitschke Ungarn Gespräch mit Dr. Edit Masika	Seite 12
Eva Feldmann-Wojtachnia EU-Osterweiterung – Perspektiven in Deutschland	Seite 14
ARBEITSKREISE: EU-Osterweiterung – Anrainer ohne Perspektive?	Seite 17
Galina Kofanova Das Königsberger Gebiet	Seite 17
Prof. Dr. Weniamin Kosmatsch Weißrussland	Seite 19
Prof. Dr. Oleg Panchuk Ukraine	Seite 20
Monika Wienhold-Quecke Slowakei Gespräch mit Prof. Otto Sobeck	Seite 23
Jugendprogramm Adalbert Ordowski Europa hören und sehen	Seite 24
Nele Quecke Erfahrungen bei Interview und Auswertung	Seite 25
Sara Henseler Kinderprogramm	Seite 25
Pfarrer Paul Magino Leben in der Kirche – Chancen einer erneuerten Geschwisterlichkeit in Europa Festvortrag in der Festlichen Stunde	Seite 26
Konsul Janusz Styczek Grußwort in der Festlichen Stunde	Seite 29
Wolfgang Nitschke Gerhard Nitschke vollendet sein 70. Lebensjahr	Seite 30
Glückwünsche / Zum Gedenken / Veranstaltungen / Personalien	Seite 31 / 32
Impressum	Seite 32

Diese Ausgabe ist eine Doppelnummer, dafür ist die Ausgabe Nr. 4/2002 entfallen.

ZUM TITELBILD

Die Karte zeigt den Bereich der EU-OSTERWEITERUNG, der Gegenstand der Beratungen beim 56. Gementreffen war – Kandidaten- und Anrainer-Staaten.

Der Weg scheint nun vorgezeichnet: das, was beim 56. Gementreffen noch Gegenstand unserer Beratungen war, die EU-OSTERWEITERUNG, ist nun bereits beschlossene Sache: 2004 wird die Europäische Union durch zehn neue Staaten erweitert werden und von jenen Ländern, die auf unserem Treffen durch Referenten vertreten waren, sind sieben mit dabei. Diese Ausgabe des *adalbertusforums* berichtet ausführlich über die ÄNGSTE – HOFFNUNGEN – AUFGABEN, die die Vertreter der Kandidaten- und Anrainer-Staaten im Zusammenhang mit diesem epochalen Schritt in der europäischen Geschichte auf

WANDEL IN EUROPA

der Tagung deutlich machten. Sie sind mit dem endgültigen Beschluss nicht geringer geworden – was die Ängste betrifft, nicht bedeutungsloser – was die Hoffnungen beinhaltet, und nicht weniger dringlich – was die Bewältigung der Aufgaben angeht.

So sind die hier veröffentlichten Beiträge durchaus nicht durch die inzwischen gefallenen Entscheidungen überholt. Es lohnt sich sehr – für die, die in Gemen dabei waren – sie noch einmal zu rekapitulieren, und für jene, die diese persönliche Konfrontation mit den Betroffenen nicht erleben konnten, sie aufmerksam zu studieren. Bei einigen Artikeln ist diesmal die wörtliche Wiedergabe des Referentenbeitrags gewählt worden, um nicht durch die sonst übliche Zusammenfassung die oft betroffenen machenden Aussagen zu verflachen, so insbesondere bei den Statements der „Anrainer“ aus Königsberg, Weißrussland und der Ukraine.

Es wurde mehrfach während der Tagung betont: das Gelingen des Wagnisses einer Erweiterung der EU durch Hinzufügen von zehn Staaten zu den bisherigen 15 – in der künftigen Konstellation bilden die „Neuen“ $\frac{2}{5}$ der Mitglieder! – hängt in erster Linie nicht von den Neulingen ab, sondern vor allem von uns „Alt-Europäern“, von unserer mentalen Bereitschaft, sie in die Völkergemeinschaft Europas zu integrieren. Dazu gehört auch ganz besonders, dass uns Deutschen bewusst wird, dass unser Land nun von der Peripherie in die Mitte rückt. Das bedeutet einen erheblichen Wandel in den künftigen Aufgaben und erhebliche Zunahme der Mitverantwortung für das Ganze.

Die Erfahrungen in den letzten Wochen in Hinblick auf divergierende Tendenzen im europäischen Zusammenspiel lassen jedoch ahnen, wie sehr hier sicher noch Lehrgeld gezahlt werden muss. Und es sind sicher Zweifel erlaubt, ob gerade wir Deutschen darauf beharren sollten oder dürften, einen „deutschen Weg“ zu gehen, wenn es gilt, einen gemeinsamen europäischen Weg zu finden.

Das kommende 57. Gementreffen wird dieses Thema aufnehmen: EUROPAS WANDEL IM OST-WEST-SPANNUNGSFELD wird das Thema lauten. Aufbauend auf den Ergebnissen des 56. Treffens werden wir gemeinsam mit Gästen aus einer Reihe von ostmitteleuropäischen Ländern die Fragen

angehen, die sich uns für die gemeinsame europäische Zukunft unter den neuen Bedingungen stellen, so u. a. die Unsicherheit über die künftige Entwicklung östlich der neuen EU-Grenze, der Umgang mit den gegenseitigen Verletzungen im vergangenen Jahrhundert, die Bedeutung des Wertewandels in Ost und West, und vor allem die Frage nach Gott im künftigen Europa.

Im nächsten *adalbertusforum*, das im Mai erscheinen soll, werden Sie das Programm des 57. Gementreffens finden. Das Heft wird auch einige Nachträge vom 56. Treffen enthalten, die wegen der ausführlichen Einzelbeiträge in diesem Heft keinen Platz

mehr fanden. Außerdem wird die nächste Ausgabe wieder einen größeren Literaturteil enthalten.

Zunächst laden wir Sie jedoch sehr herzlich ein zur 10. Deutsch-polnischen Studententagung in Danzig vom 10. bis 17. Mai 2003. Sie wird aus Anlass des Jubiläums einige besondere Momente enthalten und – so hoffen wir – uns nach dem Erlebnis des I. Weltweiten Treffens in Danzig im vergangenen Jahr eine weitere Vertiefung der Kontakte zur Stadt und ihren administrativen und kulturellen Einrichtungen bringen. Auf Seite 32 finden sie dazu einige Hinweise.

Zum Schluss noch eine Anmerkung in eige-

Wohin des Wegs?

Geistliches Wort

Pfarrer Paul Magino

In dieser Zeit voller Unsicherheiten fragen sich viele: Was ist die richtige Richtung? Wohin geht unser Land, wo ist der Weg zum Frieden, wohin gehe ich? Die bevorstehende österliche Bußzeit lädt uns auf den Weg zur Umkehr, ein Weg nicht zurück, sondern nach vorne.

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht neuerungen wird um Wege des Friedens in dieser Zeit voller Anspannung um die Lage im Irak und damit um die Lage im ganzen Nahen und Mittleren Osten, ja um die Lage in der ganzen Welt. Woran nehmen wir Maß, wenn es um den richtigen Weg geht?

Jünger Jesu machen sich auf den Weg, den Weg nach Emmaus. Sie erhalten Klarheit durch die Begegnung mit dem Auferstandenen, durch das Aussprechen der eigenen Fragen, durch das Hören auf ihn, durch das Brechen des Brotes.

Ist das auch heute noch ein gangbarer Weg, der nach Emmaus, der des Hörens auf ihn, der des Brotbrechens und Teilens?

Viele haben in eigenen Entscheidungssituationen erlebt, was den Jüngern geschehen ist: die verwandelnde Kraft des Wortes, die stärkende Speise, die Klarheit nach der gemeinsamen Suche zum Frieden.

ner Sache: Gegen Ende dieser Ausgabe finden Sie einen Beitrag aus besonderem Anlass. Mein Vorgänger im Amt, mein verehrter väterlicher Freund Edmund Neudeck, hat an einem „runden“ Geburtstag lächelnd zu mir gesagt, dass er sich „ganz gern mal feiern“ ließe, so will ich dem nicht nachstehen. Doch sei hier vor allem ein sehr herzliches Wort des Dankes gesagt an alle Weggefährten, die mich im Dienst für unser Bildungswerk und die katholische Vertriebenenarbeit in fast vier Jahrzehnten begleitet haben: alle Mitarbeiter in den wechselnden Vorständen und im Arbeitskreis, alle Referenten und alle Freunde unserer Arbeit in Deutschland, Polen und manchen anderen Ländern Ostmitteleuropas, und besonders alle Mitglieder des Adalbertus-Werkes hier und in Danzig, die das Fundament unserer Arbeit darstellen. Bleibt noch der Dank an meine Familie, ohne die alles nicht möglich gewesen wäre, und der Dank an Gott, der uns alle in unserem gemeinsamen Werk trägt.

Der nachstehende Vers sei Maxime auch für die kommenden Jahre:

Buch des Lebens

Hass, als Minus und vergebens,
wird vom Leben abgeschrieben.

Positiv im Buch des Lebens
Steht verzeichnet nur das Lieben.

Ob ein Minus oder Plus

Uns verblieben, zeigt der Schluss.

Wilhelm Busch

Gerhard Nitschke

1. Vorsitzender des Adalbertus-Werkes e.V.



DOROTHEENKIRCHE

Dieser Ausgabe des *adalbertusforums* liegt erneut ein Überweisungsformular für den **Kirchbauverein St. Dorothea von Montau** bei. Bitte nehmen Sie es uns nicht übel, wenn wir Sie immer wieder um eine Spende angehen, um in Danzig dieses Zeichen der Versöhnung und des Friedens zu vollenden. Auch wenn zu hoffen ist, dass wir in diesem Jahr die Kirchweihe erleben dürfen – z. Zt. wird im Innern die Deckenverkleidung montiert –, so hat der Kirchbauverein noch **ca. 20.000 Euro** Kredit abzutragen. Zudem ist der Bau dann noch längst nicht vollendet. Es wäre mir persönlich eine große Freude, wenn Sie aus dem besonderen Anlass meines „runden“ Geburtstages uns erneut tatkräftig helfen würden. Im Voraus ein herzliches Dankeschön!

G. N.

Flut in Danzig 2001

Auch wenn es im vorigen Jahr bei uns in Deutschland eine „Jahrhundertflut“ gab, werden sich die Leser an die Flutkatastrophe in Danzig am 9. Juli 2001 erinnern, die verheerende Schäden, insbesondere in Danzig-Ohra, zur Folge hatte. In einer ersten spontanen Hilfsaktion war vom Gementreffen 2001 aus ein Betrag von 1.000,00 DM nach Danzig gesandt worden. Im *adalbertusforum* Nr.3/2001 hatten wir dann um weitere Spenden gebeten. Der danach bis ins Frühjahr 2002 zusammengekommene Betrag von **1.320,00 Euro** wurde vom 56. Gementreffen aus nach Danzig überbracht.

Stadtpräsident Paweł Adamowicz sandte uns darauf am 9. 8. 2002 folgendes Fax:

PREZYDENT MIASTA GDAŃSKA
An den Vorsitzenden des
Adalbertus-Werkes
Herrn Gerhard Nitschke

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

zuerst möchte ich Ihnen zu dem Erfolg, denn als dies ist das 56. Gementreffen ohne Frage einzustufen, herzlich gratulieren. Frau Jolanta Murawska, die mich während der Tagung auf der münsterländischen Wasserburg vertrat, hat mich über die Einzelheiten und die Thematik Ihrer diesjährigen Konferenz ausgiebig informiert. Um ehrlich zu sein, war ich nach diesem Bericht umso mehr traurig, dass ich durch die täglichen Pflichten verhindert war und auf die Teilnahme am Treffen in Borken verzichten musste.

Nehmen Sie bitte die Danksagung für Ihren unermüdlichen Einsatz zugunsten der Opfer der Flutkatastrophe vom 9. Juli 2001 entgegen. Unsere Dankbarkeit gebührt Ihnen persönlich – Herr Nitschke – und all denjenigen, die mit der ehrenhaften Aktion bedeutend zur Linderung der Not von vielen Danzigern beigetragen haben.

Ich wünsche der von Ihnen für den Mai nächsten Jahres geplanten *10. Deutsch-polnischen Studententagung in Danzig* gutes Gelingen. Selbstverständlich werden wir diese Idee im Rahmen unserer Möglichkeiten begleiten und unterstützen. Ich freue mich auch schon jetzt auf die Ausstellung *Erinnerung bewahren – Zukunft gestalten*. Ich bin sicher, wir finden einen entsprechenden Ausstellungsraum für diese Präsentation.

Mit freundlichen Grüßen

Paweł Adamowicz
Präsident der Stadt Danzig



Wo ist dieser mitgehende Christus heute, wo der nahe und helfende Gott? Erzbischof Romero hat einmal in einer Predigt deutlich gemacht: „*Es gibt ein Kriterium, mit dessen Hilfe man wissen kann, ob Gott uns nahe oder fern ist. Es handelt sich um jenes Kriterium, das uns das Wort Gottes heute anbietet: Wer sich um den Hungernden, den Nackten, den Armen, den Verschwundenen, den Gefolterten, den Gefangenen, also um alles Fleisch und Blut kümmert, das leidet – wer das tut, dem ist Gott nahe. Und je nachdem, wie du dich dem Armen näherst, mit Liebe oder mit Geringschätzung, dementsprechend näherst du dich auch Gott. Was du den Armen tust, das tust du Gott.*“ Gesprochen sind diese Worte nicht in ungefährlicher Situation, in politisch klaren Zeiten, gepredigt sind sie in persönlich angespannter Situation, in klarer Ent-

schiedenheit des Erzbischofs für die Menschen ohne Rechte.

Predigt, Wort, Rat auch für uns und diese Zeit? Jedenfalls wird ein unterscheidendes Merkmal aufgezeigt: Maß ist das Wohl der Menschen, der Armen und Entrechteten? Wer denkt in Israel an die palästinensischen Kinder und Unschuldigen, wer in den Reihen der Palästinenser an die unschuldigen Israelis? Ist die Zivilbevölkerung im Irak bei den ganzen Überlegungen zu

Krieg und Frieden genügend im Blick?

Gerade Jesus lenkt unseren Blick in diese Richtung, hin auf die Entrechteten, die am Rande.

Für sie und uns alle sollten wir immer wieder beten:

Guter Gott: Unsere Sehnsucht gilt in diesen Tagen dem Frieden in der Welt, ganz besonders im Mittleren Osten. Schenke allen Menschen diese große Sehnsucht nach Frieden, insbesondere den gegnerischen Parteien im Irak und in den USA. Lass beide Seiten einlenken und ohne Gewalt aufeinander zugehen. Gib ihnen das Gefühl, dass sie dabei nicht das Gesicht verlieren, sondern im Gegenteil ihre wahre Größe finden. Und lass uns und alle Menschen auf der Welt nie aufhören, für gerechte und friedliche Strukturen einzutreten.

HOFFNUNGEN – ÄNGSTE – AUFGABEN

56. Gementreffen vom 24. bis 29. Juli 2002

Durch die beim 55. Gementreffen im Jahre 2001 behandelte Thematik MITEINANDER LEBEN – VOLKSGRUPPEN – MINDERHEITEN – „FREMDE“ IM NÖRDLICHEN OST-MITTELEUROPA war deutlich geworden, dass die bevorstehende EU-Osterweiterung noch mit vielen offenen Fragen verbunden ist, die einen erheblichen Diskussions- und Klärungsbedarf haben, sowohl innerhalb der Staaten, die der Union bereits angehören, als auch der Kandidaten-Staaten, aber ebenso auch außerhalb der Grenzen der künftigen Union. Von hier aus ergab sich für die Folgetagung im Jahre 2002 fast zwangsläufig die Aufgabe, sich nun gezielt mit jenem Bündel von Fragen und Problemen auseinander zu setzen, die sich – über die spezielle Volksgruppen- und Minderheitenproblematik hinaus – im Rahmen der EU-OSTERWEITERUNG stellen und dabei vor allem die HOFFNUNGEN – ÄNGSTE – AUFGABEN in den Blick zu nehmen.

Hierbei ergaben sich für die Tagung jene zwei gewichtigen Aufgaben, die sich auch für die EU-Osterweiterung in der letzten Vorbereitungsphase ganz allgemein stellen: zum einen – sowohl bei jenen, die in die Gemeinschaft aufgenommen werden, als auch innerhalb der etablierten EU-Staaten – Hoffnungen zu stärken, Ängste zu mindern und sich gegenseitig zur Wahrnehmung der gemeinsamen Aufgaben zu ermuntern; zum anderen daran zu denken, dass nach der Verlegung der EU-Außergrenze hinter die neu aufgenommenen Staaten auch neue Ab- und Ausgrenzungen entstehen. So stellte sich die Frage: Was geschieht mit der Region Königsberg, mit Staaten wie der Ukraine, Weißrussland oder auch evtl. der Slowakei, wenn jene Staaten, mit denen sie bisher in vielerlei Beziehungen standen, nun zur EU gehören, sie aber nicht?

Beide Aufgaben sollten beim 56. Gementreffen zur Sprache kommen: es wurden also sowohl Vertreter der östlichen Kandidaten-Staaten dazu eingeladen, als auch Vertreter der zukünftigen an diese angrenzenden Anrainer-Staaten. Es sollte versucht werden, im offenen Dialog zu klären, wie die neue Grenze sowohl wirksam werden,

als auch durch „Geistige Brücken“ überwunden werden kann.

Einschließlich der Tagesgäste waren es wieder fast 200 Teilnehmer, die sich vom 24. bis 29. Juli 2002 zum 56. Gementreffen versammelten – darunter auch erneut ca. 50 aus Danzig und vier aus Litauen angereiste Gäste – sowie die Schar der Referenten aus Polen, Estland, dem Gebiet Königsberg, Tschechien, der Slowakei, Weißrussland, der Ukraine, Belgien und Deutschland. Wie schon im vorigen Jahr kann man aus der Rückschau auf die Tagung sicher sagen, dass auch diesmal das hohe Maß an Kompetenz des Referenten-Kollegiums die Referate und Gesprächsforen besonders prägte, so dass einerseits der Informationswert der Vorträge, Dialoggespräche und Arbeitskreise sehr hoch war, andererseits in den Diskussionen auch eine selbständige Urteilsbildung der Zuhörer gefördert wurde und damit die Bereitschaft zum eigenem Nachdenken wie auch – je nach Vermögen – zum verantwortlichen Handeln für die Zukunft in Europa angeregt wurde.

Das Arbeitsprogramm begann am Donnerstagvormittag mit einem einführenden Vortrag von Christoph Linkerhägner, Mitarbeiter bei der Europäischen Kommission in Brüssel, zum Thema: „EU-Osterweiterung – Fakten und Perspektiven – Stand der Ent-



wicklung“, in dem der Referent einen großen Bogen schlug vom Fall der Berliner Mauer, der quasi die Geburtsstunde des neuen europäischen Aufbruchs im Osten war, über den Stand der derzeitigen Entwicklung zur EU-Osterweiterung, bis hin zu den Perspektiven der Erweiterung, die er mit den Worten des ehemaligen polnischen Außenministers Geremek als „Versöhnung der Geographie mit der Geschichte“ bezeichnete.

Es folgten dann am Donnerstagvor- und -nachmittag unter dem Thema „Hoffnungen und Ängste – Perspektiven der Kandidaten“ vier Dialoggespräche mit kompetenten Vertretern der Kandidatenländer **Polen** – Adam Krzemiński, Redakteur der Zeitschrift „Polityka“ aus Warschau –, **Baltische Staaten** – Dr. Sirje Kivimäe, Historikerin aus Tallinn –, **Tschechien** – Jan Sechter, Mitarbeiter im Auswärtigen Amt in Prag –, **Ungarn** – Dr. Edit Masika, Europareferentin in der Botschaft der Republik Ungarn in Berlin. Die Gespräche wurden moderiert von Stephan Erb M.A., Mitarbeiter der Bosch-Stiftung in Stuttgart und ehemaliger langjähriger deutscher Studienleiter der Internationalen Jugendbildungsstätte in Kreisau/Polen, sowie von Wolfgang Nitschke M.A., freier Journalist in München; beide erfahrene Kenner der ostmitteleuropäischen Szene. Sie hatten einen Modus der Dialoggespräche vorüberlegt, der den Befragten zwar ihre individuelle Darstellungsweise ermöglichte, jedoch durch die vorgegebenen Parameter zu vergleichbaren Aussagen führen sollte. Die Ergebnisse der Gespräche machten deutlich, dass zwar in den einzelnen Ländern jeweils noch unterschiedliche Resthürden auf dem Weg in die EU zu überwinden sind, alle jedoch die Aufnahme im Jahre 2004 erhoffen und sich zielstrebig darauf vorbereiten. Dabei gibt es auch eine Reihe von unterschiedlichen Ängsten – in Polen z. B. in Hinblick auf die Integration der Landwirtschaft in den europäischen Markt – jedoch überwiegen in allen Staaten Hoffnungen auf eine bessere Zukunft in der europäischen Solidargemeinschaft.

Auch der zweite Arbeitstag, der Freitag, begann mit einem grundlegenden Vortrag zum Thema: „EU-Osterweiterung – Perspektiven in Deutschland“, gehalten von Eva Feldmann M.A., Mitarbeiterin am Zentrum für Politikforschung in München. In ihren

Ausführungen wies sie auf die Diskrepanz zwischen dem vitalen politischen Interesse Deutschlands an der EU-Osterweiterung und der starken Desinformation in der Bevölkerung über die EU im Allgemeinen und die Perspektiven der Osterweiterung im Besonderen hin. Vor allem sei eine bessere Informations- und Bildungsarbeit in der Jugend notwendig, die ja in Zukunft die tragende Kraft Europas sein werde.

Es schlossen sich dann unter dem Thema „EU-Osterweiterung – Anrainer ohne Perspektive?“ vier Arbeitskreise an, in denen Referenten aus dem „Königsberger Gebiet“ – Galina Kofanova, Germanistik-Dozentin an der Technischen Universität Königsberg –, Weißrussland – Prof. Dr. Weniamin Kosmatsch, Dekan der historischen Fakultät der Universität Witebsk –, Ukraine – Prof. Dr. Oleg Panchuk, Universitätsprofessor und Direktor des Bukowina-Instituts in Czernowitz –, einerseits ihre großen Sorgen in Hinblick auf die Verlegung der Ostgrenze der EU und die damit befürchtete neue Ausgrenzung – insbesondere die mögliche Zerstörung heute bestehender enger Nachbarschaftsbeziehungen zu den künftigen EU-Mitgliedern – deutlich machten, andererseits aber auch ihre Hoffnung zum Ausdruck brachten, dass die bestehenden geistigen Bindungen zum westlichen Europa weiterhin tragfähig bleiben. Einen besonderen Akzent setzte hier die junge Dozentin aus Königsberg, die in sehr eindrucksvoller Weise die ernstesten Befürchtungen ihres Heimatgebietes vor einer „Einkesselung“ durch die neue „Schengener Grenze“ zum Ausdruck brachte, die sie mit einem neuen „Eisernen Vorhang“ verglich. Die Slowakei – für die Prof. Otto Sobek, Pressburg, sprach – kam ebenfalls in dieser Gruppe zu Wort, da zum Zeitpunkt der Planung der Tagung die Gleichrangigkeit mit den anderen Kandidatenländern noch offen war. Der Referent brachte jedoch die Überzeugung zum Ausdruck, dass sein Land ebenfalls 2004 der EU angehören werde, da bis dahin alle Voraussetzungen erfüllt seien.

Der Freitagnachmittag führte dann unter dem Thema: „EU-Osterweiterung: Aufgaben in sich ändernder Nachbarschaft“ alle Referenten der beiden Tage zu einem großen Gesprächsforum zusammen, erneut moderiert von Stephan Erb und Wolfgang Nitschke. In einer sehr lebendigen Aussprache wurde insbesondere deutlich, dass die Zukunft Europas in ganz hohem Maße von seinen Bürgern abhängig sein wird, von ihrem Willen, die neuen Aufgaben anzunehmen und an der Gestaltung mitzuwirken. Dabei kann nicht Gleichmacherei das Ziel sein, sondern eine Einheit in der Vielfalt, die auch eine gute Nachbarschaft zu jenen Ländern ermöglicht, die der Union nicht angehören.

Diese Grundtendenz wurde dann am Samstagvormittag in einem weiteren Gesprächsforum vertieft, in dem unter dem Thema: „Wie weit reicht Europa? – Geistige Brücken über die künftige EU-Ostgrenze hinweg“ – unter der Gesprächsleitung des Geistlichen Beirats des Adalbertus-Werkes,



Gesprächsforum „Wie weit reicht Europa?“

(v. l.): Pater D. Zils, Dr. J. Sobkowiak, G. Kofanova, Pfarrer Magino, A. Krzemiński, Prof. O. Panchuk.

Pfarrer Paul Magino, Wendlingen, sehr unterschiedliche Aspekte zur Geltung kamen. Es diskutierten nochmals Galina Kofanova aus Königsberg, Adam Krzemiński aus Warschau und Prof. Panchuk aus Czernowitz, zu denen Dr. Jerzy Sobkowiak, Mitglied des Domkapitels in Witebsk, sowie Pater Diethard Zils OP, Mitglied des internationalen Dominikaner-Konventes in Brüssel, hinzukamen. Wichtigstes Ergebnis dieses Forums war vielleicht, dass der Fundus an gemeinsamer geschichtlicher europäischer Tradition, geistigen und kulturellen Werten, wie auch die darauf basierenden Bindungen über alle bisherigen Grenzen hinweg – die ja auch teilweise den „Eisernen Vorhang“ überwunden hatten – zur Hoffnung Anlass gibt, dass die bestehenden „Geistigen Brücken“ auch nach der EU-Osterweiterung nicht abgebrochen werden, sondern auch neue gebaut werden können. Neben dem Hauptprogramm I für die erwachsenen Teilnehmer der Tagung gab es auch beim 56. Gementreffen zwei Parallelprogramme für Jugendliche und Kinder – wie stets vorbereitet und gestaltet von erfahrenen Jugendleitern und Pädagogen – in denen analog zum Programm der Erwachsenen die Leitthematik didaktisch dem jeweiligen Alter entsprechend behandelt wurde. Besonders erfreulich war in diesem Jahr die große Präsenz der nachfolgenden Generation mit über 40 Jugendlichen und

Kindern, bei den Jugendlichen aus den drei Ländern Deutschland, Polen und Litauen, bei den Kindern nur aus Deutschland und Polen. Beide Programme wurden mehrsprachig gestaltet.

Das Programm II der Jugendlichen bot am Donnerstagvormittag zunächst eine Einführung in die Thematik: „EU-Osterweiterung – was heißt das?“, der am Nachmittag unter dem Thema „Hoffnungen und Ängste zur EU in Polen, Litauen, Deutschland“ Erfahrungsberichte der Jugendlichen aus ihren Heimatländern folgten. Der Freitagvormittag brachte dann eine didaktische Neuerung: die Jugendlichen schwärmten aus in die Fußgängerzone von Borken, um dort unter der Anleitung von Profis mit Video- und Tonaufnahme-Geräten Interviews zur Frage „Was halten Sie von der EU-Osterweiterung?“ zu machen. Die Ergebnisse wurden am Samstagvormittag in der Burg profimäßig bearbeitet und allen Teilnehmern der Tagung am Sonntagvormittag in der Stunde der Gemeinschaft vorgestellt. Das Thema: „Wie weit reicht Europa? – Brücken über die EU-Grenzen hinaus“ wurde am Freitagnachmittag auch im Jugendprogramm diskutiert.

Das Programm III für die Kinder hatte diesmal das Thema „Treffpunkt DANZIG“. Unter den Einzelthemen: „Danzig – Wohnort für Menschen aus vielen Völkern“, „Danzigs Nachbarn“ und „Danzig – eine Stadt an der Ostsee“ wurden die vielfältigen Verflechtungen der Stadt in Geschichte und Gegenwart den Kindern nahe gebracht und in kreatives Gestalten umgesetzt. Auch hier



Abschied der Jugendlichen aus drei Ländern.

wurden die Ergebnisse am Sonntag in einer Ausstellung der Allgemeinheit in der Stunde der Gemeinschaft präsentiert.

Der Sonntag begann traditionsgemäß mit einem festlichen Gottesdienst gemeinsam mit der Gemener Gemeinde, den – an Stelle des leider aus Krankheitsgründen nicht gekommenen polnischen Bischofs Dr. Sliwiński aus Elbing – Pfarrer Paul Magino gemeinsam mit den anderen Priestern zelebrierte. Die sich anschließende „Stunde der Gemeinschaft“ unter dem Motto „Baustelle Europa“ bot den anwesenden Gruppen Gelegenheit, sich einzubringen, sowohl mit Ergebnissen der Tagung – wie oben bereits in Hinblick auf die Programme I und II erwähnt – wie auch mit zusätzlichen Beiträgen, so einige kaschubische Lieder, gesungen von einer diesmal starken Gruppe aus der Kaschubei unter den aus Danzig ange-reisten Teilnehmern, und beeindruckende musikalische Beiträge, die die vier litau-

schlagen wurde. Am abschließenden Sonntagabend sprach Dipl.-Ing. Gerhard Nitschke, Düsseldorf, über „Backsteingotik im südlichen Ostseeraum“ und zeigte auf, dass schon seit Jahrhunderten durch die Architektur und Kunst eine enge Verklammerung in dem nun durch die EU neu geordneten europäischen Raum besteht.

Am Samstagnachmittag stand zum siebten Mal wieder eine „Besichtigungsfahrt für die ausländischen Gäste“ auf dem Programm, die diesmal nach Münster in die Stadt des Westfälischen Friedens führte, zu Besichtigungen der Altstadt mit Dom, Lambertikirche und historischem Rathaus mit dem Friedenssaal.

Zum geistigen Konzept auch des 56. Gementreffens gehörte es, dass der Tagungsablauf unterbrochen war durch Zeiten der Stille, der Besinnung, der Meditation und der Begegnung mit Gott: im Morgen- und Abendgebet, in den mittäglichen Rosen-



Gruppe der Kinder bei der Stunde der Gemeinschaft am Sonntag.

schen Jugendlichen mit Instrumenten und in Trachten ihren Heimat vortragen.

Den geistigen Schlussakzent der Tagung setzte dann die Festliche Stunde am Sonntagnachmittag mit dem Thema: „Leben in der Kirche – Chancen einer erneuerten Geschwisterlichkeit in Europa“, das Pfarrer Paul Magino vortrug. Er wies vor allem hin auf die Verantwortung der Christen zur Gestaltung dieser Welt, den Auftrag Gottes, für die Schöpfung Sorge zu tragen, für den Frieden zu wirken und Geschwisterlichkeit zu üben gegenüber allen Menschen. Leben in der Kirche bedeutet in Europa auch ein große Vielfalt an kirchlicher Existenz, leider manchmal auch in großer Spannung zu einander – wie sich zurzeit im Verhältnis zur orthodoxen Kirche in Russland zeigt. Dennoch: die europäische Gemeinschaft beruft sich in ihrer Charta auf die christlichen Werte. Unsere immerwährende Aufgabe ist es, diese Werte einzubringen.

Neben dem „Arbeitsprogramm“ gab es auch bei diesem Gementreffen wieder eine Reihe von kulturellen Veranstaltungen. So stand am Donnerstagabend diesmal eine Stunde mit „Musik und Dichtung in Königsberg“, vorbereitet von Viola Nitschke-Wobbe M.A., Frankfurt, in der in Wort und Klang aus ihrer kulturellen Vergangenheit heraus die Brücke zu der uns endlich wieder näher rückenden einst bedeutenden europäischen Kulturstätte im Osten ge-

kranzmeditationen, vor allem in den täglichen Gottesdiensten, unterschiedlich mit besonderen thematischen Schwerpunkten gestaltet, gemeinsam zelebriert von den anwesenden Priestern und mit Gebetstexten in verschiedenen Sprachen – besonders der deutschen und der polnischen. Neben dem Festhochamt am Sonntag stand auch in diesem Jahr wieder am Samstagabend ein ökumenischer Wortgottesdienst, diesmal unter dem Leitwort „Für jetzt bleiben Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei, doch am größten unter ihnen ist die Liebe“ (1. Kor. 13,13), in dem die spirituellen Kräfte deutlich wurden, die aus christlichem Ursprung tragend für das künftige Europa sein können.

Auch das 56. Gementreffen war wieder geprägt von offener herzliche Begegnung der Teilnehmer und Mitwirkenden aus den verschiedenen Nationalitäten, vor allem auch erneut zwischen den ehemaligen und heutigen Danzigern, die auch diesmal in so großer Zahl angereist waren. Erfreulich war auch wieder die frohe und unkomplizierte Gemeinschaft unter den Generationen im Umgang miteinander, insbesondere auch in der Geselligkeit am Freitagabend, an dem sich rhythmische Bewegung zur Musik erneut als völkerverbindend erwies.

Gerhard Nitschke

Es habe bereits vorher Erweiterungen der EU gegeben (1981, 1986, 1995), begann der Referent, aber die jetzige sei einzig im Hinblick auf

- die Anzahl der Bewerberländer,
- den Zuwachs an Fläche und der Bevölkerungszahl,

insbesondere aber, weil mehr als jedes Mal zuvor die Möglichkeit besteht, auf der Basis gemeinsamer Werte

- von Konfliktsituationen zu mehr Stabilität zu führen,
- ökonomische Ungleichheit in Aussicht auf Wachstum und Wohlstand auf dem gesamten Kontinent zu verändern,
- und letztlich von Teilung zur Einheit zu gelangen.

Herr Linkerhägner gliederte seine Ausführungen in drei grundsätzliche Bereiche:

1. Wie ist der Stand der Verhandlungen, den Zeitplan und die Finanzierung eingeschlossen?
2. Wie sind die Kandidaten vorbereitet?
3. Wie sind die Perspektiven der Erweiterung, Ängste und Erwartungen?

Rückblick

Einige Bewerber hatten bereits 1989 nach dem Fall der Berliner Mauer die feste Absicht geäußert, der EU anzugehören, so die erste freigewählte Regierung von Polen.

1993 legten die EU-Mitgliedstaaten in Kopenhagen drei Rahmenbedingungen für den Beitritt fest und zwar

- politisch: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Schutz der Minderheiten, die garantiert und stabil sein müssen;
- wirtschaftlich: eine funktionierende Marktwirtschaft;
- juristisch: die Fähigkeit zur Übernahme des gesamten Rechts der EU und das Einverständnis mit den Zielen einer politischen Wirtschafts- und Währungsunion.

1994 folgten die so genannten Europaabkommen (Ungarn und Polen).

1998 begannen Verhandlungen mit Estland, Polen, Tschechien Ungarn, Slowenien und Zypern.

2000 folgten Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und die Slowakei.

Stand der Verhandlungen

Prinzipien

Seit dem Rat von Nizza (2000) gibt es einen Zeitplan: die Länder, die alle Bedingungen erfüllen, sollen die Möglichkeit haben, an den Wahlen zum europäischen Parlament im Jahr 2004 teilzunehmen. Das bedeutet die Beendigung der Verhandlungen Ende 2002, spätestens zu Anfang des Jahres 2003. Jedes Kapitel wird individuell mit jedem Land verhandelt, auch die Bewertung jedes Kandidaten erfolgt individuell. Verhandelt werden gemeinsame EU-Standpunkte auf der Basis der Vorschläge der Kommission. Der materielle Kern der Verhandlungen wird aus der Verpflichtung der Beitrittsländer zur Übernahme aller Regeln

EU-Osterweiterung:

Fakten und Perspektiven – Stand der politischen Entwicklung

Referent:

Christoph Linkerhäger, Brüssel

und Standards der EU-Gesetzgebung gebildet. Dieser Besitzstand der EU-Länder ist in 31 sachliche Gebiete/Bereiche, so genannte Kapitel aufgeteilt. Ein erfolgreich verhandeltes Kapitel wird „geschlossen“.

Stand einzelner Länder

Herr Linkerhäger stellte fest, dass bereits 80 % der Verhandlungskapitel vorläufig geschlossen sind. Das ist bei den einzelnen Ländern zwar unterschiedlich, aber die Verhandlungen zu 18 Kapiteln sind mit allen zehn Beitrittsländern abgeschlossen. Rumänien und Bulgarien sind dabei ausgeschlossen, die selber erklärt haben, 2004 nicht beitreten zu wollen. Bei manchen Kapiteln fehlt nur noch ein Land. Zum Beispiel das Kapitel 9 (Verkehr) bei Tschechien, Kapitel 10 (Steuern) bei Malta, Kapitel 14 (Energie) bei Estland, Kapitel 20 (Kultur) bei Ungarn. Das Kapitel 6 (Wettbewerb) ist noch mit mehreren Ländern offen. Zu beachten ist auch, dass die in den jeweiligen Ländern noch offenen Kapitel von unterschiedlicher Schwierigkeit und Verhandlungsintensität sind.

Insgesamt ist zur Stunde (Juli 2002) einzuschätzen, dass die Vorstellung, die Verhandlungen Ende 2002 abzuschließen, zwar ehrgeizig aber realistisch sind. Schwerpunkt für die Verhandlungen der zweiten Jahreshälfte 2002 sind die Kapitel 7 (Landwirtschaft) und Kapitel 29 (Finanzen und Haushaltsbestimmungen).

Anstehende Entscheidungen

Für den Fortgang der Beitrittsverhandlungen sind aber noch weitere Punkte wichtig:



- der Ausgang der im Herbst stattfindenden Wahlen, sowohl in den Mitgliedstaaten als auch in den Beitrittsländern;
- die noch ausstehende Ratifizierung des Vertrages von Nizza, der die institutionelle „Auslegung“ einer erweiterten EU regelt, durch Belgien und Irland;
- die Überwindung der Teilung Zyperns; eine politische Einigung würde den Beitritt erleichtern, ist aber keine Bedingung.

Kosten der Erweiterung

In zunehmendem Maße wird die Frage nach den Kosten der Erweiterung gestellt. Zu beachten sind dabei die unterschiedlichen Interessenslagen:

- die zwei Gruppen der Mitgliedsländer, die so genannten Nettozahler (sie zahlen in die EU-Kasse mehr ein als sie herausbekommen, wie u. a. Deutschland und die Niederlande) und die Nettoempfänger (sie bekommen mehr heraus als sie einzahlen);

- die Kandidaten, die eine hohe Förderung durch die EU erhoffen, die aber auch mit dem Beitritt Zahlungen an den Haushalt der EU zu leisten haben;
- die EU-Kommission selbst, die das gesamteuropäische Interesse vertritt, also weder Position der Kandidaten noch der Mitgliedstaaten.

Hinzu kommt, daß gegenwärtig diskutiert wird, die beiden wichtigsten Politikfelder zu reformieren, die GAP und die Regionalförderung. In dieser Situation hat die Kommission Vorschläge zur Finanzierung gemacht und dabei drei Grundprinzipien zugrunde gelegt:

- Einhaltung der 1999 in Berlin festgelegten Obergrenzen,
- neue Mitglieder nehmen an allen politischen Verhandlungen teil,
- die Erweiterung hat keinen Einfluss auf die Reform der GAP sowie der regionalen- und Strukturförderung.

Die heftigen Reaktionen auf die Vorschläge sowohl von der Seite der Mitglieder als auch der Kandidaten der EU sprechen dafür, dass die Kommission einen ausgewogenen Vorschlag gemacht hat.

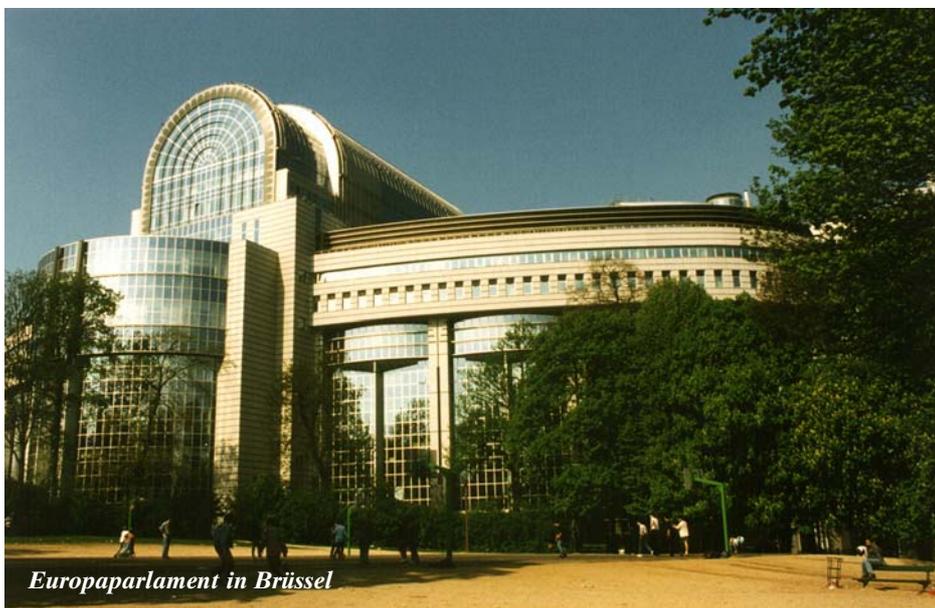
Finanzierung

Der Referent ging nun auf einige Positionen der Finanzierungsvorschläge näher ein: 1999 in Berlin wurden die Kosten mit 42 Mrd. Euro veranschlagt. Dabei wurde noch angenommen, dass die ersten Beitritte bereits 2002 erfolgten. Inzwischen hat sich das Beitrittsdatum auf 2004, die Anzahl der Länder auf zehn verändert und sieht die Einhaltung der ursprünglichen Summe eine Umverteilung vor. Der Löwenanteil des Finanzpaketes geht in die Förderung des ländlichen Raums. Dies und die Frage nach der Höhe der Finanzierungsbeiträge der neuen Mitgliedsländer sorgen für genügend Konfliktpotential in den Verhandlungen. In Hinblick auf die Mitgliedstaaten haben Berechnungen bis 2006 ca. 6,6 Mrd. Euro ergeben, für die Zeit danach wird es ab 2005 neue Verhandlungen geben. Gegenwärtig liegen erst die Vorschläge der Kommission auf dem Tisch. Die Position der Staaten muss erst in den kommenden Wochen und Monaten erarbeitet werden.

Bewertung der Kandidaten

Die Bewertung der Kandidaten erfolgt seit Beginn der Verhandlungen regelmäßig zu Ende des Jahres. Ein Zwischenstand gemäß dem Vorbereitungsstand der Beitrittsländer ergibt zurzeit:

- Die politischen Kriterien wurden von allen Kandidaten außer der Türkei erfüllt.
- Die wirtschaftlichen Voraussetzungen werden von den meisten Ländern bereits jetzt oder in absehbarer Zeit erfüllt.
- Defizite sind vor allem im Bereich der Verwaltung und der Justiz vorhanden. Dabei handelt es sich überwiegend um die Umsetzung und Durchsetzung der übernommenen Vorschriften.
- Es besteht die Aussicht, dass die notwendigen Umsetzungen bis zum Jahres-



Europaparlament in Brüssel

schluss bei allen zehn Kandidaten beendet werden können. Nach Überprüfung Ende 2002 wird die Kommission dann dem Gipfel in Kopenhagen empfehlen, mit welchen Ländern die Verhandlungen abgeschlossen werden.

Perspektiven des Erweiterungsprozesses

Der Referent leitete diesen letzten Teil seiner Ausführungen mit der Feststellung ein, dass der formale Verhandlungsabschluss, der in Sicht kommt, schließlich erst der Anfang sei, da die konkreten Herausforderungen und Chancen erst dort beginnen.

Öffentliche Meinung

Die Frage nach der Unterstützung des Beitritts durch die europäische Bevölkerung ergibt folgendes Ergebnis:

- 50 % der Bevölkerung der Mitgliedstaaten ist für den Beitritt,
- 30 % sind dagegen,
- 20 % sind unentschieden.

Nach Ländern betrachtet ist die Ablehnung in Frankreich mit 47 % am größten, aber auch in Deutschland und Österreich mit je 36 % sehr stark. Im Vereinigten Königreich ist die Unentschiedenheit mit 28 % besonders groß. Die kleinen Staaten dagegen, wie Dänemark (68 %), Schweden (61 %), Griechenland (57 %) und Spanien (64 %), befürworten überwiegend die Erweiterung.

Ängste und Sorgen

Es muss festgehalten werden, dass ein beachtlicher Teil der europäischen Bevölkerung ablehnend oder zumindest indifferent der Erweiterung der Union gegenübersteht. Als Ursache für diese Haltung sind mit der Erweiterung verbundene Sorgen zu sehen. Dazu gehören:

- Wird es eine Einwanderungswelle geben?
- Kommt es zu einer Verlagerung von Arbeitsplätzen in die Beitrittsländer?
- Wird die grenzüberschreitende Kriminalität zunehmen?
- Wird die Wirtschaft und der Euro stabil bleiben?

Korrespondierende Ängste gibt es auch in den Beitrittsländern, diese haben dort folgende Schwerpunkte:

- Wegfall von Arbeitsplätzen,
- soziale Folgen eines wirtschaftlichen Umbruchs
- Ausverkauf von Grund und Boden,
- Verlust der nationalen Identität.

Der Referent versicherte, dass die Ängste in der EU, insbesondere in der Kommission, ernst genommen werden, zumal sie die Gebiete widerspiegeln, in denen für die Kommission die Verhandlungen am schwierigsten waren.

Abbau der Ängste

Dennoch lassen sich die Ängste mit einfachen Informationen in ein weniger verzerrtes objektives Bild überführen. Im Einzelnen:

- Der Euro wird nicht automatisch sondern nach den strengen Maastrichter Kri-

terien und einer mindest zweijährigen Testphase eingeführt.

- Die Kosten der Erweiterung werden gegenüber der Einschätzung von 1999 eher unterschritten werden.
- Der Einfluss auf den Arbeitsmarkt wird nicht bestritten, aber bereits heute findet auf diesem Gebiet eine Verlagerung statt. Deswegen wurde auch eine bis zu sieben Jahren dauernde Übergangsfrist für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer verhandelt.
- Die Grenzkontrollen werden nicht mit dem Beitrittstag entfallen. Erst ist eine lückenlose Kontrolle der Außenbezirke der EU sicherzustellen.
- Die grenzüberschreitende Kriminalität, etwa Menschenhandel und Drogenhandel, sind bereits heute traurige Wirklichkeiten. Hier wird es durch Kooperation Verbesserungen der Ermittlungen und der Strafverfolgung geben.
- Die Angst vor der ungehinderten Einwanderung ist am größten. Auch hier sind Übergangsfristen festgelegt. Beim Beitritt von Spanien und Portugal haben sich derartige Ängste nicht erfüllt, Probleme sind ausgeblieben. Hierzu ist aber auch eine zusätzliche Bemerkung erforderlich: Im Jahr 2020 wird über ein Drittel der deutschen Bevölkerung über 50 Jahre alt sein. Es kann für die deutschen Sozialversicherungssysteme und damit für den Lebensstandard notwendig werden, über die Zuwanderung nachzudenken.

Vorzüge der Erweiterung

Es darf aber auch nicht versäumt werden, über die Vorzüge der Erweiterung nachzudenken:

- Die Erweiterung ist in bestimmter Weise auch eine Wiedervereinigung Europas. Der ehemalige Außenminister Polens, Gemerek, spricht von einer „Versöhnung der Geographie mit der Geschichte“.
- Wirtschaftlich gibt es nach der Meinung des Referenten keine andere Perspektive zur immer stärkeren Globalisierung. Es entsteht der größte Markt der Welt mit einheitlichen Regeln.
- Das uneingeschränkte Bekenntnis Europas zur Demokratie und den Menschenrechten macht Europa als Ganzes stabiler.

Fazit

Herr Linkerhägner schloss mit den präzisen Antworten auf seine drei eingangs gestellten Fragen:

1. Die Verhandlungen sind im Zeitplan. Ihr beabsichtigter Abschluss in den meisten Ländern noch in diesem Jahr ist ehrgeizig aber realistisch.
2. Die Kandidaten werden für die Mitgliedschaft gut vorbereitet sein.
3. Die mit der Erweiterung verbundenen Perspektiven sind gewaltig, wir kennen aber auch die Ängste und die negativen Folgen und nehmen sie ernst.

Georg Domansky

Polen

Gespräch mit Adam Krzemiński, Warschau

Polen ist mit seinen 40 Millionen Einwohnern der bevölkerungsreichste und größte der Beitrittskandidaten. Die Integration in die Europäische Union und die NATO waren in den letzten Jahren die wichtigsten Ziele der polnischen Außenpolitik. Den NATO-Beitritt hat Polen erfolgreich hinter sich gebracht und nach Abschluss der Verhandlungen sind nun alle Voraussetzungen auch für den EU-Beitritt geschaffen. Nun kommt es auf das Referendum an, bei dem Polens Bürger für oder gegen den Beitritt stimmen können. Die Meinungsumfragen haben ergeben: Die Mehrheit der Befragten ist für einen Beitritt Polens zur EU. Die Aufbruchstimmung von einst ist aber vorbei. Von der schlechten weltwirtschaftlichen Konjunktur bleibt auch Polen nicht verschont. Die Arbeitslosigkeit ist stark gestiegen und selbst viele aus der jungen Generation mit guter Ausbildung und hoffnungsvollem Karrierestart sind mittlerweile davon betroffen. Und immer häufiger hört man die Einschätzung der Skeptiker, Polen könne bestenfalls ein EU-Mitglied „zweiter Klasse“ sein. Die mit dem EU-Beitritt verbundenen Ängste und Hoffnungen, die Strategien der Befürworter und der Gegner sowie aktuelle gesellschaftspolitische Fragen waren Gegenstand des Gesprächs mit Adam Krzemiński.

Krzemiński, Redakteur der Warschauer Wochenzeitung Polityka und Deutschland-Experte, warnte davor, das Referendum lediglich als Formsache abzutun. Eine heiße Diskussionsphase stehe der polnischen Gesellschaft noch bevor.

Krzemiński betonte, dass das Referendum für die Legitimierung des Beitritts wichtig sei. Es dürfe nicht der Verdacht aufkommen, dass allein die politische Klasse über diesen wichtigen Schritt entscheide und die Bevölkerung diese Entscheidung dann nur zur Kenntnis nehmen könne. Die „Europä-



EU-Osterweiterung: Hoffnungen und Ängste – Perspektiven der Kandidaten

er“ seien in Polen zwar in der Mehrheit, ihre Argumente seien aber oft zu kompliziert, zu intellektuell und häufig auch zu egoistisch.

Krzemiński machte drei Argumentationslinien der Befürworter des Beitritts aus:

1. Die Kassen der EU werden immer leerer. Nur bei einem schnellen Beitritt kann sich das Land Hoffnungen auf wirksame Unterstützung machen. Diese Begründungsstrategie nannte Krzemiński fatal.
2. Polen ist immer ein Teil Europas gewesen und gehört auch der Wertegemeinschaft an, die die EU repräsentiert.
3. Ein pragmatisches Argument: Auch wenn wir noch nicht genau wissen, welche Schwierigkeiten und Zwänge der Beitritt mit sich bringt, ist es besser dabei zu sein, weil die Zukunft Europas innerhalb der EU entschieden wird und nicht außerhalb.

Ein viertes Argument machte sich Krzemiński selbst zu Eigen: Polen sei eine verspätete Nation, habe mit den Lasten der Geschichte und mit denen der Transformation zu kämpfen. „Wir brauchen eine normgebende Instanz, die uns zu einem Modernisierungsschub verhilft.“

Die gleiche Analyse veranlasse aber die „Euro-Skeptiker“ den Beitritt abzulehnen. Eine Mitgliedschaft in der EU bringt nach deren Meinung einen Verlust der nationalen Identität mit sich und führt das Land in eine Situation, in der es von den wirtschaftlich stärkeren Mitgliedern majorisiert oder sogar unterworfen werden könnte.

Bei den EU-Gegnern machte Krzemiński auch den Rückgriff auf historische Klischees aus. In den Befürchtungen, die EU sei so effizient, dass Polen als Mitglied dort ohnehin keine Rolle spielen könne, zeige sich

ein gewisser nationaler Minderwertigkeitskomplex, der bereits den nationaldemokratischen Theorien Roman Dmowskis zugrunde lag.

Aber auch emotionale, irrationale Argumente spielen eine Rolle: Die Rückkehr der Deutschen in ihre früheren Gebiete, der Ausverkauf polnischen Grund und Bodens sind fast mythische Angstszenerien, die vor allem bei den Menschen greifen, die bislang nicht zu den Gewinnern des Reformprozesses gehören und sich auch von der nahen Zukunft keine Verbesserung ihrer Lebensumstände erhoffen können. Die mit der EU vereinbarten langen Übergangsfristen für den Erwerb von Land auf der einen Seite und die Freizügigkeit von Arbeitnehmern auf der anderen Seite bezeichnete Krzemiński denn auch als „psychologisch notwendige Seelenmassagen“ für die verängstigten Wähler. „Vielleicht brauchen wir die Übergangsfristen, nicht weil sie funktionieren, sondern damit man sich langsam aneinander gewöhnen kann.“

Von den Enttäuschten und Verängstigten leben auch die neuen populistischen Parteien im polnischen Parlament, die radikale „Selbstverteidigung“ Andrzej Leppers und die nationalkatholische „Liga der polnischen Familien“, die bei den letzten Wahlen zum Sejm überraschende Erfolge erzielten. Krzemiński macht für diese Entwicklung vor allem das Fehlen einer konservativen Volkspartei in Polen verantwortlich. Die populistischen Kräfte am rechten Rand können so nicht eingebunden werden.

Die Wahlaktion Solidarność (AWS) hat es nicht geschafft, eine polnische CDU zu werden und ist von der politischen Bildfläche verschwunden. Die liberale Freiheitsunion hat den Wiedereinzug in den Sejm ebenfalls verpasst und ist politisch marginalisiert. Dieser Trend hat sich zum Jahresende 2002 fortgesetzt. Der Parteiaustritt des ehemaligen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki – einer Galleonsfigur der Freiheitsunion – ist dafür nicht das einzige, aber ein besonders deutliches Zeichen.

Dass die polnische Landwirtschaft radikal reformiert werden muss, ist den meisten Polen klar, aber die Politik scheue davor zurück, bittere Wahrheiten zu verkünden und klare Lösungsmodelle aufzuzeigen.

Den Prozentsatz der tatsächlich von der Landwirtschaft lebenden Polen bezifferte Krzemiński auf 12 %. Der Anteil der Landbevölkerung sei zwar viel höher, aber ein großer Teil seien Berufspendler oder auch Arbeitslose. Obwohl der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt sehr gering ist, habe es manchmal den Anschein, als sei die Politik zu Geiseln der Bauernfrage geworden. Viele Bauern schauen daher gar nicht nach Warschau, stellen sich schon jetzt auf die Anforderungen der EU ein



Stefan Erb im Gespräch mit Adam Krzemiński (links).

und versuchen selber mit dem Problem fertig zu werden. Krzemiński glaubt, dass die faktischen Ängste der Polen häufig geringer seien, als in den Medien dargestellt.

Auf einen Zuwachs von Arbeitsmigration und Zuwanderung ist Polen durch zahlreiche Saisonarbeitskräfte aus Russland und der Ukraine bereits ein wenig vorbereitet. Angst haben die Menschen am ehesten vor der Entwicklung mancher mafiöser Strukturen, derer auch die polnische Justiz bislang nicht Herr werden konnte. Polen werde die Erfordernisse des Schengen-Abkommens voll erfüllen und sich gleichzeitig darum bemühen, dass die Grenzen zu den östlichen Nachbarn für persönliche, wirtschaftliche und politische Kontakte durchlässig bleiben.

Der EU-Beitritt wird die politische Diskussion in Polen noch eine Zeit lang bestimmen: „Bis zu dem Beitritt sind wir verzaubert wie ein Kaninchen vor der Schlange, das Ziel ist schon zum Greifen nahe, alle anderen Debatten werden einstweilen zur Seite gelegt.“ Aber nach 2004 müsse sich das Land politisch, wirtschaftlich und auch kulturell neu definieren. Krzemiński zeigte sich als überzeugter Befürworter der EU-Integration Polens und ist optimistisch, dass das Land dadurch „in eine höhere Umlaufbahn geschossen wird.“

Stephan Erb



Baltische Staaten

Gespräch mit Dr. Sirje Kivimäe, Tallinn

Stellen wir uns mal vor, Deutschland würde immer in einem Atemzug mit Belgien und Polen genannt – sozusagen, als vermeintlich zusammenhängender Wirtschafts- und Sprachraum. Und das, obwohl Belgier vielleicht gerade noch mit einigen Deutschen kommunizieren können – mit Polen hingegen selten, es sei denn die Polen leisten Vorarbeit und lernen deutsch oder französisch. Stellen wir uns auch vor, ein Spanier

einen Topf schmeißt und als identischen Lebensraum darstellt.

Doch im Grunde machen – auch wir vom Adalbertus-Werk – ähnliche Dinge – wir reden vom Baltikum, obwohl Litauen, Lettland und Estland drei Länder sind, die unterschiedliche Geschichte, Kultur und Sprache haben, über unterschiedliche wirtschaftliche Kraft verfügen und untereinander ähnliche Probleme haben, wie Polen und Belgier. Ein Este spricht Estnisch – kommt mit einem Finnen sprachlich halbwegs klar, aber nicht mit einem Litauer. Der spricht Litauisch und kann sich mit einem Letten vielleicht so gut verständigen, wie ein Bayer mit einem Friesen.

trotzdem beitreten, da man den Esten und auch den Polen nicht zumuten will, ihre Grenzen gegenüber den beiden Ländern nach EU-Kriterien zu sichern und nach wenigen Jahren alles wieder abzubauen.

Lettland und Litauen liegen unter den Beitrittskandidaten – nicht nur aus der Sicht Estlands – in der Tat weit zurück. Die Zustimmung in der Bevölkerung ist geringer, als in anderen Ländern, die Informationen der Menschen über den Beitritt und seine Folgen sind wesentlich schlechter, die Wirtschaftskraft geringer und die Reformen sind weit weniger effektiv umgesetzt, als in Estland. Trotzdem werden auch Letten und Litauer im Jahr 2004 zu EU-Bürgern und diese Entscheidung der EU ist, gegen alle Bedenken richtig.



Wolfgang Nitschke im Gespräch mit Dr. Sirje Kivimäe (links).

würde die Frage stellen, wie es denn um die soziale oder gesundheitliche Politik in diesem gemeinsamen Raum Belgien, Deutschland, Polen stünde, weil er meinte, dass dort alles in einheitlichen Bahnen verlief.

Solch europäischer Dilettantismus ist für uns unvorstellbar – das trauen wir allenfalls Amerikanern zu, die in Politikprüfungen an Universitäten schon mal Schweden und die Schweiz verwechseln oder Polen und Frankreich auf der Weltkarte zu Nachbarländern machen. Aber ein EU-Bürger, der völlig unterschiedliche Kulturen in einen Topf schmeißt?

Gut – vielleicht machen das noch Erstklässler, Konsumenten von Vorabendserien oder Leser der auflagenstärksten deutschen Tageszeitung – aber wir, die zumindest halbwegs Gebildeten machen so etwas nicht – wir wissen, dass Belgier und Polen, Deutsche und selbst Österreicher unterschiedliche Kultur, Sprache und Herkunft haben. Und nun höre ich schon die Kritiker, die sagen, das Beispiel Österreich sei völlig daneben – doch als Gegenargument sei hier erwähnt, dass sich ein Ostfrieser viel besser mit einem Niederländer oder Belgier verständigen kann, als mit einem Österreicher, ein Holsteiner mit einem Dänen viel mehr kulturelle Berührungspunkte hat und die Geschichte und Kultur des Habsburgerreiches weit mehr in Ungarn und Polen Nachwirkungen hat, als in Brandenburg oder Holstein. Doch zurück zum Wesentlichen: Niemand kann sich vorstellen, dass man Deutschland mit Belgien oder Holland in

Und genau auf dieses Problem, dass viele Menschen immer vom Baltikum reden, aber einen durchaus heterogenen Raum meinen, wies die Referentin Dr. Sirje Kivimäe in Gemen besonders hin. Zum Beispiel auf die Tatsache, dass eigentlich zunächst nur Estland die Aufnahmebedingungen für die nun beschlossene erste Erweiterungsrunde erfüllt hatte. Lettland und Litauen sind eigentlich noch gar nicht so weit, dürfen aber

Alle drei Länder gehören kulturell und historisch zu Europa und das Baltikum – in diesem Zusammenhang kann man alle drei Länder wirklich einmal in einen Topf schmeißen – muss schon alleine deshalb geschlossen beitreten, damit in der EU nicht eine Sicherheitslücke gegenüber Russland entsteht. Dem Schmuggel, der illegalen Einwanderung oder der organisierten Kriminalität wäre ein Brückenkopf auf dem Präsentierteller überreicht worden, hätte die EU nur Estland aufgenommen. Dieses Problem ist durch die weitsichtige Entscheidung der EU aber gottlob gelöst und so werden Litauer, Letten und Esten mit vielen Hoffnungen, Ängsten, aber auch Aufgaben im Jahr 2004 zur EU gehören.

Die Hoffnungen richten sich in allen drei Ländern auf die wirtschaftliche Entwicklung, auf größeren Wohlstand und bessere Infrastruktur. Die Ängste begründen sich – ebenfalls in allen drei Ländern – in der Frage der Souveränität. Die Zugehörigkeit zur UdSSR hat die drei Republiken über Jahrzehnte geprägt und die wieder gewonnene Selbstständigkeit, Sprache, Währung nun nach wenigen Jahren wieder nach Brüssel abzugeben, sorgt für Unsicherheit.

Ängste vor Überfremdung – wie es sie in Deutschland gibt – kennen Esten, Letten



und Litauer hingegen nicht: Alle Länder sind vergleichsweise klein, haben eine niedrige Geburtenrate und leiden momentan auch unter der deutschen Green-Card. Qualifizierte junge Menschen wandern aus, gehen nach Amerika oder Westeuropa, die Zahl der Au-pair-Mädchen aus Estland erreicht in Europa in jedem Jahr neue Rekordmarken und die meisten von denen heiraten dann auch im Gastland. Für Dr. Sirje Kivimäe eine Entwicklung, die nur durch Zuwanderung ausgeglichen werden kann. Wenn in jedem Land und in jedem Jahr 5% der fleißigsten Menschen das Land verlassen, sagt sie, dann müssen Fremde her und das sollen natürlich – nach dem Willen der EU – keine Russen sein. Doch gerade Estland – aber auch Litauen und Lettland – können auch für andere EU-Bürger durchaus attraktiv sein: es gibt eine florierende Computer- und IT-Industrie, die durchaus Personalbedarf hat und arbeitslose IT-Spezialisten aus anderen EU-Ländern anziehen könnte.

Weitere Ängste oder Bedenken existieren für Sirje Kivimäe in der Frage, ob in allen drei Ländern überhaupt genug Erfahrung vorhanden ist, mit den Strukturen der EU umzugehen oder zu arbeiten. Projekte, für die es aus Brüssel 2005 oder 2006 Geld geben soll, müssen bereits heute auf den Weg gebracht werden und es könnte sein, dass die Beitrittsländer aus Unwissenheit zunächst Lehrgeld zahlen müssen – in dem sie weniger Geld aus dem EU-Topf beantragen, als sie einzahlen.

Was noch bleibt, sind die Aufgaben. Konkret lassen die sich viel besser an der NATO, als an der EU-Mitgliedschaft festmachen, die ja auch angestrebt wird. Natürlich wollen alle drei Länder ihren Beitrag zum Frieden auf dem Balkan leisten, natürlich spielt das Thema Irak inzwischen auch in Estland, Litauen oder Lettland eine entscheidende Rolle. Doch dies Thema wäre einen separaten Artikel wert. Die drei Länder im Baltikum wollen sicher auch nicht ihre Aufgabe darin sehen, der EU Butter und Milch zu liefern, sie wollen vollwertige Mitglieder werden, deren Kultur, Sprache und Geschichte ein vereintes Europa bereichern – sei es kulinarisch oder politisch, durch die in allen Ländern gepflegte Sangeskunst oder die Schönheit der Landschaft und der Bauten.

Wichtig ist dafür aber nicht nur eine pro-europäische Entscheidung der Menschen in Estland, Lettland und Litauen. Viel entscheidender ist unsere Entscheidung in Deutschland, Frankreich, Dänemark oder Belgien: Wir müssen die Länder und die Menschen aus diesen Ländern annehmen und uns darüber klar werden, welche Möglichkeiten es auch uns eröffnet, wenn man ohne Grenzen, ohne Visum und ohne Vorbehalte von Tallinn, Riga oder Klaipeda nach Gemen kommen kann. Das Adalbertus-Werk hat da sicher in den vergangenen Jahren Zeichen gesetzt – diese Zeichen weiter zu verbreiten, müssen wir als eine große Herausforderung annehmen, wenn wir irgendwann tatsächlich Europäer sein wollen.

Wolfgang Nitschke

Tschechien

Gespräch mit Jan Sechter, Prag

Der Beitritt zur Europäischen Union ist nach der „samtenen Revolution“ zu einer zentralen Aufgabe der Politik Tschechiens geworden. Spätestens mit dem EU-Gipfel von Kopenhagen ist dieses Ziel in greifbare Nähe gerückt. Tschechien hat sich in den letzten Jahren zu einer stabilen Marktwirtschaft entwickelt.

Einst staatliche Unternehmen sind zu einem großen Teil privatisiert. Der Dienstleistungssektor boomt und die Außenhandelsbilanz entwickelt sich positiv. Auch der wirtschaftliche Rückschlag von 1998/1999 hat an diesem grundsätzlichen Aufwärtstrend nichts geändert.

Diplomatische Vertreter wie die Leiterin der Außenstelle der tschechischen Botschaft in Bonn, Jaroslava Jeslínková, betonen aber

blick in zentrale Fragen der tschechischen Außenpolitik.

Sechter betonte, die Tschechen seien weder Euro-Optimisten noch Euro-Pessimisten, sondern Realisten. Sie diskutierten nicht nur über Hoffnungen und Ängste, sondern auch über falsche Erwartungen. Für alle ist klar: Die Europäische Union ist nicht das Paradies auf Erden und der Beitritt Tschechiens ist nicht das Ende der Geschichte. Es gibt praktisch keine parlamentarische Kraft, die klar gegen den EU-Beitritt auftritt. Die tschechischen Republikaner sind weder im nationalen Parlament noch in den Regionalparlamenten vertreten. Nach dem Beitritt zur EU ist möglicherweise mit einem Aufschwung populistischer Strömungen zu rechnen. Im Moment sei das jedoch nicht der Fall. Meinungsfragen zeigen aber auch, dass eine klare Mehrheit im Referendum über den EU-Beitritt bislang nicht sicher ist. Noch muss eine Menge Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit geleistet werden.



Stefan Erb im Gespräch mit Jan Sechter (links).

auch die politische Dimension des europäischen Einigungsprozesses für das Land: „*Ich will damit sagen, dass die tschechische Politik in der europäischen Integration zunächst und vor allem ein politisches Projekt sieht, das Stabilität, Sicherheit und Entwicklung dauerhaft garantiert, und nicht etwa nur ein wirtschaftliches Unternehmen oder einen Agrarunterstützungsfond. An dieser politischen Identität der Europäischen Union mitzuarbeiten, sind wir als zukünftige Mitglieder bereit.*“

Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformationsprozess produziert aber auch eine Reihe von „Modernisierungsverlierern“ und in der neuen europäischen Nachbarschaft kommen neue und alte Konflikte auf die Tagesordnung. Daher standen beim Gemener Gespräch mit Jan Sechter Fragen im Mittelpunkt, die sich auf die Haltung der tschechischen Bevölkerung zum EU-Beitritt und zu den bilateralen Beziehungen mit den direkten Nachbarländern beziehen. Sechter, der im Prager Außenministerium Beauftragter für Entschädigungsfragen ist und auch die tschechische Seite im Wirtschaftsprüfungsausschuss des „Deutsch-Tschechischen Zukunftsfond“ vertritt, vermittelte so einen aktuellen Ein-

Das Verhältnis zur Slowakei hat sich seit der friedlichen Trennung positiv entwickelt. Die Slowaken fühlten sich jetzt gleichberechtigt gegenüber dem westlichen Nachbarn. Sechter betonte: „*Man muss respektieren, dass die Slowaken die demokratische Staatlichkeit wollten und erworben haben.*“ Und für die gemeinsame Zukunft in der EU fügte er hinzu, dass man sicherlich in vielen Fragen gemeinsam abstimmen werde.

Die Beziehungen zu Österreich waren in letzter Zeit stark vom Temelin-Konflikt geprägt. Sechter merkte mit leiser Ironie an, dass manche seiner Kollegen aus dem Außenministerium sich aus diesem Grund zu wahren Atomkraft-Experten entwickelt hätten: „*Temelin ist zu einem Symbol geworden, daran kann man aus dem Außenministerium wenig ändern.*“ Andere, möglicherweise wichtigere Themen werden dadurch in den Hintergrund gedrängt: „*Die Vergangenheitsdebatte haben wir mit Deutschland geführt und nicht in dem gleichen Maße mit Österreich.*“

Diese deutsch-tschechische Debatte kon-



Wenzelsplatz in Prag

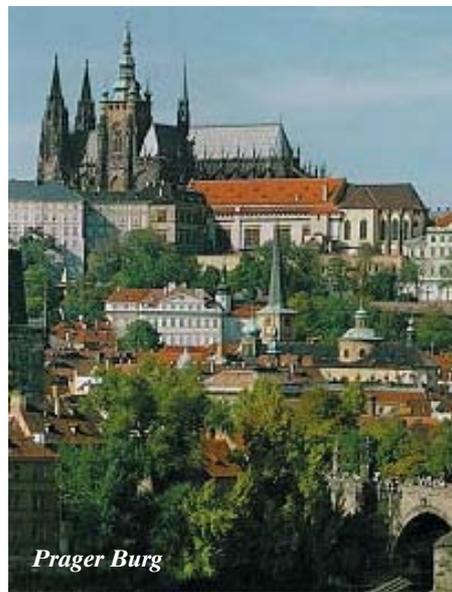
zentrierte sich zeitweise vor allem auf die so genannten Beneš-Dekrete und führte zu starken Belastungen in den Beziehungen beider Länder. Diejenigen Nachkriegsdekrete, die die entschädigungslose Enteignung der Deutschen und Ungarn und den Entzug der tschechoslowakischen Staatsangehörigkeit verfügten und vor allem das Dekret über die Straffreiheit für rechtswidrige Handlungen an Deutschen und Ungarn spalten die Diskussion in zwei unversöhnliche Lager. In Tschechien werden sie offiziell als Folge des Krieges und der nationalsozialistischen Terror-Herrschaft und damit als Teil der Nachkriegsordnung gesehen, während sie auf deutscher Seite vor allem als Diskriminierung und staatliche Sanktionierung der Vertreibung interpretiert werden. Polemische Äußerungen von Politikern – in Tschechien sicher durch den Parlaments-Wahlkampf beeinflusst – heizten die Atmosphäre weiter auf.

Jan Sechter verwies hingegen auf die vielen anderen positiven Tendenzen bei der Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte und nannte als Beispiel die deutsch-tschechische Historikerkommission und den „Deutsch-Tschechischen Zukunftsfond“. Er betonte, dass die Beschäftigung mit den unangenehmen Seiten der eigenen Geschichte in Tschechien längst begonnen habe und glaubt, dass dieser Selbstreinigungsprozess künftig neue Kräfte freisetzt. Für das deutsch-tschechische Verhältnis seien die Beziehungen der Menschen zueinander von viel größerer Bedeutung. Und die Bürger beider Länder sind dabei oft weiter, als die Politiker, die sie vertreten.

In den kleineren und mittleren Betrieben der Grenzregion habe sich in den letzten Jahren eine dauerhafte intensive Zusammenarbeit entwickelt. Die Vorbehalte gegenüber Deutschland und den Deutschen sind hier signifikant zurückgegangen. Interessanterweise funktioniert das Miteinander im sächsisch-tschechischen Grenzgebiet häufig besser als im bayerisch-tschechischen. Neben den günstigeren geogra-

phischen Bedingungen spielt hier wohl das geringere Wohlstandsgefälle und möglicherweise das Gefühl einer Schicksalsgemeinschaft der von der Transformation besonders Betroffenen eine Rolle.

Wirtschaftlich sind die beiden Länder ohnehin eng miteinander verbunden. 70 % des Außenhandels Tschechiens wird mit der EU abgewickelt, 40 % davon mit Deutschland.



Prager Burg

Die geplanten langen Übergangsfristen für die Freizügigkeit von Arbeitskräften resultieren nach Sechters Meinung aus überzogenen Befürchtungen in Deutschland und Österreich. Dieses Thema müsste nach dem Beitritt neu diskutiert werden, wenn klar wird dass keine Ströme von tschechischen Arbeitnehmern nach Deutschland kommen. Aber auch Tschechien selbst ist von Fragen der Arbeitsmigration und Einwanderung betroffen. Mit der Ukraine sind bereits Quoten für Arbeitnehmer aus dem Nachbarland vereinbart worden. Sechter resümierte: „Auf diese Probleme sind wir vorbereitet“.

Stephan Erb

Ungarn

Gespräch mit Botschaftsrätin
Dr. Edit Masika, Berlin

Ungarn – mal ehrlich, liebe Leser – wer von uns hat das Land schon einmal bereist? Wer kennt Menschen aus Ungarn? Wer, der nicht aufmerksam den Sissy-Filmen gefolgt ist, weiß, welche Nationalflagge das Land hat. Und, wer kennt die Zahl der Einwohner des Landes? Ungarn ist eine große Unbekannte im europäischen Konzert und die meisten EU-Bürger denken bei Ungarn an Gulasch oder „oft an Piroshka“, vielleicht noch an den Plattensee, weil man dort so wunderbar baden kann, oder an Budapest – die Metropole mit 1,8 Millionen Einwohnern, die mehr als achtmal mehr Menschen beherbergt, als die zweitgrößte Stadt Ungarns. Wer kennt Győr oder Pécs, Kecskemet oder Miskolc? Allenfalls noch Debrecen können Liebhaber von Würstchen als Herkunftsstadt ihrer Grillware zuordnen – aber, dass die Stadt weit im Osten an der rumänischen Grenze liegt, wissen das die Würstchenliebhaber?

Gut – hier soll eigentlich nicht von Würstchen geschrieben werden, obwohl es in der EU mit Sicherheit auch dafür eine Verordnung gibt, aber das wäre ein anderes Thema...

Reden wir über Ungarn – das Land von dem wir nicht viel wissen und welches – so ist es beschlossen – am 1. 1. 2004 der Europäischen Union beitreten wird.

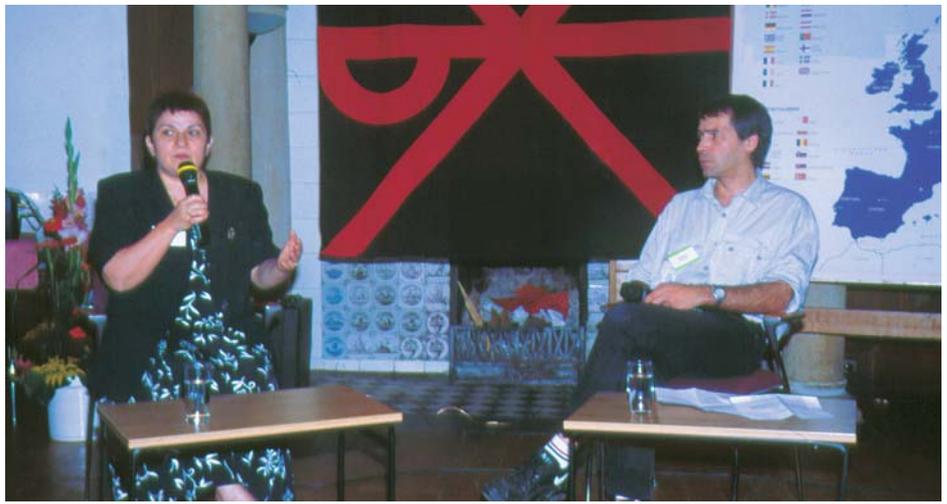
Keine Partei in Ungarn war je dagegen – Konservative, Liberale, Sozialdemokraten – alle Parteien votierten im Parlament für den Beitritt, seit der Wende sind konstant mehr als 70 % der Bevölkerung pro EU-Integration. Für Dr. Edit Masika – damals noch Botschaftsrätin an der Vertretung Ungarns in Berlin, heute im Außenministerium in Budapest – ist das kein Wunder: „Ungarn hat in einem anderen Reifeszustand die Wende 1989 erreicht, als die meisten anderen mittel- und osteuropäischen Länder“ erklärt sie im Rittersaal in Gemen und sie belegt diese These damit, dass bereits nach dem sogenannten Ungarnaufstand 1956 die Sowjetunion einen Teil ihres Einflusses auf die damals regierenden Kommunisten verloren habe. Schon damals sein ein Reformprozess eingeleitet worden, 1967 in einer Wirtschaftsreform bereits Elemente der Marktwirtschaft eingeführt worden, die westliche Investoren und Touristen anlockten und 1989 waren es schließlich auch die Ungarn, die als erstes Land den eisernen Vorhang durchlässig machten. Ungarn hat sich nicht erst seit Beginn der Beitrittsverhandlungen auf den Weg nach Europa gemacht, denn dort gehöre Ungarn auch hin – sagt die Botschaftsrätin.

Und deshalb sind die Hoffnungen der Ungarn auch weniger materieller Art. Klar – auch die Ungarn wollen sich nach dem Beitritt einen Teil des großen europäischen Subventionskuchens sichern, erwarten, dass die EU-Mitgliedschaft sich positiv auf das

Wachstum auswirkt und den Wohlstand mehren wird – vor allem aber soll der Beitritt eine Korrektur der Vergangenheit sein. Die letzten 150 Jahre, in denen das Volk erst von den Habsburgern und dann von der Sowjetunion ferngesteuert wurde, die Demütigungen, die das Land im Versailler Vertrag hinnehmen musste, sollen vergessen gemacht werden. Ungarn will sich mit Europa aber auch mit sich selber versöhnen, indem es freiwillig und ohne Zwang anderer als gleichberechtigter Partner dem neuen Europa beiträgt.

Eigentlich ist das aber nur noch ein formaler Akt – 95 % der Handelsbeschränkungen zwischen Ungarn und den heutigen EU-Ländern wurden schon in den vergangenen Jahren abgebaut, viele EU-Verordnungen sind bereits heute in nationales Recht der Ungarn umgesetzt und – zum Nachteil der Bevölkerung Ungarns – auch die Preise haben sich zumindest in Budapest und den Touristenzentren schon stark an das EU-Niveau angeglichen. „Viel wird sich nicht mehr ändern“ meint Edit Masika, und da das wirtschaftliche Wachstum Ungarns momentan noch wesentlich stärker sei als z. B. in der Bundesrepublik, die Arbeitslosigkeit in Ungarn jedoch mit 5,6 % deutlich niedriger als hierzulande, glaubt sie, dass Industrie und Verbraucher vom formalen Beitritt zur EU eher noch einmal profitieren werden.

Wirtschaftlich ist Ungarn in der Tat gut gerüstet. Viele High-Tech-Unternehmen aus aller Welt haben sich bereits in den vergangenen Jahren im Forschungszentrum Budapest angesiedelt – oft wird dies Zentrum bereits als europäisches „Silicon Valley“ bezeichnet – obwohl der Vergleich mit dem kalifornischen Computerzentrum vielleicht doch noch etwas übertrieben ist. Die Arbeitskräfte aber sind gut ausgebildet, qualifiziert und arbeiten für weniger Geld, als anderswo, was auch im vereinten Europa zunächst so bleiben wird, weshalb Ungarn in der Informations- und Telekommunikationsbranche sicher Standortvorteile hat.



Wolfgang Nitschke im Gespräch mit Dr. Edit Masika.

Ähnlich ist es in der Automobilindustrie – viele große Firmen montieren in Ungarn Autos – weil der Standort halt billiger ist, als die neuen Bundesländer.

Was allerdings gut für den wirtschaftlichen Aufschwung ist, könnte sich nach dem Beitritt auch als Bumerang entpuppen, denn die Ungarn haben dann auch recht bald die Freiheit, sich in anderen EU-Ländern nieder zu lassen. Die Gefahr, dass qualifiziertes Personal nach Deutschland oder Österreich abwandert, weil dort schlicht mehr Geld für die gleiche Arbeit bezahlt wird, sieht auch die ungarische Regierung. Das Lohnniveau müsse steigen, sagt Edit Masika, aber man dürfe halt den Fehler nicht machen, die Lohnnebenkosten ebenfalls zu erhöhen, dann sei der Standortvorteil nicht mehr gegeben.

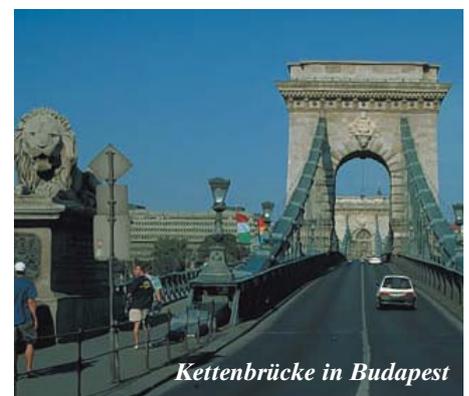
Zumindest einen Vorteil hat die Tatsache, dass schon zu kommunistischen Zeiten viele Ungarn ihrem Heimatland den Rücken kehrten und nach dem EU-Beitritt sicher auch zahlreiche Ungarn ihr Glück in anderen Ländern suchen werden. Nur zehn Millionen Ungarn leben derzeit im Land – vier Millionen leben in den Nachbarländern, vor allem in Rumänien – und eine Million Menschen mit ungarischen Papieren leben in

aller Welt verstreut. Angst, durch den Beitritt überfremdet zu werden, Diskussionen über ein Ausländerproblem oder Zuwanderung in Sozialsysteme – wie sie in Deutschland ständig auf der Tagesordnung stehen – gibt es in Ungarn nicht. „Wir sind gezwungen Ausländer zu holen“ sagt die Referentin, „weil wir wie die Deutschen eine abnehmende Bevölkerung sind“. Hilfreich ist für Ungarn dabei, dass die EU auch mit Rumänien verhandelt und die Visa-freiheit für den Beitrittskandidaten des Jahres 2007 bereits durchgesetzt wurde.

Alles positiv für Ungarn – so das Fazit. Mit einer kleinen Ausnahme: Die EU-Außengrenze zur Ukraine wird wohl noch sehr lange eine solche bleiben und muss zukünftig durch Ungarn gesichert werden – das macht Probleme, die aber wohl durch die Unterstützung aus Deutschland und Österreich gelöst werden können – denn Ungarn will schnell auch dem Schengen-Vertrag beitreten und muss dann die Sicherheit der Grenze garantieren. Und dann wären da noch die Grenzen zu Kroatien und Serbien. Frau Dr. Masika sieht diese beiden Länder



Burgviertel in Budapest



Kettenbrücke in Budapest

über kurz oder lang auch in der EU – doch da ist wohl zunächst der Wunsch Vater des Gedankens. Zumindest die Hoffnung, dass sich ein Krieg auf dem Balkan nicht noch einmal wiederholt, brachte sie zum Ausdruck, denn sollte es noch einmal Krieg in der Region geben, hätte Ungarn ein großes Problem.

Wolfgang Nitschke

EU-Osterweiterung – Perspektiven in Deutschland

Eva Feldmann-Wojtachnia,
München

Vorbemerkung

Im Grunde ist die EU-Osterweiterung – Europa an sich und auch die Europäische Union insgesamt – in Deutschland kein spannendes und mitreißendes Thema, das sich weder witzig noch geistreich dazu eignet, so einen Tag zu beginnen, doch wird es sicher den einen oder anderen interessieren und nachdenklichen Aspekt geben. Dennoch ist die EU-Osterweiterung letztendlich für uns nicht **das** Thema Nr. 1, niemand ist hier begeistert und es gibt auch keine Aufbruchstimmung oder alle haben schon die Ärmel hoch gekrempelt, um nun endlich etwas sagen zu können, geschweige denn Taten in Gang zu bringen.

Einleitung

Lassen Sie mich beginnen mit einigen schönen Worten, Zitaten zur Osterweiterung, und da werden wir schon sehen, wie unterschiedlich Perspektiven in Deutschland sein können; hinzubemerkt sei, es ist sehr schwierig, sich hier auf Deutschland zu beschränken, da es ja eigentlich um Europa, um etwas übernationales gehen soll.

Beginnen wir: „Die Erweiterung ist für die Europäische Union historische Chance und Verpflichtung zugleich. Sie gehört somit zu ihren höchsten Prioritäten. Mein Bestreben ist es, das richtige Gleichgewicht zwischen den beiden Zielen des Erweiterungsprozesses, Geschwindigkeit und Qualität, zu finden. Unser Erfolg beim Abschluss des historischen Unterfangens, das wir gemeinsam mit den Bewerberländern begonnen haben, wird von der Intensität und Qualität unserer gemeinsamen Arbeit abhängen.“

So äußert sich Günther Verheugen (Foto), Mitglied der Europäischen Kommission, zu-



ständig für die Erweiterung, also optimistisch, entschlossen, keinen Zweifel an der Richtigkeit aufkommen lassend und eben auch gerne das Argument benutzend, es handele sich um eine historische Chance.

Das zweite Zitat, auch eines aus Deutschland, allerdings von einem polnischen Studenten, Sławomir Stoch, der in München lebt, er sagt: „Ich fühle mich als 100-prozentiger Europäer und ich habe nie daran gezweifelt, dass es anders sein könnte. Es kommt aber vor, dass ich mich als Europäer



zweiter Klasse fühle. Das passiert in verschiedenen Ämtern, wo ich mich am Schalter für Nicht-EU-Bürger anstellen muss, was natürlich mit erhöhtem Schwierigkeitsgrad bei der Erledigung von Formalitäten verbunden ist. In solchen Momenten denke ich, wie schön es wäre, richtig dabei zu sein. Wenn ich aber die wirtschaftlichen und politischen Hintergründe und die Voraussetzungen, die Polen zur Aufnahme in die EU zu erfüllen haben, bedenke, dann muss ich zugeben, dass wir noch einige Zeit brauchen. Es ist nur schade, dass unter Europa oft nur die westlichen Staaten verstanden werden. Für die europäische Integration ist es wichtig, dass die Menschen, wenn sie Polen oder Litauen hören, nicht an ein Land denken, dass an China grenzt. Ich frage mich manchmal wirklich, was im Westen in Geographie unterrichtet wird. Wenn die Westeuropäer die geographische Lage und die Kultur der mittel- und osteuropäischen Länder besser kennen lernen, werden sie ihnen nicht mehr so fremd erscheinen. Man muss sich im Klaren darüber sein, dass eine Integration um jeden Preis keinen Sinn hat. Das integrierte Europa muss fähig sein, in seinen integrierten Strukturen zu überleben. Es sollte ein würdiges Überleben sein, damit die Bürger eines supranationalen Gebildes mit dessen Leistungen zufrieden sind. Wenn das nicht der Fall ist, dann zerfällt das integrierte Europa. Kein Land darf sich ausgeschlossen fühlen. Dadurch gelingt es vielleicht, ein zweites Kosovo zu verhindern.“

Also: große Nachdenklichkeit und auch einige Kritik, an die Deutschen bzw. an ihren Bildungsstand gerichtet.

Ein letztes Zitat, das auf der Internetseite der CSU-Landesgruppe eingesehen werden kann, in dem es heißt: „Für die EU-Osterweiterung gilt, Qualität vor Tempo, Kriterien vor Zeitplan. Es liegt im ureigensten Interesse Deutschlands, dass die Osterweiterung der EU gelingt. Doch Erwartungen und Ergebnisse beim Prozess der Osterweiterung passen immer weniger zusammen. Nicht starre Zeitpläne, sondern die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und die Umsetzung der europäischen Rechtsordnung müssen über den Beitrag eines Landes zur EU ent-

scheiden. Weder dürfen Kandidaten, die sich angestrengt haben, zurückgestellt werden, um politische Rücksichten auf andere Länder zu nehmen, noch dürfen wichtige Kandidaten durch die Zusage sicherer Termine verführt werden, in ihren Anstrengungen nachzulassen. In Hinblick auf die Osterweiterung der EU sind die berechtigten Anliegen der Heimatvertriebenen zur Sprache zu bringen. Die Vertreibungsdekrete und -gesetze sind Unrecht. Sie stehen im Gegensatz zu Geist und Werten der EU und des Völkerrechts. Vertreibung und ethnische Säuberung dürfen nirgendwo Teil der bestehenden Rechtsordnung sein... Für die Grenzregionen bringt die Osterweiterung für die nach wie vor hohen Lohn- und Kostenunterschiede erhebliche Risiken. Deshalb brauchen wir einen Aktionsplan für die Grenzregionen: abgestimmter und beschleunigter Ausbau der Infrastrukturen, gezielte Förderinstrumente für die notwendigen Anpassungsprozesse, wirksame Strukturpolitik sind hier die Stichworte.“

Sie sehen also, sehr unterschiedliche Perspektiven, bei denen sowohl emotionale als auch rationale Ebenen eine Rolle spielen.

Unterschiedlichkeit von Perspektiven

Wenden wir uns jetzt erstmal der Frage zu, was ist letztendlich eine Perspektive, wie äußert sie sich, wie kann sie sich unterschiedlich gestalten? Im Duden liest man: Perspektive kommt aus dem Lateinischen und bedeutet „kleines Fernrohr“. Das heißt also, es geht um den kleinen engeren Blick, mit dem man einen ganz bestimmten Sachverhalt betrachten möchte. Dennoch kann es jedoch verschiedene Blickwinkel bzw. verschiedene Betrachtungsebenen geben, und zwar:

a) die Betrachtungsweise jeweils aus einer bestimmten Sicht, aus unterschiedlicher Motivation heraus;



Europaparlament in Brüssel

b) die Aussicht auf die Zukunft, planend, die politischen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufgaben in den Blick nehmend;

c) die philosophische Ebene: das Prinzip, wodurch die Erkenntnis der Welt durch die jeweilige Perspektive des Betrachters bedingt ist (Perspektivismus), das bedeutet, dass es keine eigentliche Wahrheit gibt und führt uns mehr zu Fragezeichen und Fragestellungen;

d) die mathematisch-architektonische Ebene, wobei es darum geht, räumlichen Verhältnissen in der Ebene eines Bildes eine Tiefensicht zu geben, wobei alle Linien in einen bestimmten festen Bildpunkt zusammenlaufen (Perspektivität).

Ich führe das deshalb hier an, weil es sich lohnt, diese verschiedenen Sprachebenen auch hier anzuwenden, weil man sich fragen muss, was sind die Perspektiven in Deutschland? Gibt es hier überhaupt Perspektiven, sind sie unterschiedlich, ist es so, dass es einen Bildpunkt gibt? Ist das Bild nicht eher komplex oder letztlich auch diffus, wenn man über die EU-Osterweiterung spricht? Ist es nicht auch so, dass gerade diffuse Ängste und nicht eben diese Zielgerade, wie in der Mathematik, dieses Bild prägen?

Hören wir da noch einmal den Kommissar Günther Verheugen, dem die Frage gestellt wurde: „Glaubt man dem Bundeskanzler, dann werden deutsche Interessen in Brüssel nicht genug berücksichtigt. Diese Kritik trifft auch den EU-Kommissar Verheugen, sind Sie in Brüssel ein schlechter Deutscher geworden?“ Er antwortete: „Ein guter Deutscher kann man nur sein, wenn man ein guter Europäer ist. Deshalb glaube ich, dass ich ein guter Deutscher bin. Der Kanzler behauptet übrigens auch nichts anderes.“

Das ist eigentlich genau die Crux dieses Themas, es handelt sich um ein europäisches Thema, in dem die normative Prämisse die ist, dass man nationale Interessen zugunsten europäischen gemeinsamen

Handelns aufgibt, andererseits sich aber die Frage stellt, wie will man sich als Deutschland einbringen, welche politischen Interessen will man auch verfolgen.

Ich möchte Ihnen jetzt zwei verschiedene Ebenen der Meinungen bzw. der Perspektiven darstellen – und auch darauf hinweisen, dass diese beiden Ebenen nicht immer optimal zusammenpassen – und zwar auf der einen Seite die Ebene der politischen Akteure, also des politischen Willens derjenigen, die um die EU-Osterweiterung in der Regierung bemüht sind, und auf der anderen Seite gegenüber gestellt die öffentlichen Meinung.



Politische Akteure – politische Interessen

Warum brauchen wir die Erweiterung der Europäischen Union? Das ist eine der Hauptfragen, mit der sich das Auswärtige Amt beschäftigen muss, um einerseits die eigene Politik zu legitimieren, aber andererseits sie auch dem Bürger verständlich nahe zu bringen.

Der Bundesminister des Auswärtigen, Joschka Fischer (Foto), sagt dazu: „Die bevorstehende Aufnahme der Demokratien Mittel- und Osteuropas in die Europäische Union ist die in der von Kriegen und Konflikten allzu reichen europäischen Geschichte einzigartige Chance, Frieden, und Stabilität in einem freien ungeteilten Europa zu verwirklichen. Politische und wirtschaftliche Chancen gehen bei diesem Prozess Hand in Hand. Deutschland hat daher ein vitales Interesse daran, die Erweiterung so schnell wie möglich zu verwirklichen. Alles deutet darauf hin, dass die Transformationsländer in Mittel- und Osteuropa in den kommenden zehn Jahren weiter mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten rechnen können. Die EU integriert keine Bittsteller, sondern eine wirtschaftliche Boomregion, von deren Dynamik alle Mitgliedstaaten profitieren werden.“

Wenn man das hört, fragt man sich, was wird denn eigentlich in den Kneipen diskutiert, und warum, wenn es so eindeutig ist, wie es von der deutschen Politik formuliert wird? Wieso erreicht es eigentlich die Köpfe der Bürger nicht, wieso ist es dann nicht im letzten klar, dass wir uns jetzt schnell und zügig für die EU-Osterweiterung einsetzen sollten?

Das liegt meiner Meinung nach an folgen-

dem Zusammenhang: Es gibt drei Begründungsstränge in der offiziellen Politik der Bundesregierung und auch der Opposition, wenn es darum geht, warum brauchen wir die Erweiterung der EU:

1. um Europa zu vereinen und sich zu gemeinsamen Werten zu bekennen;
2. weil es keine Alternative gibt, wenn auch die Erweiterung gut vorbereitet und organisiert werden muss;
3. um gemeinsam wirtschaftlich, gesellschaftlich und ökologisch zu profitieren.

Das Problem ist jetzt, dass meistens in der Politik das erste Argument überstrapaziert wird, aber das ist ja auch leicht fassbar und da kann jeder zustimmen, was auch die Meinungsumfragen zeigen. Aber es lassen sich daraus keine konkreten Punkte ableiten. Das zweite Argument ist eher der Funktionslogik folgend, man denkt sich als Bürger: nun gut, eine Alternative gibt es nicht; doch man kann ein großes ABER anfügen und alle möglichen Ängste, Hoffnungen und sonstige Bedenkllichkeiten darunter subsumieren. Was aber in der Vermittlung politischer Prozesse für und in die öffentliche Meinung zu kurz kommt, ist eine klare und deutliche Analyse des letzten Argumentes, nämlich *um gemeinsam wirtschaftlich, gesellschaftlich und ökologisch zu profitieren*. Das ist den Menschen nicht so klar und zwar zum einen, dass es diesen Zusammenhang gibt und zum anderen, wo dann letztendlich die Vorteile liegen.

Das Auswärtige Amt führt hierzu einige Argumente auf, und zwar:

1. Wirtschaftlicher Aspekt: Die EU wird zum größten Binnenmarkt der Welt. Dies wird die Wirtschaftskraft der EU nach innen und nach außen stärken. Die neuen Absatzmärkte und die wachsende Konkurrenz kommt uns allen zugute. Wo das Warenangebot steigt, werden die Preise fallen. Die deutsche Wirtschaft ist auf Export angewiesen, Mitteleuropa ist ein großer Absatzmarkt. Deutschland profitiert aufgrund seiner Lage im Zentrum Europas in besonderer Weise von der Erweiterung der EU nach Osten und Südosten. Deutschlands Wettbewerbschancen werden steigen aufgrund einheitlicher Rechtsregelungen. Experten gehen davon aus, dass die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den Kandidatenländern die Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern aus Deutschland weiter steigen lässt.

2. Gesellschaftlicher Aspekt: Damit werden auch positive Beschäftigungseffekte bei uns steigen. Das hohe Ausbildungsniveau der Menschen in den Beitrittsländern wird der technologischen Entwicklung in Europa Aufschwung verleihen. Erst die Erweiterung wird die neuen Bundesländer und die Grenzgebiete Bayerns aus einer Randlage befreien. Die EU-Mitgliedschaft wird längerfristig den möglichen Migrationsdruck nach Westeuropa, aber besonders nach Deutschland abbauen. Die Erweiterung der EU wird es erleichtern, gemeinsam mit den neuen Unionsstaaten alle Formen grenzüberschreitender Kriminalität zu bekämpfen. Für die Unionsbürger wird es im per-



sönlichen Alltagsleben konkrete persönliche Bereicherungen geben, wenn die EU um neue kulturelle und geistige Traditionen erweitert wird. Europa wird in seinen Lebensstilen und Sprachen vielfältiger, diese Vielfalt wird die besondere Attraktion Europas sein.

3. Ökologischer Aspekt: Die Erweiterung bietet die Chance zu einer gesamteuropäischen Umweltpolitik. Nichts wird effektiver sein, um dieses Ziel voranzutreiben, als eine rasche Aufnahme der Beitrittsländer. Es wird gerade in Deutschland zu verspüren sein, wenn die Umweltstandards in den Kandidatenländern im Sinne des „aquis communautaire“ verbessert werden.

Öffentliche Meinung

Im Gegensatz zu diesen angeführten geopolitischen Argumenten und Begründungen, die auch in der politischen Willensbildung eine Rolle spielen sollten, zieht die öffentliche Meinung nicht entsprechend mit. Es werden in ihr nicht so sehr die Hoffnungen und Vorteile gesehen, sondern Ängste und Skepsis nehmen zu. Problem aller Meinungsfragen ist zwar einerseits die Fragestellung und andererseits die jeweilige Analyse, aber aus den vorliegenden Daten geht doch hervor, dass es sich um eine erhebliche Schere handelt zwischen dem deutlich formulierten politischen Willen und den Bürgern, die dieser Politik mental nicht in gleicher Weise folgen.

Mit Blick auf den 56. Eurobarometer-Bericht, in dem die Haltung der Öffentlichkeit gegenüber der EU analysiert wird, zeigt sich zwar zunächst eine generell positive Einstellung: 54 % der europaweit Befragten befürworten die EU (Zunahme 6 Punkte im Vergleich zum Vorjahr), wobei man allerdings sagen muss, dass das ja nur knapp mehr als die Hälfte ist und man daher diese Zahl wohl kaum als einen Erfolg werten darf. 52 % sind der Ansicht, ihr Land habe aus der Mitgliedschaft Nutzen gezogen (+7 Punkte im Vergleich zum Vorjahr). Allerdings nehmen auch – insbesondere infolge des 11. Septembers – Ängste zu: nur 16 % erwarten eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation (–8 Punkte), in Deutschland nur 9 %; 39 % erwarten eine Verschlechterung (+15 Punkte), in Deutschland sogar 53 %. Außerdem befürchten 42 % der Befragten eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes in ihrem Land (+19 Punkte), in Deutschland 61 %; 32 % glauben, der Markt werde sich stabilisieren, in Deutschland 24 %, und nur 17 % zählen auf eine Verbesserung, in Deutschland nur 6 %, dies ist der kleinste gemessene Wert seit fünf Jahren. 51 % der Befragten befürworten die Erweiterung der EU, in Deutschland 47 %, und 30 % sind dagegen, in Deutschland 39 %.

In einer detaillierten Frage wurde festge-

stellt, dass 39 % der Ansicht sind, die EU solle nur einige Bewerberstaaten aufnehmen, während 24 % die EU uneingeschränkt unterstützen. 20 % sind der Meinung, die EU solle nicht durch die Aufnahme neuer Länder erweitert werden, in Deutschland 22 %. Ungefähr zwei von drei EU-Bürgern sind der Meinung, die EU werde durch die Erweiterung eine wichtigere Rolle in der Welt spielen und dass die Erweiterung eine kulturelle Bereicherung darstelle. Dagegen ist aber ein ebenso großer Anteil der Befragten der Ansicht, es werde durch die Aufnahme neuer Länder in der EU schwieriger, auf europäischer Ebene Entscheidungen zu treffen. Nur sehr wenige, 22 % der Bürger, fühlen sich über die Erweiterung gut informiert, 35 % meinen, ziemlich viel über die EU zu wissen. 67 % sind der Meinung, die EU sollte eine Verfassung haben, +5 gegenüber dem Vorjahr. Was das Tempo der EU-Erweiterung betrifft, so sind in Deutschland nur 13 % der Befragten der Meinung, das Tempo solle



beschleunigt werden, 47 % sind der Meinung, es sei das richtige Tempo und 23 % meinen, das Tempo sei zu schnell.

Muss es da nicht die Bürger selbst irritieren, dass sie selbst ein skeptisches Gefühl im Bauch haben, zugleich aber der Eindruck entsteht, dass die Politik und viele Medien die europäische Idee und das Projekt der Erweiterung als etwas rundherum Positives verkaufen? Reichen also die offiziellen Verlautbarungen aus, um eine wirkliche Zustimmung und Unterstützung zu dem Erweiterungsprozess herbei zu führen? Oder wäre es nicht – dem Vorschlag von Verheugen folgend – tatsächlich sinnvoll, ein Plebiszit anzudenken, um diese bessere Verzahnung von politischem Willen und Unterstützung durch die öffentliche Meinung herbeizuführen? Generell ist zu den Zahlen und zur öffentlichen Meinung in Deutschland noch zu sagen, dass die Zustimmung zur EU-Erweiterung in Ostdeutschland – also in den neuen Bundesländern – größer ist, und zwar immer um einige Prozentpunkte als in Westdeutsch-

land; es ist außerdem auch so, dass die jüngere Generation eher für die Beschleunigung des Prozesses ist und mehr der Erweiterung zustimmt als die ältere.

Schlussfolgerungen

1. Nach den derzeit gehandelten Szenarien der EU-Erweiterung werden die ersten neuen Mitglieder im Zeitraum 2004/2005 der EU beitreten und im günstigsten Fall schon bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 teilnehmen. Dies setzt voraus, dass die EU sich zügig über die letztendlichen Beitrittsbedingungen und die Strukturfonds einigt und bereit ist, das Prinzip der Solidarität auch für die neuen Beitrittskandidaten gelten zu lassen. Eine Diskriminierung der neuen Mitglieder, um den alten Besitzstand zu sichern, wäre eine zu starke Hypothek für die erweiterte Union. Gelingen kann die Osterweiterung nur, wenn sie von den jetzigen Mitgliedern nicht als Nullsummenspiel oder als Belastung verstanden wird, sondern als Stabilisierungsfaktor zur Friedenssicherung in Europa angesehen wird.

2. Die EU-Erweiterung ist ein „Großprojekt“, welches nicht nur technischer, bürokratischer, materieller, aber auch mentaler Vorbereitung bedarf. Das bedeutet auch, dass Europa im Augenblick nicht nur seine geographischen Grenzen neu definiert, sondern auch seine politischen und wirtschaftlichen Grenzen neu denken muss. Europa darf nicht nur mit seinen Handlungs- und Solidaritätsgrenzen konfrontiert, sondern auch mit den Grenzen seiner geistigen und kulturellen Identität. Hier liegt die Misere europäischer Politik. Deren Schwäche erweist sich als eigentliche Achillesferse Europas. Ohne das Verständnis einer Schicksalsgemeinschaft wird der Kontinent nicht zusammen-

wachsen. Aber auch die europäische Funktionslogik ist an ihre Grenzen gekommen, denn jeder weitere Schritt der Integration kann nur mit der Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger verwirklicht werden. Um diese Unterstützung zu gewinnen, reichen bloße Ideen und normative Vorstellungen über irgendeine historische Gunst der Stunde nicht mehr aus. Hier ist die Gestaltung eines konkreten dialogischen Prozesses gefordert, in dem in der europäischen Öffentlichkeit über Sinn und Ausgestaltung der Europäischen Union diskutiert wird. Solange die Vorstellungen von der Erweiterung diffus bleiben, solange produzieren diese auch diffuse Ängste und Befürchtungen bei den Menschen in Europa. Diese Ängste sind real, auch dann wenn ihre Ursachen es oftmals nicht sind. Sie können politikwirksam werden und demagogisch für die Schaffung einer anti-europäischen Stimmung ausgenutzt werden.

(Text nach vorliegendem Manuskript und Tonbandaufzeichnung leicht bearbeitet.)

G. N.

Das Königsberger Gebiet

Galina Kofanova,
Königsberg

Wir verfolgen aufmerksam die Berichte über die Erweiterung der EU. Uns interessieren sehr die Denkschulen, Pläne und Projekte der Erweiterung der EU, vor allem in östlicher Richtung. Bei uns in Kaliningrad gibt es Reflexionen und Überlegungen, die mit der bevorstehenden Erweiterung der EU verbunden sind. Da unsere Region im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung vom Hauptterritorium Russlands völlig abgetrennt werden kann, entstehen in den Politikerkreisen und in der Bevölkerung bestimmte Ängste und unerfreuliche Prognosen.

Diese Isolation bedeutet für die Bewohner unserer Region fast dasselbe, was wir den „Eisernen Vorhang“ genannt und schon einmal erlebt haben. Aber diesmal betrifft das auch die Begrenzung der Freiheiten der Personen in ihrem freien Verkehr und die Verbindung mit dem übrigen Territorium Russlands. Sie bedeutet für uns einen Zaun, der unser Gebiet vom Weltfortschritt völlig abtrennt.

Der Sozialentwicklung unserer Region liegen Ökonomik, Produktion und Handel zu Grunde. Die Einführung eines Visazwanges würde zu einem vernichtenden Schlag für die Businesskontakte, partnerschaftlichen Beziehungen und internationalen Verträge. Im Kommerz und in der Produktion ist unsere Region auf die Beziehungen mit dem Ausland angewiesen. Aber unsere Geopolitik macht uns völlig von der Möglichkeit des freien Verkehrs durch das Territorium Polens und Litauens abhängig, denn der Verkehr mit Russland geht durch diese Staaten. Schon heute gibt es Schwierigkeiten bei den Warenlieferungen nach und von Europa. Dieselben Schwierigkeiten erwarten uns bei den Warenlieferungen nach Russland durch die künftigen EU-Staaten.

Der wirtschaftlich vorrangige Zweig des regionalen Tourismus wird dann bald in Verfall geraten, die Ostseeküste wird leer werden. Heute kommen in unsere Kurortstädte viele Touristen aus ganz Russland und aus Europa. Die ganzen Hotels werden von Moskauer und St. Petersburger Unternehmen belegt, morgen werden sie das nicht mehr tun. Denn kaum ein Urlauber, der zu uns mit dem Zug kommt, würde ein Visum



beantragen. Für dasselbe Geld, wenn auch nicht billiger, kann er sich in Nidden oder Polangen erholen, wo er komfortablere Hotels und besseren Kundendienst bekommt. Aber der Tourismus ist für unsere Region einer der Zweige, der ein stabiles Einkommen in den Regionalhaushalt bringt.

Alle Industriebranchen würden in eine Sackgasse geraten. Das bedeutet, dass im Haushalt die Einkommensposten unter den Ausgabenposten liegen würden. Und im Zusammenhang damit werden verschiedene soziale Komplikationen prognostiziert: steigende Arbeitslosigkeit, Armut des größeren Teils der Bevölkerung, Anwachsen der Zahl der Drogenabhängigen und des Alkoholismus, weiteres Ansteigen der Kriminalität, Abwanderung der Unternehmer ins Ausland, Gegensätze unter den Bürgern, Wachstum der separatistischen Stimmungen, Verlust der Fördermächte an Ansehen.

Auf der Suche nach Ausgangswegen aus dieser Situation werden von Politikern und Wirtschaftswissenschaftlern verschiedene Vorschläge über den zukünftigen Status des Kaliningrader Gebiets gemacht. So befürworten z. B. der Professor der Wirtschaftswissenschaften und ehemalige Gouverneur J. Matotschkin und der Abgeordnete der Gebietsduma V. Lopata folgende Idee: als Subjekt der Russischen Föderation solle das Gebiet den Status einer Republik erhalten,

der in der Verfassung verankert würde. Dieser gewähre uns die Möglichkeit selbständigen Handelns in der Europäischen Arena. Das Kaliningrader Gebiet würde sich dann als assoziiertes Mitglied der EU anschließen. Damit würden wir uns von den Zoll- und Grenzproblemen befreien und eine Investitionsattraktivität erlangen.

Aber dieser Vorschlag wird kritisiert, als negative Seiten werden Folgende genannt:

1. Die Verfassung Russlands lege die Gleichberechtigung aller Subjekte der Föderation fest – ob es um eine Republik oder um ein Gebiet gehe – Gleichheit im Verfassungs- und Rechtsstatus. Es habe keinen Sinn, die Benennung zu verändern, wenn der Inhalt derselbe bleibe.

2. Was die Möglichkeit betrifft, selbständig Beziehungen mit den EU-Staaten aufzunehmen, so widerspreche das völlig der Verfassung der Russischen Föderation. Laut Artikel 79 habe nur der Staat selbst die Vollmacht, internationale Bündnisse einzugehen. Wäre es so, dass die einzelnen Teilstaaten den Status eines Subjektes internationalen Rechtes hätten, so könnte völlige Unordnung entstehen.

3. Die nächste Frage betrifft das Problem der assoziierten Mitgliedschaft, und zwar, ob es überhaupt möglich sei, dass nur ein Subjekt der Russischen Föderation Mitglied der EU werden kann. Wenn unser Gebiet sich dem Schengener Abkommen anschließe, so könnten die Einwohner des übrigen Russlands ohne Schengenvisum nicht zu uns kommen. Das verletze die Rechte der Personen auf freien Verkehr, denn der Artikel 27 der Verfassung garantiere jedem Bürger (nicht nur einem Kaliningrader) die Freiheit in seinem Verkehr, Aufenthalt und Lebensort.

Einen anderen Vorschlag über den Status des Kaliningrader Gebiets hat der Vertreter der Gebietsverwaltung im Rat der Russischen Föderation W. Ustjugov gemacht. Seiner Meinung nach soll unsere Region zu einer territorial geschlossenen Zone werden. In einem Interview sagte er: „Wenn



Königsberg

wir aus Kaliningrad ins kontinentale Russland fahren, überqueren wir die Grenze von souveränen Staaten. Das setzt eine bestimmte Zoll- und Grenzkontrolle voraus. Und wir sollten das hinnehmen.“ Die andere Sache sei, durch welches Dokument dieser Verkehr reglementiert werden kann, also, mit welchem Pass die Kaliningrader nach Polen und Litauen fahren würden. Die EU besteht auf die Visa-Einführung. Das bedeutet jedoch eine volle Versorgung unserer Bevölkerung mit Reisepässen. In den nächsten Jahren wäre diese Aufgabe für unsere Passämter unerfüllbar. Herr Ustjugov meint, dass man eine Kontrolle für die Einfahrt der Bürger ins Kaliningrader Gebiet einführen muss. Wir sollten mit der EU ein Abkommen schließen, laut dessen wir selbst das Kontrollsystem ausarbeiten würden. Polen und Litauen würden dabei unseren russischen Ausweis als ein Dokument anerkennen, mit dem wir ihre Grenzen überqueren könnten.

Das Kaliningrader Gebiet ist heute eine Grenzzone mit einer vereinfachten Visaregelung. Es ist ein offenes Gebiet nicht nur für russische sondern auch für GUS-Bürger. Viele von ihnen haben keine Staatsbürgerschaft und können dennoch ganz leicht in unsere Grenzzone einreisen. Wir verstehen gewiss, dass eine solche Lage die EU beunruhigt, deswegen ist es nötig, eine bestimmte Einfahrtsordnung ins Kaliningrader Gebiet einzuführen. Es geht dabei aber nicht um Visa. In die territorial geschlossene Zone sollte man nur mit einer Genehmigung einreisen dürfen, die von den Behörden des Innenministeriums ausgegeben wird. Als Grund für solche Genehmigungen könnte eine Einladung, eine Dienstreise, eine Sanatoriumseinweisung usw. dienen

Auf die Frage: „Meinen Sie, dass es die Stellungnahme der EU zum Visaproblem verändern kann?“ antwortete Herr Ustjugov: „Wenn die EU sehen wird, dass wir ein festes Kontrollsystem für die Migrationströme festgesetzt haben, hoffen wir, dass sie unseren russischen Ausweis als ein Dokument für die Grenzüberquerung anerkennen werden. Es würde als ein Transitdokument gelten, mit dem man durch das Territorium eines souveränen Staates (gemeint ist Litauen) durchfahren und sich dort nicht mehr als drei Tage aufhalten kann. Wenn jemand nach Litauen und Polen für mehr als drei Tage einreisen möchte, sollte er einen Reisepass und ein Visum haben.“

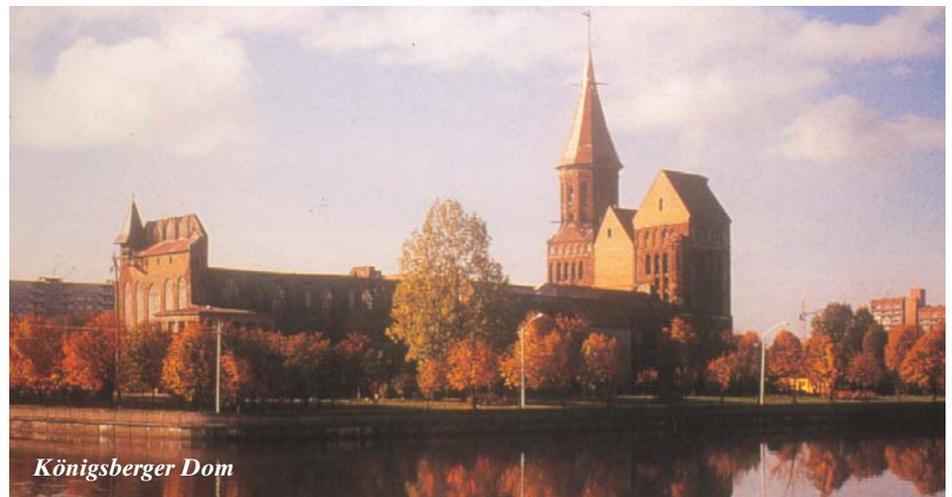
Im Falle der Einführung des Visazwanges entstehen nach Meinung von Herrn Ustjugov folgende Probleme: erstens das Problem der Ausstellung von Pässen für Militärangehörige; zweitens könnten die Visa nicht billig sein, da das große Netz der Konsulate rentabel sein müsste. Voraussichtlich würde man im Laufe eines Jahres etwa acht Millionen Visa erteilen müssen. Dazu brauchte man mehr und mehr Konsulatsangestellte, was mit Kosten verbunden ist, so dass die Visa dann immer teurer würden. Das dritte Problem betrifft jene Menschen, die unbedeutende Rechtsverletzungen begangen haben. Wenn diese im Schengener

Informationssystem angemeldet werden, bekommen sie kein Visum.

Das Projekt des Vertreters der Gebietsverwaltung im Rat der Russischen Föderation Herrn W. Ustjugov soll im Außenministerium und in der Administration des Präsidenten beraten werden.

Ein weiterer Vorschlag über die Zukunft des Kaliningrader Gebiets ist, in dieser Region eine „Selbständige Baltische Unabhängige Republik“ zu gründen. Der Autor ist ein wenig bekannter Journalist, der von irgendwelchen Kräften und Schichten, die intransparent sind, unterstützt wird. Nach der Einschätzung der hiesigen Fachleute hat die existierende „Baltische republikanische Partei“ keinen großen Einfluss auf die Situation in der Region. Dieser Vorschlag ist daher nicht ernst zu nehmen, er hat keine Unterstützung in der Bevölkerung.

Im Kaliningrader Gebiet wohnen heute etwa 7,5 Tausend Deutsche, die hauptsächlich aus Zentralasien übergesiedelt sind.



Königsberger Dom

Nach Angaben der Migrationsdienste wohnen die meisten von ihnen auf dem Lande. Ein Teil der Deutschen Gesellschaft tritt für die Gründung einer autonomen Republik auf dem Territorium des Kaliningrader Gebiets ein, z. B. eine früher unbekannte Gemeinschaft der russischen Deutschen „Freiheit“; sie hat einen Plan über die Gründung einer „Preußischen autonomen Republik“ im Kaliningrader Gebiet und ein Programm zur Übersiedlung der Deutschen aus dem kontinentalen Russland ins Kaliningrader Gebiet vorgebracht.

Ihre vermeintlichen Rechte auf das Kaliningrader Gebiet machen auch einige politische Kräfte in Litauen geltend. Im republikanischen Parlament wurde zu dieser Frage ein Sonderausschuss geschaffen. In einigen Massenmedien Litauens wird das Territorium des Kaliningrader Gebiets als „ur-eigener Teil Kleinlitauens“ genannt. Einige Kräfte in Litauen treten für die so genannte „Dekolonialisierung“ des Kaliningrader Gebiets und für die Einführung der internationalen Kontrolle in der Region ein.

Am 13. November 1994 nahm die Baltische Versammlung – das gemeinsame Parlamentsorgan von Litauen, Lettland und Est-

land – eine Resolution über die Demilitarisierung des Kaliningrader Gebiets und über seine weitere Entwicklung an. Zur gleichen Zeit sprachen einige ihrer Politiker unverblümt über den Anschluss des Gebiets an Litauen. In dieser Resolution rief die Versammlung den Baltischen Ministerrat auf, eine internationale Beratung zur Frage der Demilitarisierung der Region durchzuführen. In der Erklärung des Außenministeriums Russlands wurde dieser Vorschlag absurd genannt und der Rat der Russischen Föderation schätzte diese Initiative als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands ein.

Also die Frage nach der Zukunft des Kaliningrader Gebiets bleibt offen. Hier sind die Angaben einer Bevölkerungsbefragung, die vom Allrussischen Fond „Öffentliche Meinung“ durchgeführt worden ist:

1. 40 % der Bevölkerung meinen, dass das Gebiet seinen heutigen Status verändern wird.
2. 19 % meinen, dass das Kaliningrader Ge-

biet Russland angehören wird, aber seinen heutigen Status verändert.

3. 13 % sind sicher, dass das Gebiet nur de Jure Russland angehören wird, aber de Faktum nach seinen eigenen Gesetzen zu leben beginnt.
4. 4 % sind der Meinung, dass die Enklave in einen selbständigen Staat umgewandelt wird.
5. 3 %, dass es sich einem anderen Staat anschließen wird.
6. 30 % meinen, dass die Region dem Territorium Russlands gehören und seinen Status nicht verändern wird.

Ein echtes Problem besteht darin, dass wir ein föderativer Staat sind, leider jedoch nicht geschichtlich legitimiert. Heute kann man in unserem föderativen Staat Instabilität beobachten. Es gibt Ängste, die mit der Sezession des russischen Territoriums verbunden sind. Das betrifft nicht nur das Kaliningrader Gebiet, sondern auch andere Territorien. Heute brauchen wir in unserem Staat Stabilität und Sicherheit. Es wäre richtig, wenn die Europäische Union auch unsere Interessen berücksichtigte, auch im Falle der Erweiterung in Richtung Osten.

Was die geistigen Brücke anbetrifft, so kann ich Folgendes sagen: In den fast elf Jahren seit der Öffnung des Gebiets haben dieses Territorium sehr viele Deutsche besucht. Es sind so viele gemeinsame Unternehmungen gestiftet, so viele Freundschaften entstanden, dass unser Gebiet schon von vielen als eine geistige Brücke verstanden wird, zwischen Russland und der westlichen Welt. Vielleicht müsste die Suche nach einer Lösung des Kaliningrader Problems dieses Faktum berücksichtigen.

Und unsere Ängste gelten auch in Richtung einiger deutscher Kreise, die sicher nicht daran interessiert sind, dass eine vernünftige Lösung des Kaliningrader Problems gefunden wird. In den Medien kommen immer wieder Behauptungen vor, die Stadt wäre eine Kloake, die Menschen wären kriminell, die Drogen seien schrecklich, der AIDS-Krankheit seien viele. Wir verstehen dies als Arbeit am Bild der Kaliningrader als Untermenschen, dass ein Berliner Theater – das so genannte Volkstheater am Rosa-Luxemburg-Platz – ein Stück über einen kriminellen Russen in Deutschland „Ich bin aus Kaliningrad“ betitelt. Ein Einzelfall wird dadurch zu einem Stereotyp „Kaliningrader als Kriminelle“ abgerundet.

Ich möchte als Kaliningraderin ihnen versichern: noch vor vier Jahren fanden die Deutschen, die Kaliningrad regelmäßig besuchen, die Stadt mache sich. In den elf Jahren hat sich die Stadt zum Besseren verändert. Unsere Mittel sind rar und dennoch saniert man Häuser, baut man neue schöne Häuser. Die Situation im Gebiet ist im Vergleich zum übrigen Russland viel besser. Die Arbeitslosigkeit minimiert sich allmählich. Es entstehen immer neue Arbeitsstellen. Diese Entwicklung gibt uns die Möglichkeit, optimistisch zu sein und auf Besseres zu hoffen.

Wir in Kaliningrad streben nach besten Beziehungen mit den EU-Ländern. Es muss auch ein Kompromiss gefunden werden, der unserer Bevölkerung die Bewahrung aller ihrer Rechte gewährleistet. Es geht dabei vor allem um die Freiheiten der Personen bei ihrem freien Verkehr und ihre Verbindung mit dem übrigen Territorium Russlands.

Die Führung der EU hat in den letzten Jahrzehnten erkannt, wie die Berücksichtigung der Stimmung und der Meinung der Bevölkerung in den EU-Staaten wichtig ist. Wir glauben, dass unsere Staatsführung und die Administration des Gebiets sich auch dessen bewusst sein und mit den Wünschen unserer Bevölkerung, die unverbrüchlich mit dem ganzen Russland verbunden ist, sehr ernst rechnen sollten.

Wir wünschen uns alle die Zusammenarbeit und Freundschaft mit anderen westlichen Nachbarn, die aber nicht auf „Eisernen Vorhängen“, unpassierbaren Zoll- und Grenzeinrichtungen gebaut werden können. Wir meinen, dass in diesem Zusammenhang eine prinzipielle Lösung im Sinne des alten Sprichwortes „Die Ziege ist satt, und der Kohl unberührt“ gefunden werden sollte.

Weißrussland

Referent: Prof. Dr. Weniamin Kosmatsch, Witebsk

Ich möchte mich in erster Linie bei den Veranstaltern des 56. Gementreffens dafür bedanken, dass ich die Möglichkeit habe, hier, in der schönen Stadt Gemen bei Borken in Westfalen, anwesend zu sein. Ich nehme mir die Ehre, als Dekan der Fakultät für Geschichte an der Witebsker staatlichen Universität in Weißrussland, Sie auch im Namen aller meiner Kollegen und Studenten herzlich grüßen zu können.

Was das Thema unseres Treffens anbetrifft, möchte ich sagen, dass die Osterweiterung der Europäischen Union bei uns in Weißrussland sowohl Hoffnungen, als auch Befürchtungen und Erwartungen hervorruft. Unsere Hoffnungen und Erwartungen sind damit verbunden, dass laut der Meinung vieler Belorussen die EU-Osterweiterung

den, waren ja vor noch nicht langer Zeit ein Teil des sozialistischen Weltsystems, zählen zu den Warschauer Vertragsländern. Ähnliche Bestrebungen sind in der Ukraine, Slowakei, vielen Republiken der ehemaligen Sowjetunion zu sehen.

Solche Menschen sehen die EU-Osterweiterung als eine Expansion an, als Aggression, als Verrat an den Idealen und Traditionen. Sie verstehen nicht, dass Europa schon lange anders ist, dass die demokratischen Werte, die Werte einer bürgerlichen Gesellschaft, eines Rechtsstaates in Europa, insbesondere in Westeuropa, großgeschrieben werden, und dass die Osterweiterung solcher Werte nur und ausschließlich progressiv ist.

Doch laut der Befragung der Bevölkerung verhalten sich die meisten Menschen (ca. 70 %) wohlwollend und ruhig gegenüber der europäischen Integration und deren Ost-Erweiterung. Jedoch gibt es auch diejenigen, die noch in den Traditionen und Kategorien des „sowjetischen Reichsdenkens“



Monika Wienhold-Quecke mit Prof. Dr. Weniamin Kosmatsch.

dazu beitragen wird, die Keimlinge der Demokratie in unserem Land zu pflegen und bedeutend zu kräftigen, dass die Grenzen weiter geöffnet und problemlos werden. Das führt seinerseits zu einem freien Business, zu neuen wirtschaftlichen und Handelskontakten, was dann weiter dazu beitragen wird, den Lebensstandard der weißrussischen Bevölkerung zu erhöhen.

Mit Hoffnung und Verständnis sehen auf die EU-Osterweiterung die Intellektuellen einschließlich der Wissenschaftler Weißrusslands. Die Erweiterung der wissenschaftlichen Kontakte gereicht immer den Völkern zum Vorteil, sie tragen zur Entwicklung der Wissenschaft und Ausbildung bei, und hier sollen keine politischen und andere Hindernisse in den Weg gelegt werden.

Zugleich gibt es Ängste und Besorgnisse bei einem bestimmten Teil der Bevölkerung Weißrusslands, vor allem bei älteren Leuten, die sich an den Krieg erinnern, sowie bei Vertretern der „Arbeiterschichten“, deren Arbeit schwer ist und gering bezahlt wird, und auch bei der Bürokratie. Die Baltischen Staaten, Polen, Ungarn, Tschechei, die bald zu den gleichberechtigten Mitgliedern der Europäischen Union gehören wer-

leben, wie auch jene Menschen, die „neutral“ sind oder mit ihrer Wahl und mit ihren Hoffnungen und Erwartungen zögern.

Deshalb müsste man, nach meiner Meinung, über das Wichtigste sprechen: über demokratische Werte einer Bürgergesellschaft und eines Rechtsstaates, und Handeln um dieser Werte willen, indem man sie überall – auch in Weißrussland – stärkt. Daraus ergeben sich, meiner Ansicht nach, folgende wichtigen Aufgaben, die von allen demokratisch gestimmten Menschen in allen Staaten Europas und der Welt gelöst werden sollten:

1. Der Status der „Völkerdiplomatie“ und die Bedeutung der Geistigen Brücken sollte um einige Stufen erhöht werden. Unformelle, unoffizielle, nichtpolitische Begegnungen, geisteswissenschaftliche Kontakte – wie die historische Erfahrung bestätigt – beheben Misstrauen und Verdacht zwischen Staaten und Zivilisationen, Traditionen und die Mentalität des „Eisernen Vorhangs“. Ich bin wirklich froh, dass solche Arbeit zwischen Deutschland und Weißrussland,

Polen und Weißrussland durchgeführt wird, aber diese Tätigkeit ist noch nicht breit und aktiv genug, sie stützt sich überwiegend auf die Tätigkeit der Enthusiasten und der Menschen, die etwas riskieren.

2. Die zweite Aufgabe, die nicht nur Politiker lösen müssen, liegt nach meiner Meinung in Veränderungen an der kulturellen Außen- und Innenpolitik aller europäischen Staaten, einschließlich Deutschland, Polen, Weißrussland. Ungeachtet dessen, dass wir im 21. Jahrhundert sind, kann man auch heute Propaganda und totalitäre Tätigkeit in der Kulturpolitik beobachten sowie Versuche, die kulturellen Werte und Vorstellungen nicht zu verbreiten, sondern sie anderen Völkern aufzuzwingen, auch negative Werte des Nationalismus sind dabei. Umso wichtiger ist es, die wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte unter den Intellektuellen, Wissenschaftlern, Studenten weiter zu verbreiten. Doch die Kultusbehörden vieler Konsulate und Botschaf-

Ich denke, die europäischen Staaten sowie die USA haben viel – aber bei Weitem nicht ausreichend – die Verbreitung der Demokratie in der Sowjetunion in den „Perestrojka-Jahren“ unterstützt. Zugleich wurde damals ein aktives geopolitisches Spiel durchgeführt, dessen Hauptziel, wie ich denke, die Beseitigung der Sowjetunion als eines übermächtigen Konkurrenzstaates war. Ob das nur dem Fortschritt und Frieden in den internationalen Beziehungen gedient hat? – Eine große Frage für eine weitgehende Diskussion.

Heutzutage sollten gefährliche geopolitische Pläne gegen Russland völlig ausgeschlossen werden. Davon hängt in großem Maße das Schicksal der Demokratie und der Gesellschaft in Weißrussland ab. Der „Liberalpatriotismus“ in der Politik des russischen Präsidenten W. Putin und seiner „politischen Mannschaft“ steht den demokratischen gesellschaftlichen Werten offen. Das sollte unterstützt werden. „Putins Faktor“ ist heute für Weißrussland entscheidend – und nicht nur für Weißrussland, denke ich, sondern für ganz Europa!

Die Beständigkeit der Demokratie in Russland bedeutet in Zukunft die Beständigkeit der Demokratie in Weißrussland; und für die EU-Staaten bedeutet das Stabilität und Sicherheit an den östlichen Grenzen. Ich bin überzeugt, dass die Union in der Zukunft nicht nur durch die Ukraine erweitert wird, sondern auch durch die russisch-weißrussische Mitgliedschaft. Aber zuerst sollten unsere Länder wirklich demokratisch werden.

4. Daraus resultiert noch eine vierte Aufgabe: Wir alle, Politiker und Nichtpolitiker, müssen nach dem Prinzip „kleiner, doch konkreter Handlungen“ leben – zugunsten allem, wovon ich schon gesprochen habe. Deshalb begrüße ich als Vertreter Weißrusslands, als Historiker, Wissenschaftler und Dekan ihr Forum noch einmal. Ich lade Sie herzlichst ein, an der internationalen Konferenz an der Witebsker Universität teilzunehmen, die in der Zeit vom 31. Oktober bis zum 1. November dieses Jahres stattfindet. Die Konferenz ist der Rolle und Bedeutung der slawischen Welt und slawischer Kulturen in der Geschichte und Evolution der Zivilisationen gewidmet. Ich hinterlasse die genaue Information über diese Konferenz auf Russisch und unsere Anschriften.

Ich möchte noch mitteilen, dass an der Fakultät für Geschichte unserer Universität seit diesem Jahr ein neues Fach unterrichtet wird, nämlich Theologie. Unter den staatlichen Hochschuleinrichtungen ist die Witebsker Universität die erste, an der Theologie als Wissenschaft erforscht und unterrichtet wird.

Ich lade Sie zu einer vernünftigen, ausge-

Ukraine

Prof. Dr. Oleg Panchuk, Czernowitz

Vorbemerkung: Prof. Dr. Panchuk führte in den Arbeitskreis mit einem ausführlichen Referat zu drei Themenkomplexen ein:

1. Die Ukraine – zehn Jahre nach dem Zerfall der SU (wirtschaftliche, soziale und innenpolitische Lage)
2. Außenpolitische Lage – die Ukraine im Dreieck Russland – Europa – USA
3. Perspektiven der Beziehungen Ukraine – EU

Da ein Gesamtabdruck aus Platzgründen nicht möglich ist, bei einer stark verkürzten Zusammenfassung jedoch wesentliche Informationen verloren gehen würden, bringen wir hier im Wortlaut nur den dritten Teil, der sich speziell mit den Europa-Perspektiven der Ukraine befasst. Das vollständige Referat ist auf der Internet-Seite www.adalbertuswerk.de in der Rubrik **adalbertusforum**, zusätzlich zur kompletten aktuellen Ausgabe, zu finden.

Perspektiven der Beziehungen Ukraine – EU

Wenn wir einen möglichen Beitritt der Ukraine zur EU betrachten, dann ist es klar, das dieser Schritt – objektiv genommen – für unser Land höchst wünschenswert wäre. In erster Linie deshalb weil – global genommen – er uns aus der halb-asiatischen kommunistisch-kolonialen Vergangenheit in eine ganz andere Welt bringen könnte, welche durch ganz andere Spielregeln – die der Demokratie und der Bürgergesellschaft – gekennzeichnet ist. Aber dieser Übergang dürfte derzeit eher ein Traum bleiben als Realität werden. Zu diesem Schluss führt uns die Analyse pro und kontra.

Die Sicht der EU: Seit der Unabhängigkeit war Europa als auch andere Demokratien neugierig darauf zu sehen, wie sich die Ukraine transformieren und reformieren wird, um sich allmählich den zivilisierten Spielregeln im gesellschaftlichen Leben an-

glichenen, freundlichen, intelligenten Zusammenarbeit und zu Kontakten auf dem Gebiet Theologie ein. Gleichzeitig möchte ich unterstreichen, dass das für die Kultur unseres Landes, für die Wiederbelebung der verlorenen christlichen Traditionen in Weißrussland, sehr wichtig ist.

Und ich möchte noch sagen, dass viele Menschen in Weißrussland sehr fein die Traditionen der orthodoxen Kirche bewahren und pflegen, auch bei uns in Witebsk. Das Christentum, den Glauben an Gott, sollte man stärken und unterstützen, weil es eben die Grundlage des Lebens selber ist sowie der Kulturen unserer Völker und Länder.

Ich hoffe, dass unsere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet erfolgreich und von der Politik distanziert sein wird.

Ich danke Ihnen, sehr geehrte Herrschaften, und wünsche Ihnen Frieden, Erfolge, Gesundheit und Wohlergehen!



Bahnhofplatz von Minsk

ten leben in vielen Fällen immer noch nach den alten, schlechten Traditionen, die ich eben erwähnt habe.

3. Die dritte Aufgabe geht in erster Linie die Politiker, aber auch uns alle an, da eben wir unsere Politiker auswählen. Außerdem habe ich schon oben über einen solch wichtigen Faktor wie die „Völkerdiplomatie“ gesprochen. Also dann sollten wir solche Politiker an die Macht wählen, die aktuell denken und handeln, neue geopolitische Realitäten akzeptierend.

Über den geopolitischen Faktor in unserer Zusammenarbeit möchte ich Folgendes sagen: Man sollte die Lehre aus der historischen Entwicklung ziehen. Die Sowjetunion ist zerfallen nicht nur wegen einer Systemkrise, wegen des inneren Zusammenbruchs des Sozialismus, sondern bei weitem deswegen, weil dazu Sicherheits- und diplomatische Dienste vieler Staaten beigetragen haben. Diese Staaten haben in der Sowjetunion ihren geopolitischen Gegner gesehen, ungeachtet dessen, dass zu Gorbatschows Zeit viele bedeutende, positive Veränderungen sichtbar waren.



Viola Nitschke-Wobbe mit Prof. Dr. Oleg Panchuk.

zunähern. Jahre vergingen, von der ukrainischen Seite wurden im sowjetischen Sinne viele Deklarationen abgegeben, aber nur sehr wenig gemacht. Trotz der Versprechungen, die Freiheit der Presse zu sichern, trotz der Versicherungen, eine transparente Gesetzgebung zu schaffen, trotz der abgegebenen Garantie, ausländische Investitionen zu sichern, trotz des deklarierten Willens, demokratische Gewaltenteilung zwischen den verschiedenen Machtzweigen einzuführen – in zehn Jahren hat sich nur wenig geändert. Im Gegenteil, negative Anzeichen wurden immer stärker – Korruption und Willkür des Beamtenapparates, Unterdrückung der Meinungsfreiheit, Manipulationen bei den Wahlen usw. Natürlich löste das eine massive Enttäuschung in Europa aus – wenn die Ukrainer sich uns nicht nähern wollen, dann brauchen wir sie auch nicht.

Auf der anderen Seite, benehmen sich die Ukrainer in vielen Länder, wo sie meistens illegal arbeiten, als im ganzen tüchtige Arbeitskräfte und sind z. B. in Italien, Polen und Portugal, willkommen. Auch haben sich die ukrainischen Wissenschaftler, Fachleute, Künstler, die nach Europa, aber auch nach anderen Ländern, legal umgesiedelt sind, in ihrer Arbeit gut bewährt. Umgekehrt wiederum, will oder kann nicht die Ukraine ihre Ost- und Nordgrenzen genügend absichern, um kein Transitland für illegale Immigration in die Länder der EU zu bleiben.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten: Die Ukraine erscheint für die Europäer wie der berühmte Handkoffer ohne Griff – unbequem zu tragen, doch zu schade, ihn zu verlieren. Letzteres könnte man so erklären: Wenn die bis Polen erweiterte EU sich von ihren östlichen Nachbarn ganz abriegelt, dann hat in den überschaubaren nächsten Jahrzehnten die Ukraine überhaupt keine Chance, ein zivilisiertes Land zu werden. Das bedeutet, dass dann unerwünschte Ereignisse, wie Revolution, Errichtung einer Diktatur o. ä. stattfinden können. In Ganzem sind viele europäische Politiker und Journalisten auf die längere Perspektive eher zurückhaltend, aber meistens vertreten sie die Meinung, dass die Ukraine fast keine Chancen hat, in den nächsten zehn Jahren EU-Mitglied zu werden.

Die Sicht der Ukraine: Wenn diese Schilderung den Standpunkt der EU darstellt – und zwar sowohl den der Regierungen als auch den der meisten Bürger Europas – so können wir auf ukrainischer Seite keinen entsprechenden einheitlichen Standpunkt ausmachen. Eigentlich gibt es in der Ukraine vier Volksschichten mit vier unterschiedlichen Meinungen. Einerseits sind es die den Kommunismus verklärenden, meist russifizierten Volksschichten mit entsprechender Mentalität. Diese möchten nicht in die EU, denn sie haben mit der Muttermilch in sich aufgenommen, dass alle Westeuropäer, ebenso wie die Amerikaner, Imperialisten und Kolonialisten sind, deren einziger Gedanke es ist, unser Land zu unterjochen, um die Menschen als Sklaven auszubeuten.

Die zweite Gruppe sind die eher patriotisch gesinnten Bürger, nicht nur Ukrainer, die es verstehen, dass das Land aus dem Morast der postsowjetischen Mentalität heraus muss, was nur dann möglich ist, wenn im Lande eine in der Tat demokratische Ordnung eingerichtet ist, wenn die Regierung sich nicht um seine eigene Interessen, sondern zu aller erst um die der Bürger und des Landes kümmert. Natürlich verstehen diese Leute, dass im Laufe einer Annäherung an die EU die ukrainische Gesetzgebung unbedingt an die demokratischen Normen der EU angepasst werden muss

und dass eine normale Entwicklung des Landes gewährleistet werden muss. Zudem, würde ein möglicher EU-Beitritt (auch ein NATO-Beitritt) für die Ukraine eine zusätzliche Garantie vor der möglichen Expansion des nördlichen Nachbarn bedeuten.

Die dritte Gruppe ist die nun regierende ukrainische Elite. Wollen wir hören, was der Präsident vor dem Parlament unlängst sagte. Ich zitiere: „*Da wir als Kernpunkt der Staatspolitik – sowohl in der Innen- als auch der Außenpolitik – uns für die europäische Option entschieden haben, müssen wir nun klären, wann und in welcher Form dies realisiert wird. Optimale Antwort scheint die vollberechtigte Mitgliedschaft in der EU zu sein. Ich bin tief davon überzeugt, dass ein EU-Beitritt unseres Landes sowohl im Interesse der Ukraine als auch im Interesse der EU liegt würde und als ein merklicher Schritt zur endgültigen Überwindung der Teilung des Kontinents, der Entstehung eines einheitlichen, stabilen und demokratischen Europas wahrgenommen würde. Gleichzeitig ist es offensichtlich, besonders jetzt, dass die Entscheidung, eine EU-Mitgliedschaft als strategisches Ziel zu verankern, die automatische Erreichung dieses Zieles keineswegs garantiert. Wir alle verstehen die objektiven Hindernisse auf diesem Wege, inklusive der Hindernisse, deren Lösung nicht von der Ukraine allein abhängen. Wir verstehen auch sehr wohl, dass schwierige Verhandlungen mit Vertretern der EU bevorstehen. Aber letzten Endes, alles hängt von uns ab, von der Tiefe der institutionellen Veränderungen in unserem Lande, von den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Reformen, von der Durchsetzung der Demokratie und den Prinzipien der Bürgergesellschaft. Wir müssen viel daran arbeiten und dürfen die auf diesem Wege entstehenden objektiven Schwierigkeiten nie verabsolutieren.*“ Ende des Zitats.

Schöne Worte, nicht wahr? Das einzige was hier trübe sein könnte ist die Tatsache, dass das alles Deklarationen sind. Denn in der Tat werden nur wenige Schritte in Richtung demokratischer Reformen, in Richtung offene Gesellschaft, in Richtung freie Marktwirtschaft unternommen. Eher im Gegenteil, die Machthaber machen alles,



Platz der Oktoberrevolution in Kiew

um solche Veränderungen zu verzögern, denn das könnte ihren Interessen schaden. Als Beispiel möchte ich ihre Aufmerksamkeit auf die Geschichte des Wahlgesetzes richten. Acht Jahre lang fragten die (meist ausländischen) Journalisten, warum Gesetze bezüglich demokratischer Reformen vom Parlament so langsam und in so kleiner Zahl verabschiedet werden. Da beklagt sich der Präsident, dass im Parlament viele Abgeordnete sitzen, die keine klare politische Orientierung haben. Deshalb können sie sich nicht einigen und streiten fortwährend miteinander. Und das entspricht der Wahrheit. In der Tat, weder das Parlament, noch das ukrainische Volk sind bis heute politisch strukturiert. Sie besitzen keine klare Vision, in welche Richtung sich das Land bewegen soll. Mehr noch, das Volk ist in seiner Mehrheit eher desorientiert, weil über 135 Parteien existieren, jede mit ihrem eigenem Programm. Man hat doch nicht einmal die Möglichkeit, wenigstens die Hälfte dieser Programme kennen zu lernen.

Ursache dieser Lage ist das Mehrheitswahlrecht. Erst 1998 gab der Präsident den Forderungen der Parteien nach und unterschrieb ein Wahlgesetz, nach dem die Hälfte des Parlaments nach Parteilisten, also gemäß dem Verhältniswahlrecht, die andere nach Mehrheitswahlrecht gewählt wird. Da das die Situation nicht wesentlich änderte, verabschiedeten die Abgeordneten ab 1999 viermal (jedes Mal etwas geänderte) Wahlgesetze, die ein 100%-iges Verhältniswahlrecht vorsahen. Jedes Mal weigerte sich der Präsident, diese Gesetze zu unterschreiben, und zwar mit der Begründung „das Wahlgesetz würde die Rechte der Bürger auf freie Wahl verletzen“. Sein Veto konnte nicht überwunden werden, da seine Anhänger das nicht zuließen.

Das war nur ein Beispiel, wie die ex-kommunistische, zu Oligarchen mutierte, Nomenklatura sich mit allen Mitteln an der Macht verbeißt, in dem sie sehr schöne Deklarationen ganz im europäischen Sinne abgibt, aber tatsächlich ganz andere Absichten verfolgt.

Und nun die vierte Gruppe in unseren Gesellschaft – die Gleichgültigen. Es sind derer immer 30–40 %, die sich weigern, an den Wahlen teilzunehmen (Motivation: ich will nichts mit schmutziger Politik haben, oder: das hilft sowieso nichts, usw.). Es sind arme, enttäuschte Leute, die so ihren Protest gegen die elenden Lebensverhältnisse äußern. Die patriotischen Parteien verstehen sehr wohl, dass eben diese Schichten eine große Reserve für sie darstellen, aber man muss die Anhänger dieser Parteien dazu bewegen, auf persönlicher Ebene diese Protestgruppe wenigstens teilweise zu überzeugen, an den Wahlen teilzunehmen.

Konkrete Schritte: Wir haben hier die politische Situation im Lande erörtert um eine eventuelle Entwicklung der möglichen Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und EU abzuschätzen. Aber welche konkreten Schritte könnten in erster Linie wünschenswert sein?

Seitens der Ukraine: 1. Es ist in den letzten Jahren banal geworden, aber es bleibt immer dasselbe: Innere Reformen (hier ist ein demokratisches Wahlgesetz sehr wichtig), Verbesserung der Situation in den Medien (Durchsetzung der Pressefreiheit etc.), eine grundlegende Selbstverwaltungsreform, Gewährleistung von durchsichtigen Spielregeln für die ukrainischen, aber auch ausländische Unternehmer und in Ganzem eine Anpassung der inneren Gesetzgebung an die europäischen Normen.

2. Bessere Sicherung der Grenzen um die illegale Immigration, besonders aus den asiatischen Ländern, zu stoppen.

3. Einseitige Abschaffung der Visumpflicht für EU-Bürger. Das könnte den Tourismus aus dem europäischen Ausland fördern, wird die Investitionen in die touristische Infrastruktur verbessern und mehr persönliche Kontakte schaffen.

4. Ein weiterer nötiger Schritt wäre der Eintritt der Ukraine in die Welthandelsorgani-



Czernowitz, Residenz der Metropolitan der Bukowina: Seminarkirche.

sation, obwohl das zuerst auch negative Folgen für unseres Land haben kann.

Seitens der EU: 1. Abgabe einer grundlegenden Erklärung, in der der Ukraine eine verbindliche Beitrittsperspektive eröffnet wird, zwar ohne Festlegung eines Termins, aber mit dem klarem Bekenntnis, dass eine volle Mitgliedschaft in der Zukunft möglich sein wird, wenn die Kopenhagener Kriterien erfüllt sein werden (zurzeit hat die Ukraine nur vier von den 31 erfüllt). Die Notwendigkeit einer solchen Erklärung besteht darin, dass man damit die negativen Folgen der gemeinsamen Erklärung der französischen und deutschen Außenministerien aus dem Jahr 2000 überwinden könnte, in der die Aufnahme der Ukraine in die EU als nicht zweckmäßig bezeichnet wurde, da sie eine Isolation Russlands bedeuten würde. Nebenbei gesagt, diese Erklärung erweckte in der Ukraine Aufsehen, und die Kutschma-Anhänger benutzten sie als Argument für die Ukrainer im Sinne: Seht, man erwartet uns in Europa nicht, wozu sollen wir uns bemühen, im schnellen

Tempo unsere Gesetzgebung zu demokratisieren? Natürlich ist es nicht zweckmäßig, Russland zu isolieren, aber dieses Problem scheint nach dem Herbst 2001, als Russland sich dem Westen stark angenähert hat, nicht mehr so aktuell zu sein.

2. Die Hilfe, die Europa der Ukraine leistet, sollte andere Formen erhalten. Das jetzige TACIS-Programm, einheitlich für Ukraine und die Mongolei, sollte durch PHARE für Zentraleuropa ersetzt werden, und zwar angepasst an die realen Bedürfnisse der Ukraine. Förderschwerpunkte sollen herausragende Infrastrukturprojekte sein, wie der europäische Transportkorridor Nr. 6 Krakau–Lemberg–Kiew und weiter nach Russland, sowie die Öltransportleitungen Odessa–Brody–Danzig, neue Öl- und Erdgasleitungen aus dem Raum des Kaspischen Meeres. Diese Maßnahmen würden bei den Ukrainern das Gefühl der Verbundenheit mit Europa verstärken.

3. Da einheitliche Schengen-Visa in den neuen EU-Ländern, also Polen, Ungarn, voraussichtlich erst 2007 eingeführt werden sollen, aber für Ukrainer in diesen letzten Ländern schon ab 2003 obligatorisch sein werden, wäre es denkbar, für unsere Bürger eine vereinfachte Visa-Prozedur einzuführen, z. B. für den Aufenthalt nur in dem betreffenden Land (es ist bekannt, dass die existierenden Grenzen mit den alten EU-Ländern bis 2007 aufrecht erhalten bleiben).

4. Sehr wesentlich ist es, Austauschprogramme für junge Leute, die potentiell fürs Ausland offen sind, stärker auszubauen, damit jährlich für Tausende wenigstens kurzfristig Besuche im Westen zu ermöglichen.

5. Und zuletzt: man sollte den EU-Ländern womöglich empfehlen, wenigstens minimal die verschiedenen Institutionen, die sich in der Ukraine für die Schaffung einer Bürgergesellschaft einsetzen, zu unterstützen.

Und noch einige Schlussworte: Die beschriebene Situation in der Ukraine schaut eher traurig und düster aus. Ich wollte aber nicht, das Sie ein unwahres oder retuschiertes Bild der Situation in der Ukraine erhalten, denn ich bin überzeugt, dass letzten Endes die Wahrheit und Offenheit die wichtigsten vertrauenserweckenden Instrumente im Verkehr zwischen Menschen sind. Wir sind hier in der Mehrheit keine Berufspolitiker. Aber einfache Bürger, wie wir, haben hier wesentlichen Einfluss auf die Entscheidungen der Machthabenden, allmählich geschieht das auch in der Ukraine. Wir stellen ein Erwachen der Hoffnung in unserem Lande fest. Das zeigen die Ergebnisse der letzten Parlamentswahlen, als praktisch jeder dritte Wähler für die rechten Parteien gestimmt hat, und die Mehrheit des Volkes der gesamten Opposition ihre Stimmen abgegeben hat. Die Leute haben die undurchsichtige, unehrliche Politik aus dem Repertoire der Nomenklatur satt. Das gibt große Hoffnungen für die Präsidentschaftswahlen 2004. Und es ist unsere Aufgabe, diese zu gewinnen. Was ich hier geschildert habe, war ein Versuch, mehr Verständnis für unser Land und deren Bürger zu gewinnen. Danke.



*Monika Wienhold-Quecke
mit Prof. Otto Sobek.*

Slowakei

*Referent: Prof. Otto Sobek,
Pressburg*

Zur Slowakei im Allgemeinen: Die Slowakei ist einer der neuesten Staaten in Europa, ein kleines Land mit 49.000 km² und 5,5 Millionen Einwohnern. Sie ist ein gebirgiges Land, praktisch ohne Rohstoffe, im Mittelalter reich an Gold- und Silbervorkommen. Im Ausland halten viele die Slowakei für ein Agrarland, das ist ein Irrtum; es gibt viel zu wenig fruchtbares Land. Der Anteil der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt beträgt nur 6–7 %. Dagegen hat die Slowakei heute eine relativ gut entwickelte Industrie, deren Großteil während der kommunistischen Herrschaft entstanden ist. Damals gab es Vollbeschäftigung, aber diese Industrie war uneffektiv, vorwiegend Rüstungsindustrie, die nach der Wende zusammengebrochen ist oder andere nicht lebensfähige Betriebe. Nach dem Zusammenbruch dieser Betriebe gibt es heute eine hohe Arbeitslosigkeit.

Die wirtschaftliche Situation bei einem Vergleich der Beitrittskandidaten zur Europäischen Gemeinschaft zeigt, dass die Slowakei mit Ungarn an der dritten Stelle nach Slowenien und Tschechien liegt.

Nach diesen einleitenden allgemeinen Aussagen über sein Land sprach Professor Sobek zum Verhältnis der Slowakei zur EU. Nach der Wende gab es eine beliebte Parole: „Zurück zu Europa!“, was natürlich nicht geographisch zu verstehen ist, da die Slowakei nicht nur geographisch immer ein Bestandteil Europas war, sondern auch kulturell. Sie gehörte immer zum westlichen katholischen Kulturkreis. Alle slowakischen kulturellen Traditionen sind westeuropäisch und auch deutsch. Etwa $\frac{4}{5}$ der Bevölkerung sind katholisch, $\frac{1}{5}$ protestantisch; diese Lutheraner waren immer nach Deutschland orientiert, ihre Pfarrer wurden in Deutschland ausgebildet.

„Zurück zu Europa!“ hatte vor allem politische und wirtschaftliche Bedeutung. Anfangs gab es wohl auch die naive Vorstellung: Wenn wir der EU beitreten, geht es uns morgen so gut wie den Westeuropäern.

Das Entscheidende aber war, dass man wieder Teil der europäischen Wertegemeinschaft werden wollte, Teil der europäischen Gemeinschaft, wie sie sich in der EU repräsentiert.

Natürlich spielten auch wirtschaftliche Faktoren eine Rolle, die Slowakei als kleines Land braucht große Absatzmärkte, sie muss Bestandteil eines großen Wirtschaftsraumes sein, und das kann logischerweise nur die EU sein.

Die Zustimmung für einen Beitritt zur EU war von Anfang an sehr stark und ist es bis heute geblieben, bei der letzten Meinungsumfrage lag sie bei 76 %. Es gibt auch keine politische Partei, die nicht für den Beitritt zur EU wäre. Nicht ganz so problemlos ist das Verhältnis zur Nato, die Akzeptanz liegt etwa bei 60 %. Das geht darauf zurück, dass die Intervention der Nato seinerzeit in Jugoslawien von der slowakischen Bevölkerung nicht mit großer Begeisterung aufgenommen wurde. Mittlerweile ist aber auch hier die Mehrheit für einen Beitritt zur Nato. Das ist deshalb wichtig, weil ausländische Investoren lebenswichtig für die Slowakei sind, und diese investieren viel lieber in einen Nato-Staat als in ein Land, das nicht Nato-Mitglied ist.

Warum ist es zur Teilung der Tschechoslowakei und zur Entstehung zweier selbstän-

diger Staaten im Jahr 1993 gekommen? Diese Frage nahm Herr Prof. Sobek der Diskussion vorweg. Seine ganz persönliche Meinung sei, dass diese Trennung unvermeidlich und auch vernünftig gewesen sei. Es hätte nicht unbedingt im Jahr 1993 sein müssen, das war eine Folge der unterschiedlichen Wahlergebnisse; in Tschechien siegte damals Klaus und in der Slowakei Meciar, beides sehr autoritative Politiker, denen klar war, dass ein Leben in einem gemeinsamen Staat für sie unmöglich sei. Sie haben sich sehr schnell über die Teilung geeinigt und diese vom Parlament absegnen lassen. Die Bevölkerung wurde vorsichtshalber nicht gefragt. Heute würde bei einer Volksabstimmung eine große Mehrheit in beiden Ländern für eine Trennung sein. Das Verhältnis zwischen beiden Ländern ist heute besser als vor der Trennung.

Die Slowakei war einer der ersten Staaten, die um die Mitgliedschaft in der EU nachgesucht haben. Es gab keine ökonomischen Bedenken, leider war die politische Entwicklung nicht günstig. Meciar, der durch demokratische Wahlen an die Macht gekommen ist, hat sich dann immer mehr zu einem Autokraten entwickelt. Er hat zwar nach außen hin die demokratischen Spielregeln eingehalten, nicht aber den Geist der Demokratie. Allerdings war sein Ruf im Ausland zum Teil schlechter als die wirkliche Lage in der Slowakei, er hat die demokratischen Spielregeln zu seinen Gunsten ausgenutzt, war aber kein Diktator im faschistischen Sinn. Es war eher ein totalitäres Regime zwischen Demokratie und Diktatur. Das wurde ihm im Westen sehr übel genommen und hat dazu geführt, dass auf der ersten Liste der zukünftigen Beitrittskandidaten im Jahr 1997, als Meciar noch an der Macht war, die Slowakei nicht dabei war. Zum Glück gab es 1998 eine Wahl, bei der zwar Meciar die stärkste wurde, aber nach den Erfahrungen mit seiner vorherigen Regierung und der Kritik der Nato haben sich alle übrigen Parteien verbündet und eine Koalitionsregierung gebildet. Diese Regierung hat es als vorrangiges Ziel gesehen, das Image der Slowakei im Ausland zu verbessern und günstige Voraussetzungen für einen EU-Beitritt zu schaffen. Das ist ihr im Prinzip ge-



Pressburg

lungen. Es gibt keine politischen Vorbehalte mehr.

Die EU nennt inzwischen auch nicht mehr eine bestimmte Anzahl von Kandidaten, sondern ist zum so genannten Regatta-Prinzip übergegangen: d. h., von allen aufnahmefähigen Ländern werden die zuerst aufgenommen, die als erste die Beitrittsbedingungen erfüllen. Die Slowakei hat inzwischen 28 von 31 Kapiteln abgeschlossen, noch nicht die Kapitel Landwirtschaft, Umweltschutz und Institutionen, deshalb hat die Slowakei gute Chancen bei der nächsten Runde im Jahr 2004 in die EU aufgenommen zu werden.

In der folgenden Diskussion nennt Herr Professor Sobek noch einen weiteren dringenden Grund für die Aufnahme der Slowakei in die EU, nämlich einen geopolitischen: Ohne die Slowakei hätte die EU eine neue Außengrenze von ca. 1.200 km, mit der Slowakei nur eine Grenze von knapp 100 km.

Auf die Frage nach der Roma-Bevölkerung muss Herr Sobek zugeben, dass das ein wunder Punkt ist, der in allen Evaluierungsberichten der EU auftaucht. Von den fünfeinhalb Millionen Einwohnern der Slowakei sind schätzungsweise 10 % Roma; genau kann das nicht festgestellt werden. Bei der letzten Volkszählung bestand zwar die Möglichkeit, sich zur Roma-Nationalität zu bekennen, aber nur Wenige machten davon Gebrauch. Das ist kein nationales Problem und auch kein Minderheitenproblem, sondern ein soziales, besonders im Osten der Slowakei. Roma gibt es auch in Ungarn, Rumänien und Tschechien, deshalb muss eine europäische Lösung gesucht werden.

Der Minderheiten-Schutz ist in der Slowakei vorbildlich gelöst, sagt Professor Sobek, der selbst zur deutschen Minderheit, den Karpatendeutschen gehört. Diese ist seit dem Krieg nur noch gering, vielleicht 15.000 Menschen. Man baut z. T. ein System von zweisprachigen Schulen auf, in denen die Kinder allerdings erst deutsch lernen müssen, denn in der zweiten Generation ist die deutsche Sprache schon verloren gegangen.

Die Ungarn bilden mit ca. 500.000 Einwohnern die größte Gruppe, die ein ziemlich komplexes Siedlungsgebiet im Süden an der ungarischen Grenze bewohnt. Sie verfügen über alle Minderheitenrechte, wie z. B. ungarisch als Amtssprache, ungarische Schulen – eine Universität ist geplant – und zweisprachige Straßenschilder.

Die Schlussfrage betrifft die Goralen, das ist ein relativ autonomer Volksstamm, der z. T. in Polen, z. T. in der Slowakei lebt. Sie sprechen einen polnisch-slowakischen Dialekt und fühlen sich als Polen oder Slowaken. Eine kleine Minderheit von ihnen lebt in Polen in 25 Dörfern in einem Gebiet, das früher zu Ungarn gehörte. Diese Goralen fühlen sich als Slowaken, weil die ungarische Kirche ihnen damals Priester schickte, die slowakisch sprachen. Es gibt also Goralen in Polen, die sich slowakisch fühlen, aber es gibt keine Goralen in der Slowakei, die sich polnisch fühlen.

Monika Wienhold-Quecke

JUGENDPROGRAMM

Europa hören und sehen

Einen ganz anderen Charakter als in den vergangenen Jahren gewann das Jugendprogramm beim 56. Gementreffen: Dieses Mal wurden nicht nur Themen miteinander erarbeitet und diskutiert, sondern Kernprojekt der fünf Tage war die Produktion von Film- und Radiobeiträgen zum Thema EU-Osterweiterung.

Als besondere Bereicherung des deutsch-polnischen Miteinanders erwiesen sich auch in diesem Jahr die vier Teilnehmer aus Litauen.

Schon der Einstieg am Donnerstagmorgen mit dem gegenseitigen Kennenlernen erfolgte in anderer Form. Im Gespräch zu zweit wurden Steckbriefe voneinander erstellt, bei denen unterschiedliche Fragen zu beantworten waren, die schon in die Thematik einführten.

Dann ging es zur Sache mit den Ideen zur EU-Osterweiterung bzw. dem EU-Beitritt. Ängste, Hoffnung und Aufgaben wurden jeweils auf unterschiedlichen Plakaten festgehalten. Daraus wiederum erarbeiteten Kleingruppen Fragen, die man der Bevölkerung stellen könnte.

Am Donnerstagnachmittag ging es nach den Überlegungen des Vormittags um die emotionale Betroffenheit mit Hilfe des „Ressourcenspiels“. Jede/r Teilnehmer/in zog ein Los und wurde damit zum EU-Mitgliedstaat, zum Beitrittskandidaten oder zum Land ohne Verhandlungen bestimmt.



Letzteres Schicksal traf dabei die Hälfte der Jugendlichen. In einem Parcours mussten nun verschiedene Aufgaben gelöst werden: Wasser schöpfen, einen Nagel einschlagen, einen Text abschreiben oder eine Figur ausschneiden. Dabei erhielten die EU-Mitglieder das beste Werkzeug, während sich die außen vor bleibenden mit minimalen

Hilfsmitteln behelfen mussten – eben so, wie im richtigen Leben. Kein Wunder also, dass erstere auch zuerst fertig waren und am besten abschnitten. Doch so frustrierend diese Erfahrung für die schlechter gestellten war, stellte sich auch heraus, dass sie gemeinsam durchaus eine ernst zu nehmende Kraft darstellten.

Am Freitag wurde es dann ernst: Die Jugendlichen wurden mit Kameras, Mikrofonen und Aufnahmegeräten bewaffnet und in fünf Gruppen an verschiedene Orte in



Theaterworkshop

Borken und Gemen verteilt, um dort die Bevölkerung zu interviewen. Dazu schreiben drei Teilnehmerinnen: „Nachdem wir diese Fragen gemeinsam erarbeitet hatten, zogen wir in polnisch-deutsch-litauisch gemischten Kleingruppen los und hielten unsere Ergebnisse mit Kameras bzw. Tonbandgeräten fest. Die Erfahrungen der Gruppen waren durchaus unterschiedlich, aber als Fazit lässt sich sagen, dass einige wenige Personen gut informiert waren. Es bleibt aber die Frage, inwieweit das Gros der Bevölkerung wirklich über den Plan zur EU-Osterweiterung unterrichtet ist und sich dafür interessiert.“

Die meisten gewannen Spaß an ihrer Aufgabe und wechselten sich bei der Interviewtätigkeit ab. Vielleicht lag es auch an der offensichtlichen Beteiligung polnischer und litauischer Jugendlicher, dass die Kommentare der Leute meist freundlich ausfielen. Dennoch ist es erfreulich, dass für die meisten der Interviewten die Chancen im Vordergrund standen.

Der Nachmittag ging dabei drauf, das Material zu sich-

ten und zusammenzuschneiden. Paul Tucholski und Sadahiv Rao sowie Wolfgang Nitschke, die dich mit ihrem Equipment und ihrer Fachkenntnis für die Produktionen im Video- bzw. Audio-Bereich zur Verfügung gestellt hatten, sei an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich gedankt.

Für den Samstag hatten wir Kornelia, die

Begleiterin der drei Litauer, für die Gestaltung des Vormittags gewinnen können, einen Theaterworkshop zu gestalten. Sie zeigte eindrucksvoll auf, worin der Unterschied zwischen Tun und Darstellen besteht. Einfache Alltagshandlungen, Tiere, Spielzeuge und vieles mehr versuchten die Jugendlichen zu präsentieren. Schließlich galt es dann, der EU eine darstellbare Form zu geben.

Der Funke des diesjährigen Treffens war übergesprungen, das war auch in der Jahreshauptversammlung zu spüren. Sechs neue Mitglieder konnte die Adalbertsjugend gewinnen. Außerdem wurde der Wunsch laut, auch in Danzig eine Begegnung zu erleben, in die selbstverständlich die Litauer miteinbezogen werden sollten.

Den Höhepunkt bildete dann die Stunde der Gemeinschaft am Sonntagvormittag, in der u. a. die Filme und Radiobeiträge vorgestellt wurden. Hier zeigte sich der Gewinn des generationenübergreifenden Gementreffens, bei dem sich die verschiedenen Generationen mit ihren jeweiligen Programmen bereichern konnten.

So ansprechend das Programm gewesen sein mag, was entscheidend zum Gelingen des Jugendprogramms beitrug, war die Begeisterung der Jugendlichen selbst. Dazu das Fazit der Teilnehmerinnen: „Abschließend können wir sagen, dass es zwar eine Menge Arbeit war, die Beiträge zusammenzuschneiden und schon im Vorfeld Überwindung kostete, die Passanten zu befragen, aber es hat auch Spaß gemacht und uns um neue Erfahrungen bereichert.“

Gedankt sei deshalb auch dem „Deutsch-Polnischen Jugendwerk“ und dem „Katholischen Fonds für weltkirchliche und entwicklungsbezogene Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit“, die unser Programm in diesem Jahr finanziell gefördert haben. Hoffen wir, dass die Begeisterung aller Beteiligten anhält – bis zu einem Wiedersehen in Danzig im April 2003.

Adalbert Ordowski

Erfahrungen bei Interview und Auswertung

Während der Interviews in der Borkener Fußgängerzone haben wir erstmal die typischen Erlebnisse mit einer Umfrage gemacht: Die Leute haben keine Zeit oder Angst vor der Kamera. Diejenigen, die uns dann geantwortet haben, hatten dann relativ wenig Ahnung. Besonders Jugendliche wussten auf die Frage nach den Beitrittskandidaten oft gar nichts zu sagen. Allerdings gab es auch einige Menschen, die keine Probleme hatten alle Beitrittsländer aufzuzählen.

Verwunderlich war für mich auch die Tatsache, dass gerade junge Leute keinerlei Voroder Nachteile der EU-Osterweiterung für sich persönlich sahen. Ältere Menschen be-



fürchteten dagegen Migrationsströme und zunehmende Arbeitslosigkeit. Außerdem war festzustellen, dass die besser Informierten die EU-Osterweiterung meist als positiv ansahen, während für die eher schlecht Informierten die Nachteile überwiegen. Gelegentlich musste ich mich sehr beherrschen, nicht den Befragten plötzlich ins Wort zu fallen und anzufangen, mit ihnen zu diskutieren.

Die Arbeitsteilung in unserer Gruppe klappte sehr gut, da immer die gleiche Person die Kamera bediente, das Mikro hielt, die Leute ansprach.

K I N D E R P R O G R A M M

Wie jedes Jahr freute ich mich schon wieder wochenlang auf Gemen. Ich stand mit einigen Mädchen in Kontakt und wusste, dass viele vom letzten Jahr wiederkommen würden. Endlich war es soweit. Mittwochnachmittag kamen wir an. Alle Bekannten begrüßten sich wieder herzlich und die Zimmer wurden bezogen.

Im Kinderprogramm stand das Thema Danzig an, die Heimat meiner Oma. Wie auch schon in den letzten Jahren waren es immer zwei Personen, die das Programm leiteten. Eine Polin, die Kunstpädagogin Elżbieta Mulas und eine Deutsche. Das Programm muss zweisprachig ablaufen, weil wir seit einigen Jahren auch polnische Kinder in Gemen treffen, die nicht so gut deutsch sprechen. Da zwei Jungen selbst in Danzig leben, konnten sie uns von ihrer Stadt berichten.

Wir erfuhren einiges über Danzig als Hansestadt, über Reisewege nach und von Danzig sowie über die Stadt selbst. Wir bauten auch einige historische Gebäude, das Kranntor, das alte Rathaus, die Speicherkammern und verschiedene Tore und Türme als Papiermodelle nach.

Einige Stände des alten Marktes „Domnik“ bauten wir auf und erstellten Waren,

Eine sehr spannende Erfahrung war auch die Verarbeitung des vorhandenen Filmmaterials: Erst wurde in der Gruppe diskutiert, wie wir das ganze aufbauen, und dann schnitten wir zu zweit am PC den Film zusammen,

was teilweise eine sehr komplizierte Arbeit war, da es nicht ganz einfach war, die Szenen sauber zu schneiden: Entweder fing die Person an zu sprechen, bevor die Kamera sie aufnahm oder sie redete noch, während die Kamera schon wieder etwas anderes zeigte.

Aber schließlich waren wir keine Profis und der Samstag-Nachmittag ging auch irgendwann zu Ende, so dass wir froh und glücklich waren, am Sonntagmorgen in der Stunde der Gemeinschaft ein ordentliches Ergebnis präsentieren zu können.

Nele Quecke

die auf diesem Markt verkauft wurden. Besonders schön sahen die Bernsteine aus, die wir aus Pappmaché bastelten.

Für die Stunde der Gemeinschaft wurde ein lustiges Lied „Zwölf grüne Heringe“ gedichtet und eingeübt. Jedes Kind bastelte dazu einen großen Hering, der wunderschön angemalt wurde, so dass er grün-silber schimmerte. Dieser wurde an eine Angel gehängt.



Wie jedes Jahr wurden auch Lieder für den Familiengottesdienst eingeübt und wir bekamen Texte, die wir dort vorlesen durften. Schön waren die Abende mit Programm, ebenso auch die Freizeit, die wir zwischendurch immer hatten. Wenn man sich ein Jahr nicht sieht, hat man viel zu erzählen.

Traurig nahmen wir am Schluss der Tagung Abschied, aber wir versprachen uns, im nächsten Jahr auf jeden Fall wieder zu kommen.

Sara Henseler

Leben in der Kirche – Chancen einer erneuerten Geschwisterlichkeit in Europa

Festvortrag in der Festlichen Stunde

Pfarrer Paul Magino, Wendlingen

Liebe festliche Versammlung!

Mit einigen Vorbemerkungen beginne ich:

1. Für einen Bischof einzuspringen, eine seiner Aufgaben zu übernehmen, ist mir nicht neu. Tag für Tag mache ich das, seit ich zum Priester geweiht bin. Weil die Bischöfe nicht alles allein machen können, obwohl sie nach der Lehre und nach ihrem eigenen Selbstverständnis in der Kirche für alles zuständig und verantwortlich sind, beauftragen sie Menschen für bestimmte Ämter und Dienste. Für diese Aufgabe eines Festvortrages hat mich allerdings nicht der heute fehlende Bischof beauftragt, solche Situationen nehmen wir einfach selber in die Hand. Das ist kein Widerspruch, dass es diese Rolle der Bischöfe gibt und dass wir als Verein, als Adalbertus-Werk, unsere Dinge selbst in die Hand nehmen. Ich werde im Vortrag noch einmal darauf zurückkommen.

2. Nach dem Gottesdienst bin ich gefragt worden, ob ich nicht in meiner Predigt schon den Festvortrag vorweg genommen habe, also die Manuskripte vertauscht habe. Das konnte deshalb nicht sein, weil das Manuskript für den Vortrag noch gar nicht fertig war zu dieser Zeit. Also die Frage, ob ich den Festvortrag schon vorweg genommen habe, kann ich nur mit einem ganz entschiedenen „Ja und Nein“ beantworten. Vielleicht verwundert Sie das.

Ja deshalb, weil die Grundgedanken, das Grundverständnis von Kirche und von unserer Aufgabenstellung als Adalbertus-Werk für mich am Morgen, am Nachmittag und am Abend eines Tages immer gleich sind. In Zeiten des Wahlkampfes sind wir von Reden manches Mal Anderes gewohnt. Da wundern wir uns und da kann es schon vorkommen, dass wir in der Tagesschau am Abend von der gleichen Person anderes hören, als wir morgens von ihr beim Frühstück in der Zeitung gelesen haben (und das nicht, weil Journalisten schlampig recherchiert hätten). Politiker und Politikerinnen sagen oft dazu, sie müssten die Hörer berücksichtigen. Das ist richtig, das heißt aber nicht, – wie wir Schwaben so sagen – ihnen nach dem Maul zu reden.

Nein sage ich deshalb, weil ich in dieser festlichen Stunde einige Akzente anders setzen will als in der Predigt in der Eucharistiefeier.

3. Mir geht es wie Ihnen hier beim Gemen-treffen, die Informationen, die Begegnungen und Gespräche sind wieder so reich, dass uns alles noch im Kopf etwas schwirrt. Das hat damit zu tun, dass wir so vieles hier erleben und erfahren. Es hat jemand in diesen Tagen mal gefragt, ob es da nicht besser wäre, einfach eine Zeit lang zu schweigen und zu ordnen, was an Gedanken durch den Kopf geht? Ich habe mir das auch überlegt, ob das nicht ein Vorschlag

wäre für eine Festliche Stunde. Aber ich kenne mich zu gut (und ich vermute das auch bei einigen von Ihnen): Das würde ich in einer Festlichen Stunde nicht aushalten. Deshalb denke ich jetzt eben laut und lade Sie ein, mitzugehen auf diesem Denkweg.

4. Wenn Sie dabei bei Ihren eigenen Gedanken hängen bleiben, ist das nicht falsch. Wer weiß schon, ob nicht vielleicht Sie, der eine oder andere von Ihnen, der bessere Redner oder die bessere Rednerin für diesen Vortrag wären.

5. Sollte Sie der Schlaf überraschen: Denken Sie beim Aufwachen an das biblische Wort: „Den Seinen gibt's der Herr im Schlaf“, und wir sollten ja schließlich den Herrn in seinem Tun nicht behindern.

6. Weil ich selber nicht der Fachmann für Kirchen in Osteuropa bin, haben wir das



Thema verändert. Ich werde also zu Ihnen sprechen über das Thema:

Leben in der Kirche – Chancen einer erneuerten Geschwisterlichkeit in Europa

1. Von welcher Kirche reden wir?

Zunächst einmal reden wir von *der katholischen Kirche*, sie ist unsere Konfession, in die wir hineingeboren, hineingetauft sind. Als eine der christlichen Kirchen ist sie über den ganzen Erdball verteilt, ein „Global Player“ wurde sie hier in diesen Tagen schon einmal genannt. Auch wenn wir eine gemeinsame Geschichte dieser katholischen Kirche haben, zeigt sie sich in den verschiedenen Ländern, Kontinenten – aber auch in den verschiedenen europäischen Ländern – jeweils mit einem ganz eigenen Gesicht, in einer ganz eigenen geschichtlich gewordenen Gestalt. Obwohl wir als katholische Kirche eine gemeinsamen Grundauftrag haben, ist sie, diese Kirche, je nach Land jeweils vor ganz eigene Aufgaben gestellt.

Das zweite Vatikanische Konzil hat das Verständnis von Kirche als Volk Gottes aufs Neue hervorgehoben. In Deutschland haben wir in den vergangenen Jahrzehnten

gute Schritte gemacht – erste aber gute Schritte – hin zur Gesamtverantwortung des Gottesvolkes für die Verkündigung des Evangeliums. Es sind beratende Gremien geschaffen worden, die Haushalte von Diözesen und Kirchengemeinden werden beraten und beschlossen in Gremien, in denen – zugegeben in unterschiedlicher Konzentration – Angehörige des ganzen Gottesvolkes vertreten sind. Und wir wissen, dass wir mit dieser Verfassung der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland bei der Weltkirche insgesamt – vor allem auch in Rom – nicht immer auf Wohlwollen stoßen. Manches Mal wird dort vermutet, dass die Laien in der Kirche in Deutschland zu viel zu sagen hätten, aus ihrer dienenden Rolle, aus ihrer hörenden Rolle zu stark herausgetreten sind in eine Rolle der Mitverantwortung und der Mitgestaltung.

Für die katholische Kirche in manchen der Länder, die jetzt zur EU dazu kommen werden, steht hier gerade in dieser Frage der Mitverantwortung der Laien noch eine Aufgabe bevor. Die Eigen- und Mitverantwortung der Laien am Aufbau des Reiches Gottes ist ein Urauftrag vom Evangelium her, neu bestärkt im II. Vatikanischen Konzil, nicht neu erfunden von diesem Konzil. Das ist eine Irrlehre, wenn das manches Mal gesagt wird. Lassen wir uns von den behindernden Kräften auf diesem Weg nicht entmutigen, Evangelium und Konzil zu leben. Kirche hat Bedeutung nicht nur im Gotteshaus und in der angrenzenden Sakristei. Sie reicht weiter in Gesellschaft und in die Welt hinein. Mit qualifizierter Stimme muss sie ihre ureigene Botschaft einbringen. Sie muss dabei lernen, in der Sprache der anderen, in der Sprache der Wissenschaften, in der Sprache der Politik, ja auch in der Sprache der Gegner von Kirche zu reden, in deren Sprache zu reden, damit sie verstanden wird.

Das heißt nicht, dass sie das nachsagen soll, was dort gesprochen wird, sondern es heißt sich einzulassen auf den Dialog. Und Dialog, das haben wir hier in Gemen über Jahrzehnte hinweg erfahren, Dialog kann nur gelingen, wenn ich auf den anderen höre, wenn ich versuche, in ihn mich hineinzu-denken, mich von seinem Denken mitnehmen zu lassen, um dann zusammen mit ihm weiterzugehen.

Auch hier, in dieser Bedeutung der Kirche für Gesellschaft und Welt, sind wir auf unterschiedlichem geschichtlichen Stand. In den westeuropäischen Ländern ist das in einem hohen Maße bereits auch verwirklicht, auch wenn wir feststellen müssen, dass die Stimme der Kirche in Politik und Gesellschaft immer weniger gehört wird. Ich unterstelle nicht bösen Willen den Politikern und den anderen, die Verantwortung tragen in der Gesellschaft, ich vermute eher, dass es uns noch zu wenig gelingt, in den Dialog miteinander einzutreten.

Wenn ich die Deutsche Bischofskonferenz mir anschau, dann entdecke ich darin nur wenige Bischöfe, denen das gelingt, dass sie gesellschaftliche Fragen aufnehmen und im Licht des Evangeliums so beleuchten, dass ein fruchtbarer Dialog und ein gemeinsames Vorwärtkommen entstehen kann. Zu oft noch sind unsere Amtsträger dabei, die Botschaft der Kirche, so wie sie sie auslegen, den anderen sozusagen aufzudrücken, sie damit zu überschütten. Und wenn wir etwas überschütten, dann fließt das weg und das andere bleibt da. Es muss uns gelingen, in den Dialog einzutreten mit den gesellschaftlichen Gruppierungen, um mit ihnen Welt, mit ihnen Gesellschaft zu gestalten.

Für manche Christen in den Ländern, die jetzt zur EU dazu kommen werden, ist das ein neuer Auftrag, den sie als Gläubige, den sie als Kirche erleben und erfahren. Lange genug konnten sie ihr Kirche-Sein wirklich nur im Raum der Kirche verwirklichen. Kirche und Staat waren in einem Maße getrennt, ja sogar gegeneinander eingestellt, dass ein fruchtbarer Dialog nicht entstehen konnte. Das ist eine neue Aufgabe – keine leichte, weil wir damit als Christen auch hineingebunden werden in das, was in der Gesellschaft geschieht.

Was sind herausfordernde Themen für Kirche heute, auch für uns als katholische Kirche? Ich will nur einige Schlagworte benennen, weil es den Rahmen dieses Vortrages sprengen würde, alles auszuführen:

- Es geht auch um die Frage der Globalisierung in unserer Welt und der des Glaubens. Was kann Glaube in einer globalisierten Welt noch bewirken?

- Es geht darum, dass wir die uns aufgetragene Verantwortung für die Gestaltung der Erde, dass wir die Schöpfungsverantwortung wahrnehmen. Auch da stellen sich in den gesellschaftlichen Bereichen Aufgaben, die wir als Christen mit wahrnehmen müssen. Mit unserem Verständnis von der Welt als Schöpfung Gottes, mit unserem Verständnis vom Menschen als Ebenbild und als Geschöpf Gottes können wir die Zukunft der Erde nicht Willkürlichkeiten überlassen, müssen wir nachhaltig denken. Nachhaltig denken, das heißt, auf manches zu verzichten, um diese Erde zu erhalten für kommende Generationen.

- Fast waren wir schon zu spät dran, uns einzuschalten in Diskussionen um die Genforschung, um eine Stammzellenforschung, um das alles, was da zunächst im Geheimen aufgebrochen ist und wo wir jetzt im Gesetzgebungsverfahren versucht haben, zu regeln, was noch zu regeln geht, um Leben – vor allem um menschliches Leben – nicht verfügbar zu machen für alle möglichen Experimente.

- Und darin geht es auch um die Bewahrung des Lebens in allen seinen Stadien.

- Es geht für uns als Christen auch weiterhin um die Heiligung des Sonntags, der bedroht ist, nicht nur dadurch, dass manche Firmen da arbeiten möchten, sondern der auch bedroht ist durch unser eigenes Verhalten. Wenn wir aus dem Sonntag, aus dem Tag des Herrn, nur einen Tag der Freizeit machen, einen Tag, an dem wir nur auf uns

schauen und nicht auf ihn, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn andere das noch viel stärker machen.

- Für uns als Kirche ist eine starke Herausforderung, wie wir mit den Fremden in unserem Land umgehen, wie wir beispielsweise mit Muslimen in unseren Gemeinden und Städten leben, wie wir miteinander versuchen, Gesellschaft und Welt zu gestalten. Ich könnte die Reihe fortsetzen. Diese Themen, die wohl alle Länder betreffen, sind in den Ländern des jetzigen Europas und den Ländern des künftigen Europas unterschiedlich virulent, unterschiedlich in ihrer Vorrangigkeit. Da gilt es Prioritäten zu setzen.

Zunächst habe ich von unserer Aufgabe jetzt als katholische Kirche geredet. Für uns in Deutschland, dem Land der Reformation, ist die *protestantische Kirche* in ihren zahlreichen Bekenntnissen und Lan-



Eröffnung des II. Vatikanischen Konzils am 11. Oktober 1962.

deskirchen ein wichtiger Partner der Ökumene, ein wichtiger Partner für uns als katholische Kirche. Es wird im öffentlichen Raum immer mehr notwendig werden, mit gemeinsamer Stimme aufzutreten, wenn wir unseren christlichen Werten Platz schaffen wollen. Bedauerlicher Weise gibt es schon seit langer Zeit in Deutschland keine gemeinsame Erklärung mehr von Bischofskonferenz und EKD – Evangelische Kirche Deutschlands. Ich bedaure das, weil diese Erklärungen, die im gemeinsamen Ringen von unterschiedlichen Positionen aus gefunden und herausgegeben wurden, gesellschaftlich und in der Politik eine hohe Achtung erfahren haben.

Manches Mal entsteht der Eindruck, dass wir uns in Deutschland in den christlichen Kirchen eher auseinander leben – mindestens auf Ebene der Leitungen – als dass wir weiter zusammenkommen. Und doch ist festzustellen, gerade in unseren Gemeinden, dass vielerorts aus dem Gegeneinander über das Nebeneinander ein gutes Miteinander geworden ist. Ein solches Mitei-

ander steht der katholischen Kirche in den verschiedenen Ländern, die zur EU beitreten, noch bevor.

Es war eine starke Herausforderung für die katholische Kirche in Polen, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus zu sehen, wie kann es weitergehen mit uns als Kirche in einer Gesellschaft, die jetzt mit einem Mal freiheitlich reagieren kann? Wie werden unsere jungen Menschen in dem christlichen Glauben zurecht kommen, wenn er auch immer mehr zu einem Sinnangebot unter anderen wird? Wie kommen wir damit zurecht, dass uns das Evangelium den Auftrag gibt, Welt und Gesellschaft mitzugestalten? Wie kommen wir zurecht mit der neuen Verantwortung, die wir zu gesellschaftlichen Fragen übernehmen müssen? Mancherorts ist auch die Aufmerksamkeit für die christlichen Nachbarn, für die Schwestern und Brüder in den anderen Kir-

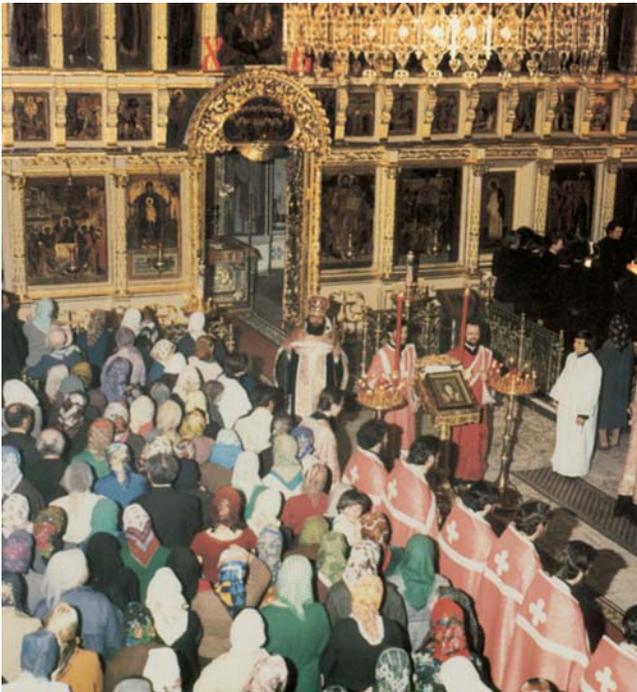
chen und Bekenntnissen noch nicht gewachsen, und das vor allem dort, wo die anderen Christen in der Minderheit sind. Das ist nicht eine Beobachtung, die nur für die östlichen Länder gilt, das ist auch eine Beobachtung, die wir bei uns selber machen können. Auch hier sollten wir uns erinnern an den Auftrag Jesu, dass gerade die am Rande, die in der Minderheit unser Augenmerk verdienen, dass er gerade für sie gekommen ist.

Ich habe geredet von der katholischen Kirche und von der protestantischen Kirche.

Ein Drittes: Eine ganz neue Herausforderung ist das Miteinander mit den *orthodoxen Christen und Kirchen*. Für viele von uns – hier in Deutschland, aber auch in anderen Ländern, die zur EU hinzukommen – geht es bei dieser Aufgabe zunächst einmal um das Kennenlernen, um das Hineinschauen in die Geschichte des Anderen, in sein Kirchenverständnis, in seine religiösen Vollzüge. Zu lange sind wir in der Westkirche (Rom) und in der Ostkirche (Konstantinopel, Moskau) eigene Wege gegangen. Mir steht es nicht zu, die orthodoxe Kirche zu kritisieren. Aber Fragen stellen sich mir im Blick auf eine neue Geschwisterlichkeit der Kirchen im neuen Europa:

1. Die orthodoxen Kirchen leben ganz in der Liturgie. Vielleicht haben Sie schon einmal solche beeindruckenden Gottesdienste, liturgischen Feiern, in einer orthodoxen Kirche erlebt. Ich frage: Wann entdecken diese Kirchen die beiden anderen Grundvollzüge von Kirche: die Martyria und die Diakonia, das heißt: die Verkündigung der Botschaft des Lebens, der Botschaft Gottes, und die tätige Nächstenliebe?

2. Untereinander sind die verschiedenen orthodoxen Kirchen oft in Konkurrenz und



Orthodoxer Gottesdienst in Russland.

unversöhnt zerstritten. Ich erlebe das in dem mir nahen Stuttgart, wo es zwei russisch-orthodoxe Kirchen gibt, die Auslandskirche und das Moskauer Patriarchat. Wir haben vor zwei Jahren, als wir Urlaub gemacht haben in den drei Baltischen Staaten, auch eine solche Erfahrung gemacht in Tallinn. Wir haben gesehen, wie diese große orthodoxe Kirche dasteht, oben bei dem Regierungspalast, die Kirche, die zum Moskauer Patriarchat dazu gehört. Und wir haben dann die kleinere Kirche entdeckt, die zur estnisch-orthodoxen Kirche mit dazu gehört, und wir haben dort einen wunderschönen Gottesdienst erlebt. Zwei Kirchen in unmittelbarer Nähe zueinander, die sich als orthodoxe Kirchen bezeichnen. Es ist so ähnlich wie in unserem Land, wo manches Mal auf einem Marktplatz eine katholische und eine evangelische Kirche stehen. Wann schaffen diese orthodoxen Kirchen selber das Miteinander?

3. Es gibt nach meiner Beobachtung in den orthodoxen Kirchen eine noch viel größere Trennung zwischen Klerus und Gläubigen als in unserer katholischen Kirche oder als in den evangelischen Kirchen in unserem Land. Lernen auch die orthodoxen Kirchen vom Volksgottesgedanken unseres Konzils, der schon in der Bibel grundgelegt ist, der schon vor dem Neuen Testament in dem Bild vom Volk Israel, vom Volk Gottes vorgezeichnet ist?

4. Das Moskauer Patriarchat versteht sich als Territorialkirche für ganz Russland. Andere Kirchen haben dort keinen Platz. Ihnen wird Proselytenmacherei vorgeworfen, das heißt, es wird gesagt, ihr werbt von uns Menschen ab, um sie zu euch zu holen. Eine Frage ist: Wann schaut das Moskauer Patriarchat auf die Geschichte im eigenen Land, darauf, dass es Christen unterschiedlicher Kirchen immer schon gegeben hat, und wann schaut dieses Patriarchat auf die Bedürfnisse der Menschen?

5. Wohl der größte Wunsch unseres Papstes

ist ein Besuch in Moskau als Angebot der Versöhnung, als Ort für ein Schuldbekenntnis, als ermutigender Schritt in eine gemeinsame Zukunft. Wir alle sehen und beobachten, dass unser Papst buchstäblich nicht mehr viele Schritte machen kann. Was hindert den Patriarchen Alexej, diesem Wunsch des Papstes entgegenzukommen?

Verstehen Sie mich richtig, ich möchte mit meinen Fragen keine Vorwürfe erheben, aber ich möchte deutlich machen, dass wir für ein Miteinander der Christen – und in dem unterscheiden wir uns ja nicht von den orthodoxen Christen, wir sind gemeinsam Christen – noch viele Fragen an-

zugehen haben, noch vieles miteinander besprechen müssen.

2. Welche Kirche glauben wir?

Für mich hat Glaube eine wichtige doppelte Dimension: Ich glaube an Gott in Jesus Christus in einer wahrhaft katholischen Kirche. Wenden wir uns in diesem Verständnis dieser katholischen Kirche zu:

Im Glaubensbekenntnis sprechen wir: „Wir glauben an den Vater, an den Sohn, an den Heiligen Geist“. In einer anderen Formulierung geht es dann weiter in dem Satz: da heißt es in der lateinischen Fassung „Et unam, sanctam, catholicam et apostolicam ecclesiam“ – „und die eine, heilige, katholische und apostolische Kirche“. Es ist dies die eine Kirche, die schon da ist, die in den unterschiedlichen derzeitigen Erscheinungsformen mitten unter uns lebt, aber in keiner allein schon ganz verwirklicht ist. Pater Diethard Zils hat in diesen Tagen in seinem Beitrag hier auf dem Podium schon darauf hingewiesen: Die Einheit ist schon

da, von Gott geschenkt, anfanghaft verwirklicht, jeweils mit Teilen in den christlichen Kirchen, und vielleicht wirklich im Ganzen aller christlichen Kirchen, im Ganzen, nach dem wir uns so sehnen. An uns Christen liegt es, diese Einheit zu stärken und der Vollendung näher zu bringen. Wir alle, Bischöfe, Priester, Laien, das ganze Volk Gottes hat diesen Auftrag. Im Konzert des ganzen Orchesters dieser einen katholischen Kirche ist die Stimme der Bischöfe eine wichtige, aber eine. Ohne die anderen Instrumente bringt dieses Orchester keinen guten Klang hervor.

Katholisch heißt in diesem Glaubensbekenntnis ja nicht, das wir von einer Konfession reden unter anderen. Katholisch meint in diesem Glaubensbekenntnis das Ganze der Kirche. Wir unterscheiden uns, wenn wir das Apostolische Glaubensbekenntnis in der evangelischen oder in der katholischen Kirche sprechen, ja genau an dieser Formulierung, um das Missverständnis für die Evangelischen zu vermeiden, dass hier mit katholisch die Konfession gemeint ist.

Ich weiß nicht, ob es Ihnen schon einmal aufgefallen ist, wenn eine Papstmesse in Deutschland ist bei einem seiner Besuche, dann heißt in der offiziellen Fassung des Glaubensbekenntnis dieser letzte Satz nicht „ich glaube an die katholische Kirche“. Der Vatikan übersetzt für den liturgischen Gebrauch dieses Wort „katholisch“ mit dem Wort „universal“. Ich halte das für einen guten Schritt zu sagen, wir müssen dieses Missverständnis vermeiden, als ob wir als katholische Kirche damit gemeint sind. Das Glaubensbekenntnis, wenn es von der Kirche redet, von dem Glauben an die eine, heilige katholische und apostolische Kirche, meint mehr, als wir in der römisch-katholischen Kirche sind und darstellen.

Diese so verstandene katholische Kirche ist eine Kirche – *una* wird das genannt. Das schließt in keiner Weise Verschiedenheit aus. Es heißt eben ausdrücklich nicht, diese Kirche ist eine einförmige (*uniforma* oder *uniformata*). Das ist dort nicht gesagt. Es heißt *eine* Kirche, und dieses Wort *eine* Kir-



Ökumenischer Gottesdienst mit dem Papst in Augsburg 1987, von rechts: Bischof Stimpfle, der orthodoxe Metropolit Augoustinos, Bischof Kruse, Bischof Hanselmann, Kardinal Höffner und Hans-Beat Motel (Herrnhuter Brüdergemeinde).

che lässt auch zu, dass sie in verschiedenen Formen, in den verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten mit einer je eigenen Geschichte auch lebt. Das ist auch die große Bitte Jesu im Beten zu seinem Vater: „... dass sie eins seien.“

Und diese eine Kirche – das ist das andere Wort – ist eine heilige Kirche, eine *sancta ecclesia*. Sie ist nicht von Menschenhand gemacht, auch wenn wir manches an ihr mit unseren Händen und mit unserem Tun im Laufe der Geschichte verbogen haben. Diese Kirche, die eine katholische Kirche, kommt von Gott in diese Erdenzeit, so wie wir im Lied singen.

Und schließlich ist diese eine, heilige, katholische Kirche auch apostolische Kirche. Gegründet auf dem Fundament der Apostel ist sie geworden, so wie sie ist, in menschlichen Formen. Wir sollten uns bewusst werden, dass diese katholische Kirche, diese universale Kirche, nicht aus sich selber lebt. Sie beruft sich auf die ersten der Berufenen, auf die Apostel. Und sie beruft weiter in Ämter und Aufgaben, um die apostolische Tradition fortzusetzen.

Sind das verschiedene Kirchen, die, die wir wahrnehmen und die, die wir im Glaubensbekenntnis aussprechen, die wir als unsere geglaubte Kirche auch bekennen? Es sind nicht verschiedene Kirchen, aber wir müssen uns deutlich machen, dass wir auch mit unserer Kirche noch nicht am Ziel angekommen sind, dass die Aufgabe der Einheit uns weiterhin aufgetragen ist als ein große Aufgabe. Gerade im Blick auf die Erweiterung der Europäischen Union würden sich hier Chancen bieten, miteinander diesen Weg zu gehen, diesen Weg zu einem geeinten Europa.

Noch ist es so, dass in Brüssel annähernd jede Konfession ihre eigene Vertretung aufgemacht hat. Wäre es nicht möglich gewesen – so wie z. B. in Berlin, als es um Botschaften ging, die skandinavischen Länder gesagt haben, wir gehen zumindest schon mal in ein Haus hinein, wir gehören doch auch zusammen – wäre das nicht möglich gewesen, zu sagen: die verschiedenen christlichen Kirchen, die an diesem neuen Politikort Vertretungen brauchen, sie machen das unter einem Dach. Noch ist es nicht zu spät dazu.

3. Wie kommen wir zu einer erneuerten Geschwisterlichkeit in Europa?

Ich möchte mit einer ersten Antwort nicht überheblich sein, aber ich will auch nicht das Licht unter den Scheffel stellen. Gemen mit unserer Gementagung ist ein Stück dieser neuen Geschwisterlichkeit in Europa. Was wir hier leben, was wir uns gegenseitig geben, das könnte für andere Modell sein. Wir hören aufeinander, wir sehen einander an, wir hören gemeinsam die Zeugnisse der Geschichte, die Nöte und Sorgen der Menschen und Völker.

Wir reden hier nicht übereinander, sondern miteinander. Das ist ein Kennzeichen von Geschwisterlichkeit. Und nur so können wir Altes auch bewältigen und dann lassen und Neues tun. Wir verurteilen nicht, wir versuchen, Situationen gemeinsam zu beurteilen, Ziele zu finden, Wege zu erproben.

Grußwort in der Festlichen Stunde

Konsul Janusz Styczek vom Generalkonsulat der Republik Polen in Köln

Sehr geehrte Damen und Herren!
Zunächst möchte ich den Organisatoren des 56. Gementreffens der Danziger Katholiken danken und gratulieren. Die vom Adalbertus-Werk organisierten Treffen sind in den letzten Jahren nicht nur zur Brücke zwischen den alten und neuen Danzigern sondern zu einer wichtigen Institution in den deutsch-polnischen Beziehungen geworden. Die Aktivitäten des Adalbertus-Werkes zeigen, dass die Liebe zur verlorenen Heimat nicht das Ignorieren der bestehenden Wirklichkeit bedeuten muss. Die grenzübergreifende Bildungs- und Kulturarbeit mit den ostmitteleuropäischen Nachbarländern, auch besonders mit Polen, ist nicht nur Pflege der Heimat, sondern auch die Förderung des Integrationsgedankens Europas.

Władysław Bartoszewski hat im Jahre 2001 in seinem Vortrag an der Universität Marburg gesagt: „*Polen und Deutsche können und sollten Exporteure der Versöhnung und der Verständigung werden*“. Um das sagen zu können, mussten Polen und Deutsche viele Schwierigkeiten überwinden, viele Anstrengungen unternehmen und Mut haben.

Das Adalbertus-Werk ist im Jahre 1960 gegründet worden. Damals waren Polen und Deutsche noch voller Leid. Die Wunden, die der Zweite Weltkrieg hinterlassen hat, waren noch offen. Erst die Gesten der Kirchen haben die Hoffnung gebracht, dass die Versöhnung im christlichen Geiste möglich ist. Dann kam die Entspannungspolitik der 70er Jahre und erste bedeutende zwischenmenschliche Kontakte, als dann eine große humanitäre Hilfe aus Deutschland für Polen als Zeichen der Solidarität mit *Solidarność* in den 80er Jahren.

Und endlich der Durchbruch in Europa, die deutsche Vereinigung und die Demokratiesierung in Polen, die eine neue Etappe in den Beziehungen geöffnet haben. Alle Aktivitäten, die sich in den 90er Jahren und früher auf der gesellschaftlichen Ebene entwickelt haben – Städte- und Schulpartnerschaften, vielfältige deutsch-polnische Begegnungen – sind heute der Mikrokosmos der deutsch-polnischen Beziehungen. Ein wichtiges Element von diesem Mikrokosmos ist die Aktivität des Adalbertus-Werkes.

Es freut mich, dass sich das diesjährige Gementreffen auf die EU-Osterweiterung konzentriert. Die Polen warten auf die baldige Mitgliedschaft in der

EU mit großen Hoffnungen aber auch Ängsten. Diese Ängste abzubauen, das Land Polen den Deutschen näher zu bringen, ist die allerwichtigste Aufgabe für die polnische Außenpolitik, aber auch der Polenfreunde. Die Mitgliedschaft Polens in der EU wird zur Folge haben, dass Polen und Deutsche in derselben supranationalen Struktur sein werden. Das eröffnet für beide Völker ganz neue Perspektiven. Ich bin davon überzeugt dass wir diese einzigartige Gelegenheit nutzen werden.

Es freut mich, dass an dem diesjährigen Treffen die Teilnehmer sowohl aus den



Kandidaten-Staaten, als auch aus den zukünftigen Anrainer-Staaten stammen. Alle europäische Staaten sollen in eine Diskussion über die EU-Erweiterung einbezogen werden.

Die Osterweiterung wird die Situation aller Länder in Europa beeinflussen und löst auch in den Anrainer-Staaten sowohl Hoffnungen als auch Ängste aus. Das Ziel der polnischen Außenpolitik ist Unterstützung der europäischen Ambitionen der Osteuropäischen Länder, die noch nicht reif für die EU-Mitgliedschaft sind. Europa, das sind nicht nur die Strukturen sondern vor allem Werte, die uns Europäer verbinden.

Ich möchte mich ganz herzlich bei allen Teilnehmern für die aktive Mitarbeit und besonders bei den Organisatoren bedanken. Diese Worte richte ich an Herrn Gerhard Nitschke: Ich wünsche Ihnen, dass Sie Ihr Werk so erfolgreich fortsetzen werden und die nächsten Treffen ebenso gelingen werden wie das diesjährige.

Auch das ist eine Form von Geschwisterlichkeit. Und wir handeln. Wir bleiben nicht stehen beim Reden. Wir laden uns gegenseitig ein. Wir besuchen uns. Wir helfen bauen. Wir gehen gemeinsam nach Europa.

Die europäische Gemeinschaft beruft sich in ihrer Charta auf die christlichen Werte. Unsere immerwährende Aufgabe ist es, diese Werte einzubringen. Das Reden und Schreiben – so wie es jetzt gerade geschieht – ist das eine, selber unsere christlichen Werte zu leben, ist das andere, vielleicht sogar das wichtigere. Jesus sagt einmal: „*An ihren Taten sollt ihr sie erkennen*“.

Noch einmal möchte ich hinweisen auf Papst Johannes Paul II. Er ist unterwegs als Bote der Versöhnung. Gewiss, vieles, was er sagt, geht uns nicht weit genug, vor allem in innerkirchlichen Fragen wünschen wir uns oft ein mutigeres Vorwärtsgen, und nicht die Vollfahrt im Rückwärtsgang. Aber das darf uns nicht blind und taub machen für das, was er in die Gesellschaft und die Welt hineinschreibt und hineinsagt.

Ich erinnere uns noch einmal an das beeindruckende Referat von Johannes Goedeke bei der 4. Deutsch-polnischen Studententagung 1997, das er in Danzig-Oliva gehalten hat. Er beschreibt darin diese Bemühungen und die Gedanken des Papstes für eine Kirche und für die Aufgabe der Kirche auf Welt hin an der Schwelle zum 3. Jahrtausend.

Drei Grundaufgaben haben wir als Kirche: Liturgie – Zeugnis – Diakonie. Darin werden wir uns bewähren, oder wir werden in Zukunft nicht mehr sein. Wir feiern Gott, wir feiern, dass er in Jesus Christus uns nahe gekommen ist. Wir feiern die Erinnerung der Erlösungstat Jesu Christi. Und wir legen Zeugnis ab von diesem Gott in unserem alltäglichen Handeln, in unserem Reden und in unserem Tun. Und wir nehmen, was wir an Kraft geschenkt bekommen, aus dieser Liturgie und aus diesem Zeugnis, wir nehmen das für unser caritatives, für unser diakonisches Handeln. Diese drei Funktionen von Kirche müssen in einem Gleichmaß sein, nur so sind wir Kirche im Ganzen. Darin werden wir uns bewähren müssen.

Und wir bewähren uns, wenn wir uns verwurzeln in Gott, dann kann uns nichts erschüttern. Der große Theologe Karl Rahner sagt einmal: „*Der Christ der Zukunft wird ein Mystiker sein, oder er wird nicht sein.*“ Keine Angst, wir müssen nicht Mystiker sein, so wie Dorothea von Montau, das war in jener Zeit die richtige Form. Aber es wird damit gesagt, dass wir uns gründen auf unseren Glauben und dass wir uns verwurzeln in Gott.

Lassen sie mich schließen mit einem Satz aus der Gemener Botschaft von 1947: „*Gerade unser Glaube an die Gerechtigkeit Gottes lässt uns hoffen, dass der Tag nicht mehr fern sei, an dem Polen und Deutsche als gläubige Christen in Frieden und Freundschaft am Ostseestrand zusammenkommen.*“

Diese Tage, liebe Schwestern und Brüder, sind angebrochen und sind da.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Gerhard Nitschke – der Vorsitzende des Adalbertus-Werkes – vollendet sein 70. Lebensjahr

Es ist nicht leicht, jemanden zu würdigen, über dessen Leben und Wirken bereits von vielen kompetenten Menschen und bei vielen Anlässen lobende Worte gesprochen oder geschrieben wurden. Beispielsweise als ihm das Bundesverdienstkreuz verliehen, er mit dem Kavalierekreuz der Republik Polen und der St.-Adalbert-Medaille der Stadt Danzig ausgezeichnet oder als er zum Ehrenvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Montessori-Vereine ernannt wurde. Auch zu seinem fünfzigsten und sechzigsten Geburtstag sind Reden gehalten und Artikel geschrieben worden und im Grunde gibt es wirklich fast nichts, was über ihn nicht schon einmal gesagt oder geschrieben worden wäre. Trotzdem soll der siebzigste Geburtstag Anlass sein, Gerhard Nitschkes Leben und seine ehrenamtliche Tätigkeit noch einmal zu würdigen und aus der Sicht des Sohnes dem Gesagten und Geschriebenen sogar doch noch etwas hinzu zu fügen.

Die nüchternen Daten seines Lebens lassen sich kurz zusammenfassen: Am 13. 3. 1933 geboren in Danzig, aufgewachsen in Zoppot in einem kirchlich engagierten Elternhaus. Die ersten Schuljahre von 1939 bis 1945 erlebte er ebenfalls in Zoppot, bis dann im Alter von zwölf Jahren das wohl entscheidendste Ereignis seines Lebens stattfand: Die Vertreibung aus der Heimat. Im Dezember 1945 kam die Familie in den Westen, Gerhard und sein Bruder gingen zur Schule, doch als sich die Lebensumstände gerade wieder etwas zum Positiven gewendet hatten, kam der nächste Schicksalsschlag: 1951 starb sein Vater bei einem Verkehrsunfall – ein Ereignis, welches ihn geprägt hat – nicht zuletzt im Umgang mit seinen Kindern, denen er auch über die Schulzeit hinaus immer der Vater sein wollte, den er selber entbehren musste. Nach dem Abitur in Dortmund folgte das Studium der Architektur, Kunst- und Musikgeschichte in Hannover, 1959 das Diplom zum Architekten und schließlich in Düsseldorf die Gründung einer eigenen Familie und die berufliche Karriere als freier Architekt, ab 1964. Manchmal frage ich mich heute, wie er es geschafft hat, alle ehrenamtlichen Tätigkeiten im Adalbertus-Werk, der Dachorganisation der katholischen Vertriebenenarbeit AKVO, im Katholischen Flüchtlingsrat Deutschlands, im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, im Bund Neudeutschland (ND) oder in der Montessoriarbeit, die zahlreichen Tagungen und Treffen, bei denen er als Referent tätig war, den Singkreis oder unser „Ensemble für alte Musik“, die Familie, und den Beruf unter einen Hut zu bringen – aber es ist nachweislich gelungen, wovon zwei Kirchen in Düsseldorf und Mettmann und zahlreiche Wohn- und Institutsbauten zeugen.

1949 hatte Gerhard wohl ein weiteres für sein Leben sehr entscheidendes Erlebnis: Er war beim dritten Gementreffen dabei und – was man heute kaum glauben mag: Prälat

Wothe schrieb aus seiner Erinnerung an die erste Begegnung: „*Gerhard erschien mir damals eher schüchtern, als selbstbewusst*“. Das änderte sich aber schnell. 1952 wurde er stellvertretender Jungführer der Gemeinschaft der Danziger katholischen Jugend, 1960 war er Mitbegründer des Adalbertus-Werkes und durchaus selbstbewusst. Ein weiteres Zitat, diesmal von Prälat Johannes Goedeke: „*Anfang der sechziger Jahre war ich zum ersten Mal in Gemen. Damals war Edmund Neudeck erster Vorsitzender des Adalbertus-Werkes, aber ich hatte den Eindruck, dass Gerhard schon damals in allem kräftig mitmischte.*“

Seit 1966 mischt er nicht nur hinter den Kulissen mit – erst als Schrift- und Geschäftsführer, dann seit 1977 als stellvertretender Vorsitzender des Adalbertus-Werkes, seit 1986 als dessen Vorsitzender. 1994 begrün-



dete er die Deutsch-polnischen Studententagungen in Danzig. Mit dem *adalbertusforum* rief er eine *Zeitschrift für ostmitteleuropäische Begegnung* ins Leben. Beides Schritte, gegen die es Bedenken gab. Manche Mitstreiter hielten seine Ideen für schöne Pläne, aber nicht für realistisch. Der Erfolg beider Projekte hat ihm jedoch recht gegeben. Wie so oft hat er zwar Gegenargumente angehört, aber dann doch seinen Kopf durchgesetzt.

„*Wenn er Seemann geworden wäre, könnte man ihn sich gar nicht anders vorstellen, denn als Kapitän auf der Kommandobrücke*“ schieb Prälat Wothe in der Laudatio zu Gerhard Nitschkes sechzigstem Geburtstag – ein Vergleich, den man kaum treffender wählen könnte. Wenn er etwas anfängt, dann macht er es konsequent. Kein ehrenamtliches Engagement ohne deutlichen Einfluss ist mir in Erinnerung, ob Schulpflegschaft, Montessori-Verein, Institut für Deutsche Musik im Osten, ND oder Vertriebenenarbeit. Vater mischt mit, er ist unbequem für alle, die nicht mitziehen, aber er kann die Sache, um die man streitet und die Personen, mit denen er streitet, trennen.

Franz Olbert, seit Jahrzehnten ein enger Weggefährte in der Vertriebenenarbeit und Geschäftsführer der AKVO sagt über ihn: „*Ob*

gelegen oder ungelegen, er hat stets auch vor der kirchlichen Obrigkeit gesagt, was zu sagen war. Sein unerschütterlicher Glaube und seine Treue zur Kirche haben seine Kritik an so manchen Verhältnissen in seiner Kirche nur überzeugender und glaubwürdiger gemacht. Das Adalbertus-Werk hat sehr früh ebenso notwendige wie richtige Akzente der Versöhnungsarbeit gesetzt – Gerhard Nitschke ist diesen Weg weiter gegangen. Er hat vieles vertieft, junge Mitarbeiter gewonnen und in der Bundesrepublik wie in Polen Dank und Anerkennung für diese Arbeit gefunden. Die erfahrenen Auszeichnungen sind dafür der sichtbare Dank – ihm war stets daran gelegen, dass die katholischen Vertriebenenverbände Avantgarde der Versöhnungs- und Verständigungsarbeit und damit des Friedens in Europa sind. Er gehört zu den Bürgern unseres Landes, die fähig sind, über den eigenen Tellerrand hinauszublicken, durch Gespräche und Begegnungen auch mit Andersdenkenden neue Erkenntnisse zu gewinnen und diese in die Tat umzusetzen. So hat vieles aus seiner konkreten Arbeit im Adalbertus-Werk seinen Niederschlag gefunden und Rückwirkungen auf dem weiten Feld der Vertriebenenarbeit gezeigt.“

Und genau das ist es wohl, was Gerhard Nitschke wichtig ist. Er will seine Botschaft, der „Aussöhnung mit Polen“, der „Aussöhnung aller Vertriebenen mit ihren Vertriebenen“ voran bringen und vielleicht kann er das deshalb besser als andere, weil er bereits 1958 die Heimat wieder besuchen konnte und feststellte, dass die Polen, die heute in der Wohnung der Familie Nitschke in Zoppot leben, ein ähnliches Schicksal erleiden mussten, auch aus ihrer Heimat verjagt worden waren – ihm aber die Hand zur Versöhnung anboten. Das seit Jahren gut 50 polnische Staatsbürger in jedem Jahr in Gemen sind, ist ein Zeichen der Versöhnung, welches die, die das deutsch-polnische Leid erfahren mussten, vielleicht nicht alle sehen können, das aber für die nachfolgenden Generationen von unschätzbarem Wert ist. Ein weiteres vielleicht noch deutlicheres und bleibendes Zeichen für Versöhnung und Frieden ist die Kirche St. Dorothea von Montau in Danzig-Nenkau (Gdańsk-Jasień) für deren Bau und deren Finanzierung sich Gerhard Nitschke seit 1980 einsetzt und zusammen mit engagierten Mitsreitern 1994 den Kirchbauverein gründete.

Kritik am Jubilar? Nun – auch da gäbe es einiges zu nennen. Es war nicht immer leicht, mit ihm etwas Neues auf den Weg zu bringen, wenn man dafür mit einer Tradition brechen musste, denn Traditionen haben für ihn einen eigenen Wert! Dass es in Gemen nicht mehr an jedem Morgen eine Hl. Messe gibt, war schwer durchzusetzen. Neuen Formen der inhaltlichen Arbeit stand er oft kritisch, aber zumindest offen gegenüber – auch wenn er sie im Falle des Erfolges im Nachhinein stets lobt und weiterführt – bei Misserfolg aber auch deutlich verurteilt. Mit ihm zu arbeiten fällt manchen Menschen schwer. Gegen ihn zu arbeiten, ist bislang aber selten jemandem erfolgreich gelungen. Gleichwohl haben viele Menschen sein Herz erobert – nicht nur Verwandte oder alte Freunde, sondern insbesondere seine Enkeltochter Angela. Auf eines soll der Scheinwerfer aber gerichtet werden: Ohne unsere Mutter Regi-

na wäre alles nicht möglich gewesen. Er ist der Motor, sie der Tank, der manchmal auch arg auf Reserve steht.

Dem „Laienapostel“ – wie Prof. Franz Manthey, auch früher geistlicher Beirat des Adalbertus-Werkes, meinen Vater humorvoll nannte – Gottes Segen und alles Gute zum 70sten.

Wolfgang Nitschke

GLÜCKWÜNSCHE

■ **Gerhard Pieschl, Weihbischof** der Diözese Limburg und zugleich Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für die katholische Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge, beging am **23. Oktober 2002** den Tag seines **silbernen Bischofsjubiläums**, das am 26. Oktober mit einem feierlichen Pontifikalamt im Limburger Dom und einem anschließenden Empfang im Kolpinghaus gefeiert wurde. Am 23. Januar 1934 in Mährisch-Trübau im Sudetenland geboren, 1945 aus der Heimat vertrieben, wurde er in Königstein zum Priester ausgebildet. Am 23. Oktober 1977 weihte ihn Bischof Dr. Wilhelm Kempf im Dom zu Frankfurt zum Bischof. Von 1979 bis 2000 war er Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für die Polizeiseelsorge. 1983 – also vor 20 Jahren – übernahm er nach dem Tod von Bischof Heinrich Maria Jansen auch das Amt des „Vertriebenenbischofs“. Seine Heimatdiözese Olmütz (Olmouc/CZ) betrief ihn am 5. Oktober 2000 als Ehrenomkapitular in das Metropolitankapitel.

■ **Prälat Winfried König, Apostolischer Visitator** für die in Deutschland lebenden schlesischen Katholiken und zugleich Leiter der Kirchlichen Arbeitsstelle (Nord) für Heimatvertriebene der Deutschen Bischofskonferenz in Münster, feierte am **4. Dezember 2002** seinen **70. Geburtstag**. Während eines vorübergehenden Aufenthaltes der Eltern 1932 in Haltern/Westf. geboren, wuchs er jedoch schon seit 1933 in Schlesien auf, kam aber nach der Vertreibung erneut nach Westfalen, wo er – nach Studien in Münster und Innsbruck – 1960 im Dom zu Münster die Priesterweihe empfing. Nach vielfältigem priesterlichen Dienst im Münsterland wurde er 1980 Propst und Wallfahrtspfarrer in Telgte, zwei Jahre später jedoch schon – als Nachfolger von Prälat Hubert Thienel – vom Papst zum zweiten Visitator der Schlesier ernannt. In diesem Amt hat er in über 20 Jahren ein weites Arbeitsfeld bewältigt, nicht zuletzt aber auch Brücken der Verständigung und Versöhnung zu den polnischen Bewohnern und der Kirche in seiner alten Heimat Schlesien gebaut.

■ Am **22. Dezember 2002** wurde auch **Pfarrer Johannes Tasler**, der Leiter der Kirchlichen Arbeitsstelle (Süd) für Heimatvertriebene, **70 Jahre** alt. Im Riesengebirge in Niederkleinaupa (heute Malaupa) geboren und aufgewachsen, kam er durch die Vertreibung nach Bayern, studierte in Königstein, München und Passau und wurde dort 1959 zum Priester geweiht. Nach Dienst als Kaplan und Pfarrer in seiner Diözese wurde er 1972 Militärfarrer, 1979 dann Studentenpfarrer an der Technischen Universität in München, daneben 1981 Leiter der Kirchlichen Arbeitsstelle (Süd) und 1986 Krankenhausesor-

ger in München-Bogenhausen. Er ist Vorstandsmitglied der Ackermann-Gemeinde und – wie Prälat König auch – von Amts wegen Mitglied des Katholischen Flüchtlingsrates und der Delegiertenversammlung der AKVO. Auch sein besonderes Anliegen ist die Versöhnung, vor allem zum tschechischen Volk.

■ Noch einen weiteren **70. Geburtstag** gilt es zu vermelden: **Georg Drost**, Schatzmeister des Kirchbauvereins St. Dorothea von Montau, feiert ihn am **10. März 2003** in München. Aus Breslau stammend, 1945 ebenfalls aus der Heimat vertrieben, ist er schon fast ein richtiger Bayer geworden. Zum Engagement für die Verständigung mit Polen fand er im Bund Neudeutschland. Als Dipl.-Kaufmann und Manager versteht er viel vom Geld und widmet sich mit großem Eifer der Mithilfe bei der Finanzierung des Baus der Dorotheenkirche in Danzig-Nenkau, auch wenn er nicht aus Danzig stammt. Außerdem fördert er ebenso in vielfältiger Weise Einrichtungen in seiner Heimatstadt Breslau, insbesondere im Bereich der Universität und der Denkmalpflege.

Allen vier Jubilaren sei von Herzen Gottes Segen für noch viele Jahre erfolgreichen Wirkens gewünscht.

G. N.

ZUM GEDENKEN

■ Am Allerseelentag, **2. November 2002**, starb in Zwiesel der Augustinerpater **Dr. Paulus Sladeck**. Geboren am 28. 1. 1908 in Trebnitz in Böhmen, wurde er 1931 zum Priester geweiht und bereits 1934 Dozent für Dogmatik in Prag. Nach der Vertreibung war er Mitbegründer der Ackermann-Gemeinde und deren Geistlicher Beirat bis 1981. Schon 1945 beginnend hat er wie kein zweiter Impulse gegeben für das Bemühen um Versöhnung der Vertriebenen mit ihren Vertreibern, um den Teufelskreis von Hass, Rache und Gewalt zu durchbrechen. Auch unsere Haltung und beginnende Arbeit als junge Danziger Katholiken hat er auf den ersten Tagungen der katholischen Vertriebenen-Jugend in Altenberg nachhaltig mitgeprägt.

■ In Hannover starb am **1. Januar 2003** Oberkirchenrat i. R. **DD. Gottfried Klapper**, von 1983 bis 1994 Vorsitzender des „Ostkirchenausschusses der EKD“, als Vorgänger von Dr. Gottfried Sprondel, dessen Tod im letzten **adalbertusforum** gedacht wurde. 1917 in Schlesien geboren, studierte er nach Kriegsdienst und Gefangenschaft in Göttingen und Columbia/USA, war nach der Ordinierung 1951 Pfarrer im Emsland sowie seit 1954 in London und wurde 1962 zum Oberkirchenrat im Lutherischen Kirchenamt berufen. Sein besonderes Anliegen war die Ökumene, was während unserer langjährigen engen und herzlichen Zusammenarbeit im gemeinsamen Ausschuss der katholischen und evangelischen Vertriebenenarbeit immer wieder zu spüren war.

■ Wenige Tage vor seinem 65. Ordinationsjubiläum (17. Januar) starb am **11. Januar 2003** in Lübeck **Pastor i. R. Martin Heseckel**. Geboren 1912 in Posen, wuchs er in Bromberg auf, studierte in Posen und Königsberg und wurde 1940 Pfarrer in Danzig an St.

Salvator in Petershagen. Nach dem Krieg wurde er Pastor in Lübeck, zuletzt bis zum Ruhestand 1978 an der Kreuzkirche. Seine besondere Sorge galt der „Gemeinschaft Evangelischer aus Danzig-Westpreußen“. In der Nachfolge von Oberkonsistorialrat D. Gerhard Gülzow war er von 1980 bis 1998 deren Vorsitzender und gab den „Danzig-Westpreußischen Kirchenbrief“ heraus. Seine Zweisprachigkeit gab ihm die besondere Chance als Brückenbauer zwischen Deutschen und Polen, auch zeichnete ihn eine brüderliche ökumenische Gesinnung aus. Wir Danziger Katholiken – insbesondere Prälat Dr. Wothe – hatten zu ihm stets einen herzlichen Kontakt, er schätzte sehr die Arbeit des Adalbertus-Werkes.

■ Kurz vor Vollendung des 80. Lebensjahres starb am **23. Januar 2003 Editha Schilke**, eines der treuesten Mitglieder des Adalbertus-Werkes seit dessen Gründung. In Danzig-Langfuhr am 23. März 1923 als Älteste von fünf Geschwistern geboren, verbrachte sie Kindheit und Jugend in Danzig-Oliva und wurde Lehrerin. Nach der Vertreibung im August 1945 lebte sie die längste Zeit ihres Lebens seit den 50er Jahren in Wattenscheid, dort als Lehrerin wirkend bis zur Pensionierung. Lange Jahre hindurch war sie regelmäßige Gemen-Teilnehmerin, bis in die letzte Zeit kam sie noch stets zu den religiösen Frühjahrstagungen nach Essen-Werden.

■ Kurz nach seinem 90. Geburtstag, den er am 17. Januar feierte, starb am **31. Januar 2003** der Prämonstratenserpater **Werenfried van Straaten**, in die Nachkriegsgeschichte eingegangen unter dem Namen „Speckpater“. Über sein Leben und Wirken war in den letzten Wochen in vielen Zeitungen zu lesen. Hier sei daher nur nochmals hervorgehoben, dass er seit 1947 mit seinem Hilfswerk „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe“ große materielle und spirituelle Hilfe nach Mittel- und Osteuropa hineintrug, dabei sich auch sofort besonders den deutschen Vertriebenen zuwandte, ohne – als Belgier – „Schuld“ aufzurechnen. Sein Leben war ständiger Dienst an der Versöhnung.

Alle Verstorbenen seien der Güte Gottes empfohlen, sie mögen ruhen in seinem Frieden.

G.N.

IMPRESSUM

Herausgeber:

adalbertus-werk e.v. und adalbertus-jugend
Martinstraße 47–55, 40223 Düsseldorf.

Redaktion:

Gerhard Nitschke (verantw.), V. Nitschke-Wobbe
Am Gentenberg 1, 40489 Düsseldorf
Tel. (02 11) 40 04 40, Fax (02 11) 40 78 74
E-Mail: g.nitschke@adalbertuswerk.de
Internet: www.adalbertuswerk.de

Gestaltung und Herstellung:

Willi Wilczek MediaService
An der Vehlingshecke 35, 40221 Düsseldorf
Tel. (02 11) 15 30 31, Fax (02 11) 15 30 77
E-Mail: w.wilczek@t-online.de

Fotos: Archiv, H. Derow, EU, MEV, G. Nitschke, W. Wilczek, Unicef

Die Zeitschrift erscheint viermal im Jahr.
Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Für Nichtmitglieder wird eine Spende in Höhe von 12,- Euro je Jahr erbeten.

Konto: Postbank Essen (BLZ 360 100 43)
Konto-Nr. 1519 66-435

VERANSTALTUNGEN

Bildungstreffen 2003

27. April **Gütersloh**
22. Juni **Frankfurt/Main**
6. Juli **Elmshorn**
24. August **Berlin**
23. November **München**

Religiöse Frühjahrstagung

von Adalbertus-Werk und Adalbertus-Jugend im Kardinal-Hengsbach-Haus, Essen-Werden, Dahler Höhe 29

22./23. März 2003, Sa. 15 Uhr bis So. 13 Uhr
DIALOG MIT DEM ISLAM

Anmeldungen bis 15. 3. 2003 an:
Herrn Johannes Schilke, Schimmelsfeld 29,
45139 Essen, Telefon (02 01) 28 33 60

Deutsch-polnisch-litauische Jugendbegegnung in Danzig

10. bis 18. April 2003
SPURENSUCHE IN EINER
EUROPÄISCHEN STADT

Mit ca. 25 Jugendlichen zwischen 16 und 26 Jahren aus drei Nationen sollen Spuren verfolgt werden, die von der wechselvollen Geschichte der Stadt Danzig erzählen: die historische Innenstadt, die ehemalige Zisterzienserabtei und heutige Kathedrale in Oliva, die Westerplatte als Ausgangspunkt des 2. Weltkrieges, das Solidarność-Denkmal als Symbol für die Überwindung des Sozialismus. Gleichzeitig wollen wir dem heutigen Leben in dieser Stadt auf die Spur kommen: mit Besuchen in der Stadtverwaltung und einer Radioredaktion sowie bei Treffen mit Schülern und Jugendlichen einer Pfarrgemeinde.

Unterkunft: Maximilian-Kolbe-Haus im Zentrum von Danzig, Teilnehmerbeitrag: max. 120 Euro (Fahrtkosten, Unterkunft, Halbpension und Programm)

Anmeldungen bis 15. 3. 2003 an: Adalbert Ordowski, Kärntner Str. 63, 48145 Münster, Tel. (02 51) 8 71 58 80 oder per E-Mail an: kontakt@adalbertuswerk.de

10. Deutsch-polnische Studenttagung in Danzig

10. bis 17. Mai 2003
DANZIG – POLEN – EUROPA
Die Bedeutung der „FREIHEIT“
im Spannungsfeld von Geschichte und Gegenwart

Danzig war Jahrhunderte hindurch eine „FREIE STADT“, mit unterschiedlicher Gestaltung seiner Bindungen an Polen und Deutschland. Die Unterdrückung der Freiheit in den Zeiten der nazistischen und kommunistischen Herrschaft konnte den „Genus loci“ nicht daran hindern, in der Solidarność-Bewegung erneut aufzubrechen und letztlich zur Befreiung Ostmitteleuropas zu

57. GEMENTREFFEN
VOM 30. JULI BIS 4. AUG. 2003

führen. Auf der „Jubiläumstagung“ soll versucht werden, aus den geschichtlichen Erfahrungen Impulse für die zukünftige Gestaltung Europas zu gewinnen. Sie wird zudem durch besondere Begegnungen und kulturelle Veranstaltungen gekennzeichnet sein. Unterkunft: Maximilian-Kolbe-Haus im Zentrum von Danzig; Tagungsbeitrag: DZ 300 Euro, EZ 370 Euro (Unterkunft, Verpflegung, Programm); Anreise: individuell; Teilnehmerzahl aus Deutschland max. 30. Anmeldung möglichst bald an die Geschäftsstelle oder unter Telefon (02 11) 40 04 40, Fax (02 11) 40 78 74, E-Mail: g.nitschke@adalbertuswerk.de. Das ausführliche Programm wird dann zugesandt.

57. Gementreffen

30. Juli bis 4. August 2003
EUROPAS WANDEL
IM OST-WEST-SPANNUNGSFELD
Das Programm wird dem nächsten *adalbertusforum* beigelegt

Termine in Kreisau

Internationale Jugendbegegnungsstätte und Europäische Akademie
Kontakt und Programm:
Intern. Jugendbegegnungsstätte Kreisau
Krzyszowa 7, **PL-58-112 Grodziszczce**
Tel. +48-74-8500 300, Fax +48-74-8500 305
E-Mail: mdsms@krzyzowa.org.pl
www.krzyzowa.org.pl

Termine in der Academia Baltica

Kontakt und Programm:
Academia Baltica, Mengstr. 1, **23552 Lübeck**,
Tel. (04 51) 3 96 94-0, Fax (04 51) 3 96 94-25,
E-Mail: office@academiabaltica.de
www.academiabaltica.de

Änderungen bleiben vorbehalten.

PERSONALIEN

■ Zu Anfang des Jahres überraschte die Nachricht, dass **Dr. Andrzej Byrt**, der bereits von 1995 bis Anfang 2001 – zunächst noch in Köln residierend, dann ab 1999 in Berlin – die Republik Polen als Botschafter vertrat, nun erneut diesen Posten übernommen hat, da sein Nachfolger Dr. Andrzej Kranz nach nur relativ kurzer Zeit nach Warschau zurückberufen wurde. Dr. Byrt war in der Zwischenzeit Berater des Präsidenten und stellvertretender Außenminister in Warschau. Es zeigt den hohen Stellenwert, den die Republik Polen den Beziehungen zu Deutschland zumisst, dass Dr. Byrt nun wieder nach Berlin zurückgekehrt ist. Wir freuen uns sehr darüber, da die in seiner ersten Amtszeit geknüpften Verbindungen bis heute weiterbestehen. Das Adalbertus-Werk wünscht Herrn Dr. Byrt eine gute und erfolgreiche zweite Amtszeit in Deutschland und hofft auf eine erneuerte gute Zusammenarbeit! **G.N.**

Adalbertus-Werk im Internet:
www.adalbertuswerk.de